blätter des iz3w

nr. 30 dezember 73

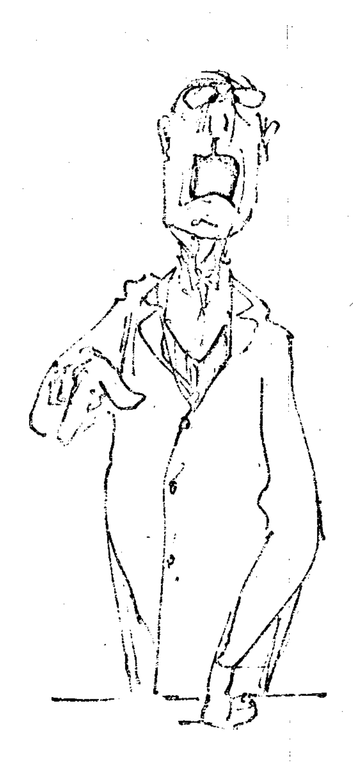
Herausgeber: Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel 0761/71101

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, P. Arntz, S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, A. Sommerfeld, B. Stein, M. Weicker, W. Witzel. Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755; Schweiz: Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899 (G. Stingl) Jahresabonnement bei 10 Nummern DM 18,- Einzelpreis DM 1,90

Rechnungen für 74

Dieser Ausgabe liegen die Abonnementrechnungen für alle Leser bei, die nicht Mitglieder des Förderer-kreises sind, die "blätter des iz3w" nicht im Austausch mit einer anderen Publikation beziehen oder ihr Abonnement bereits bezahlt haben.
Unser Finanzreferent bittet diese Abonnenten, möglichst bald zu zahlen, um unnötige Arbeit durch Mahnaktionen einzusparen.
Notorische Nichtzahler werden - dafür bürgt er (siehe Abbildung rechts) - die Nummer 32 der "blätter" nicht mehr erhalten.
Alle pflichtbewußten Abonnenten werden um Verständnis für unsere penetranten Zahlungsaufforderungen gebeten.

Redaktion





Geschenkabonnement

Unsere Geschenkidee: (Für progressive Leute und solche, die es werden sollen) Ein Geschenkabonnement der "blätter des iz3w". DM 18,- bzw. Sfr. 2o,-

Adam & Evchen







CHRONIK DER ARMEN WELT

Ende Oktober bis Ende November

LATEINAMERIKA

Argentinien - Bolivien - Brasilien

Argentinien, wichtigster Abnehmer von bolivianischem Erdöl und Erdgas, bemühte sich um weitere Erdgaslieferungen sowie um die Ausbeutung der Eisenerzlager von El Mutún. Bolivien, das immer mehr in Abhängigkeit von Brasilien gerät, scheint sich dagegen für vermehrte Erdgaslieferungen an das Industriegebiet von Sao Paolo entscheiden zu wollen und beauftragt Brasilien mit der Erstellung von Vorstudien zur Erschließung von El Mutún. (NZZ, 19.11.)

Argentinien

Innerhalb der peronistischen Bewegung zeichnet sich eine Polarisierung zwischen Perón und der Gewerkschaftsführung einerseits und der Peronistischen Jugendbewegung andererseits ab. Die Jugendbewegung wirft der Gewerkschaftsführung vor, die Arbeiterinteressen zu verraten und Demokratisierung zu verhindern. (NZZ 28.10.)

Der ERP ("Revolutionäre Volksarmee") gelingen mehrere Entführungen von Vertretern der einheimischen Bourgeoisie und des Auslandskapitals.

31.10.73

Die amerikanische Militärkommission beim Oberkommando des argentinischen Heeres soll geschlossen werden. (SZ)

2.10.73

Pablo Marcelo Fredes, führendes Mitglied der linksperonistischen Arbeiterjugend und Funktionär der Transportarbeitergewerkschaft, wurde ermordet. (SZ)

8.11.73

In einem Pressegespräch bezeichnete Perón die Einigung Lateinamerikas als politisches Nahziel. Auf wirtschaftlichem Gebiet müsse der Kontinent sich aus dem Einflußbereich der USA und Sowjetunion heraushalten. (SZ)

19.11.73

Das vom Kongreß verabschiedete Auslandsinvestitionsgesetz beinhaltet erhebliche Reglementierungen für ausländische Investoren vor, z.B. eine grundsätzliche Genehmigungspflicht für ausländische Investitionen; eine 20prozentige Beschränkung des ausländischen Kapitalanteils in Industrien, die für die nationale Sicherheit von Bedeutung sind, sowie im Infrastruktursektor und Dienstleistungssektor. Die NZZ spricht jedoch von zahlreichen Gesetzeslücken und viel Interpretationsspielraum.

Bolivien

10.11.73

Jorge G.Lazada, bis zum Militärputsch von 1971 Innenminister unter dem reformerischen Präsidenten Torres, befindet sich in der Gewalt des Banzerregimes. Er war am 21.10. von Militärs aus seinem Exil in Chile entführt worden. (SZ)

Brasilien

Nach den Ende Oktober veröffentlichten Zahlen der brasilianischen Zentralbank sind die Auslandsinvestitionen in Brasilien von 2,9 Milliarden $ (1972) auf 3,4 Mia $ (1973) (einschließlich Reinvestition), gestiegen. Als ausländischer Investor rangiert die BRD mit einem Anteil von 10,9 % (Gesamtinvestitionen) an zweiter Stelle nach den USA (NZZ).

10.11.73

Die Regierung begann sich das Rundfunkmonopol zu verschaffen. Sie kündigte über 200 kommerziellen Sendern die Lizenzen. (SZ)

Chile

Seit dem Putsch steigen die Kupferpreise unaufhörlich - in der ersten Novemberhälfte allein um ca. 100 DM je 100 kg. Anhaltende amerikanische Käufe an der Londoner Börse sprechen für ein weiteres Ansteigen der Preise (SZ 27.11.).

Nach dem Aufheben des von Allende verfügten Preisstopps stieg der Lebenshaltungskostenindex um 87,6 %. Viele Grundnahrungsmittel und Gebrauchsgüter wurden um 1800 % teurer (SZ 14.11.). Die Inflationsrate lag in dem Zeitraum von Januar bis September bei 286 % (SZ 27.10.).

In chilenischen Gefängnissen befinden

sich rund 13 000 Ausländer, die Chile verlassen wollen. Das Schicksal des größten Teils von ihnen ist ungewiß, da die meisten der 15 Staaten, die sich zur Aufnahme von Flüchtlingen bereiterklärt haben, diese nach politischen Kriterien auswählen wollen. In einem Appell der Gefangenen an die Weltöffentlichkeit wird besonders das Verhalten der Botschaft der BRD in Santiago kritisiert. (SZ 28.11.)
Das Auswärtige Amt begründet sein politisch-selektives Vorgehen in der Auswahl von chilenischen Flüchtlingen mit der Erklärung, Bonn wolle keine "Berufsrevolutionäre". Die Bonner Delegation, die sich zur Zeit noch in Santiago aufhält um dementsprechend Flüchtlinge auszuwählen, wird von einem Vertreter des Verfassungsschutzes begleitet. (SZ 30.11.)

Erklärungen der Junta, die Lage im Land habe sich normalisiert, sind unglaubwürdig: Die Welle von Verhaftungen, Todesurteilen und Suche nach Regimegegnern und Waffenlagern nimmt kein Ende. Obwohl Ende Oktober das Standrecht per Erlaß offiziell abgeschafft wurde, gehen die aburteilslosen Erschießungen von Systemgegnern weiter.

2.11.73

In einem Weißbuch, das vor allem für das Ausland bestimmt ist, sucht die Junta den Putsch vom 11.9. zu rechtfertigen: Ein von links drohender Putsch ("Plan Z") habe ein Eingreifen der Streitkräfte erfordert. (SZ)

Die Deutsche Zeitung 'Christ und Welt' berichtet von erheblichen bundesdeutschen Waffenlieferungen an das chilenische Militär zur Amtszeit Allendes. (SZ)

5.11.73

Das Nationalstadion in Santiago, wo - nach Angaben der Junta - bis zu 6 000 Junta-Gegner gefangengejalten worden waren, wurde geräumt. Die Insassen wurden in Gefängnisse des Landes überführt. (SZ)

6.11.73

Kardinal Henriquez Silva von Santiago hält sich nach einem Besuch im Vatikan in der BRD auf. Vor der Presse rechtfertigt er die Bereitschaft kirchlicher Kreise, mit der Junta zusammenzuarbeiten: Das Wirken der Kirche sei religiös, nicht politisch. Henriquez bemüht sich um caritative Hilfe für Chile (SZ).

12.11.73

Der sowjetische Fußballverband weigerte sich, das Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Chile in Chile selbst auszutragen. Das Spiel hatte zunächst im Nationalstadion von Santiago stattfinden sollen, das die Junta vorübergehend in ein KZ umgewandelt hatte.

8.11.73

Carlos Altamirano, Generalsekretär der sozialistischen Partei, wurde von den Botschaften der Niederlande, Polens und Venezuelas kein Schutz gewährt (SZ).

11.11.73

Das Verfassungsgericht wurde aufgelöst (afp.)

16.11.73

Bonn hat bisher über 3 Mio DM als Entschädigung für deutsche Vermögensverluste, die sich in Chile durch Verstaatlichungsmaßnahmen unter der Regierung Allende ergeben hatten, ausgezahlt (SZ).

38 aus Chile ausgewiesene, westeuropäische Missionare erklärten, auch weiterhin für den "Befreiungskampf der Armen" in Chile arbeiten zu wollen (SZ).

20.11.73

Die Junta begann mit der Enteignung von volkseigenem Landbesitz. Die Ländereien werden ihren früheren (Großgrund)Besitzern zurückgegeben (SZ).

30.11.73

Zusammen mit anderen prominenten Vertretern der Unidad Popular wurde der KP-Chef Luiz Corvalan auf die Insel Dawson verbannt. (SZ)

Mexiko

20.11.73

Die SZ berichtet, daß der Marktanteil von VW-Mexiko inzwischen 32,8 % beträgt. Für 1974 ist 1/3 der Produktion für den Export vorgesehen. Dank niedriger Löhne ist die Ertragslage des Unternehmens erheblich günstiger als die des Wolfsburger Betriebes.

Paraguay

15.11.73

Der bayrische Ministerpräsident Goppel befindet sich auf einem Staatsbesuch in Paraguay. Diktator Stroessner erhielt von ihm eine weitgehende deutsche Beteiligung an wirtschaftlichen "Entwicklungsprogrammen" des Landes zugesagt. Ende Juli hielt sich Stroessner zu einem Besuch in Bayern auf (SZ).

Peru

22.11.73

Die peruanische Regierung verhängte den Belagerungszustand über 3 Departements in Südperu. Nach der Verhaftung mehrerer Lehrer, Mitglieder der linksgerichteten Lehrergewerkschaft SUTEP, war es zu einem Streik in verschiedenen Dienstleistungsbetrieben und Fabriken, sowie zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern, Studenten und der Polizei gekommen. (SZ/NZZ).

ARABISCHE LÄNDER und VORDERASIEN

ALGERIEN:

24.11. Auch Südalgerien ist von einer Dürrekatastrophe betroffen: Die Brunnen sind ausgetrocknet, Ziegen und Schafherden verdursten, 2 Millionen Bauern sind davon in Mitleidenschaft gezogen.

IRAK:

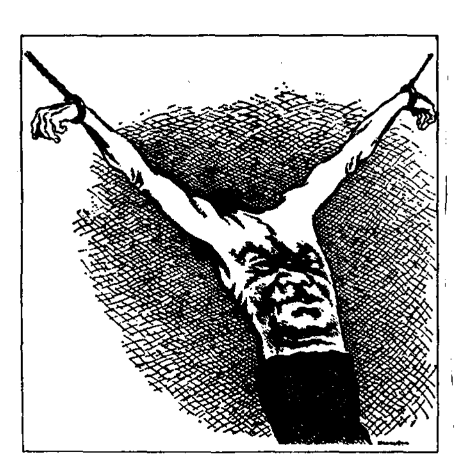
6.11. Die UdSSR erklärt sich bereit, dem Irak einen 150 Millionen Rubel Kredit zu nur 2,5 Prozent Zinsen zum Bau von 2 großen Kraftwerken zur Verfügung zu stellen.

JORDANIEN:

29.10. Die nach der Vernichtungskampagne gegen die jordanischen Palästinenser, Ende 1970 eingestellten Zahlungen Kuwaits an Hussein, sollen seit April 73 wieder aufgenommen worden sein, Hussein soll aus diesem Fond 50 Millionen $ erhalten.

KUWAIT,KATAR,ABU DHABI und SAUDI ARABIEN:

24.10. Die 4 Länder stellen ihre Erdöllieferungen an Holland und die USA ein. Kuwait und Saudi Arabien sind Hollands wichtigste Erdöllieferanten. Saudi Arabien hat seine Erdölförderung gegenüber September um 30 Prozent verringert.



The New York Times

Abu Dhabi beschließt, Syrien als Ersatz für seine von Israel zerstörte Raffinerie von Homs eine komplette, neue zu schenken, Wert: mehr als 50 Millionen $.

LIBYEN:

26.10. Libyen, das sich dem arabischen Erdölboycott angeschlossen hat gibt bekannt, daß es der verstaatlichten Erdölgesellschaft BP eine Entschädigung von 72 Millionen $ zahlen will, von dieser Summe werden allerdings Steuern und andere noch zu zahlende Beträge abgezogen.

MAROKKO:

2.11. Die 15 im Hochverratsprozess von Kenitra zum Tode verurteilten Linksoppositionellen werden hingerichtet. 71 freigesprochene Angeklagte werden beim Verlassen des Gerichtsgebäudes wieder verhaftet.

PERSIEN:

26.10. Iran und die UdSSR unterzeichnen ein neues Wirtschaftsabkommen, das die Lieferungen von Erdgas über ein Fernleitungssystem in die BRD vorsieht. Die Kosten dafür werden auf 2,4 Milliarden DM veranschlagt.

30.10. Zusätzlich zu den Verteidigungsaufgaben, die ein Drittel des persischen Nationalhaushalts ausmachen, hat nach der persischen "Abgeordnetenkammer" auch der"Senat" weitere 2,4 Milliarden DM genehmigt, die von der Regierung zum Ankauf modernster Waffensysteme verwendet werden.

WAFFENSTILLSTAND UND FRIEDENSVERHANDLUNGEN IN NAHOST

24.10. Der Waffenstillstand tritt in Kraft.

26.10. Washington setzt seine Truppen in Alarmbereitschaft, nachdem angeblich die UdSSR mit der Entsendung eigener Truppen gedroht haben, um die Israelis zur Einhaltung der Waffenruhe zu zwingen. Die Israelis verletzten fortlaufend die Waffenruhe um ihren Geländegewinn zu vergrößern und die dritte auf dem Ostufer des Suezkanals operierende ägyptische Armee von der Versorgung abzuschneiden.

29.10. Hohe ägyptische und israelische Offiziere treten zu ersten Verhandlungen über die Waffenstillstandslinie zusammen. Die Zusammenkunft ist deshalb wichtig, weil 20000 ägyptische Soldaten der 3.Armee seit mehreren Tagen von jeder Versorgung abgeschnitten sind.

8.11. Die sowjetische Luftbrücke wird eingestellt. 15300 Tonnen Rüstungsgüter sind über sie nach Ägypten und Syrien eingeflogen worden.

10.11. Israel hat im Oktoberkrieg Rüstungsmaterial im Wert von 15 Milliarden $ verloren. Die Gelder für die Wiederbeschaffung sind bereits wieder vorhanden: 7 Milliarden $ an Krediten Zuschüssen aus der USA, 3 Milliarden $ aufgebracht von den jüdischen Gemeinden im Ausland und der Rest wird über Zwangsanleihen und Steuern bereitgestellt. Die israelischen Gefallenenzahlen weisen diesen Krieg

als schwerer als der 7Tagekrieg aus: 1854 Gefallene.

12.11. In dem ersten direkten Abkommen nach 24 Jahren entschließen sich Ägypten und Israel die Waffenstillstandsvereinbarungen zu verwirklichen. Eine Nahostfriedenskonferenz unter Mitwirkung der Palästinenser wird auf Mitte Dezember anberaumt.

13.11. Die Führer der 5 großen und zeitweilig miteinander rivalisierenden Palästinenserorganisationen fliegen nach Moskau um über die Nahostfriedenskonferenz zu sprechen. Sie folgen dabei offensichtlich einem sowjetischen Druck. Die Sowjetunion will Verhandlungen über Maximalforderungen der Palästinenser-Gemeinsamer Staat von Juden und Palästinensern- nicht zulassen. Sie stellt sich stattdessen hinter die Forderung nach einem palästinensischen Staat, der aus Westjordanien, dem Ostteil Jerusalems und dem Gazastreifen bestehen soll.



Chile — „Was machen wir denn damit? Steht eine Menge über Sozialismus drin."

SCHWARZAFRIKA

6.11.73

Annähernd 20 schwarzafrikanische Staaten haben inzwischen ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen. Übereinstimmend begründen die genannten Länder diesen Schritt mit der Weigerung Israels, die von ihr besetzten arabischen Gebiete zu räumen. (NZZ)

25.11.73

In Dar es Salaam geht eine Tagung ost- und zentralafrikanischer Staaten (Burundi, Zentralafrikanische Rep., Tschad, Volksrep.Kongo, Äthiopien, Kenya, Malawi, Ruanda, Somali, Sudan, Tansania, Uganda, Zaire und Sambia) zu Ende. An herausgehobener Stelle wurde das Südafrikaproblem behandelt. Eine Reihe der an der Tagung teilnehmenden Staaten drohten all jenen Staaten wirtschaftliche Sanktionen an, von denen bekannt sei, daß sie besonders gute Beziehungen zu den rassistischen Regimen im südlichen Afrika pflegten. (NZZ)

Äthiopien

29.10.73

Kaiser Haile Selassie stattet der Sowjetunion einen Staatsbesuch ab. (AP)

7.11.73

Die bis vor einigen Wochen seitens der äthiopischen Regierung beharrlich verschwiegene Hungerkatastrophe in den äthiopischen Provinzen Wollo, Tigre und Shao soll nach Angaben der britischen Hilfsorganisation "Oxfam" und der "Welthungerhilfe" inzwischen schon mehr als 100 000 Todesopfer gefordert haben. (NZZ, SZ)

Guinea-Bissao

25.10.73

Mehr als 50 Staaten haben inzwischen die von der Befreiungsbewegung PAIGC ausgerufene Republik Guinea-Bissao diplomatisch anerkannt und ihre Aufnahme in die UNO verlangt. (AP)

4.11.73

Die UNO-Vollversammlung hat die Rep.Guinea-Bissao als unabhängigen, und souveränen Staat anerkannt. Gleichzeitig fordert die Vollversammlung Portugal auf, die von ihr illegal besetzt gehaltenen Gebiete der Republik Guinea-Bissao zu räumen. Diese Entschließung wurde mit den Stimmen von 93 Mitgliedstaaten der UNO verabschiedet. 30 Staaten enthielten sich der Stimme - darunter die BRD. Großbritannien, die USA, Brasilien, Griechenland, Spanien, und Südafrika stimmten gegen die Vorlage.

3.11.73

Nach einem Bericht der PAIGC hat die portugiesische Luftwaffe in den vergangenen Tagen über 40 Ortschaften im Süden Guinea-Bissaos angegriffen und dabei 23 Menschen getötet.

25.11.73

Bei einem Besuch Luis Cabrals in Moskau sichert die Sowjetunion der Rep.Guinea-Bissao weitere Unterstützung zu. (dpa)

Portugiesische Kolonien

23.11.73

Mit Kanonen, Granatwerfern und Raketenwerfer haben Einheiten der Befreiungsbewegung Frelimo die im Norden von Mo-

zambique gelegene Hafenstadt Palma unter Beschuß genommen. Der Hafen Palma ist die Nachschubbasis für die Kette von portugiesischen Forts entlang dem Grenzfluß Rovuma. (dpa)

30.10.73

Bei einem Luftangriff auf eine Ortschaft in der von der Frelimo befreiten Provinz Cabo Delgado im Norden Mozambiques, bei dem auch Napalmbomben zum Einsatz kamen, sind 10 Schulkinder und 2 Lehrer getötet worden. (dpa)

5.11.73

Nach Berichten aus Lissabon sind die Bauarbeiten am Cabora-Bassa-Staudamm in Mozambique inzwischen zur Hälfte fertiggestellt. (SZ)

13.11.73

Der UNO-Kolonialausschuß fordert die Einsetzung einer UNO-Kommission zur Untersuchung des von portugiesischen Soldaten an der Bevölkerung des Dorfes Wiriyame in Mozambique verübten Massakers. Gegen diese Entschließung stimmte die USA, Spanien und Portugal selbst. (AP)

19.11.73

Ein internationales Konsortium aus amerikanischen, französischen, japanischen und portugiesischen Firmen will in den nächsten fünf Jahren 45 Mill.Dollar in den Ausbau verschiedener Hafenanlagen entlang der mozambiquanischen Küste investieren. Diese Investition soll vor allen Dingen den Orten Lourenco Marques, Beira und Nacala zu gute kommen. Das genannte Vorhaben ist mit den Kosten von 45 Mill. Dollar zur Zeit das nach Cabora Bassa größte Investitionsprojekt in Mozambique. (Newsweek)

Kenya

1.11.73

Gemäß einem Beschluß der kenyanischen Zentralbank soll in Kenya ansässigen ausländischen Firmen der inländische Kreditmarkt nicht mehr länger versperrt bleiben, soweit diese nachweisen können, daß mindestens 40 % ihres Betriebskapitals sich in Händen von Einheimischen befindet. (NZZ)

7.11.73

Mit der Übernahme von weiteren 1000 ehemals indischen Geschäften durch Afrikaner (meistenteils Kikuyu) hat die kenyanische Regierung im Rahmen ihres "friedlichen" Afrikanisierungsprogramms nun insgesamt bereits 3500 asiatische Geschäftsleute enteignet. (NZZ)

Rhodesien

10.11.73

Gemäß einem Beschluß des englischen Parlaments will Großbritannien seine Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien fortsetzen. In der dem genannten Beschluß vorausgegangenen Debatte wird von Regierungsseite eingestanden, daß die nach dem Abfall Rhodesiens von England gegen das Smith-Regime verhängten wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen den britischen Handel mit Rhodesien allenfalls behindern, ihn aber nicht unterbinden. (dpa)

21.11.73

In einer gegen die Stimmen der USA, Großbritannien und Portugal verabschiedeten Resolution fordert der Treuhandausschuß der UNO die Verhängung schärferer Sanktionen gegen Rhodesien, einschließlich einer zumindest teilweisen Unterbrechung der Fernmeldeverbindungen mit Rhodesien. Zugleich verurteilt der Ausschuß die fortgesetzte Einfuhr von rhodesischen Chrom und Nickel seitens der USA. (Reuter)

24.11.73

Gemäß einem mit der portugiesischen Regierung geschlossenen Abkommen, ist es dem rhodesischen Militär nun auch offiziell erlaubt, auf dem Territorium von Mozambique gegen rhodesische Guerilla-Einheiten zu operieren (Es ist anzunehmen, daß beide Vertragspartner keinen so sehr genauen Unterschied zwischen Frelimo-Anhängern und rhodesischen Freiheitskämpfern machen wollen. So besehen wird man das gesannte Abkommen durchaus auch als ein militärisches Beistandsbündnis zwischen Portugal und Rhodesien werten können) (afp).

Südafrikanische Republik

25.11.73

Die Farbwerke Hoechst haben ihr Investitionsprogramm für Südafrika erweitert. Statt wie bisher vorgesehen 35 Mill. Rand will Hoechst bis 1975 41 Mill.Rand (144 Mill.DM) in das Tochterunternehmen Hoechst South Africa investiert haben. Das Unternehmen sieht sich dazu durch die Umsatzsteigerungen von 20 % im vergangenen Jahr und die (erwartete) Umsatzsteigerung von über 30 % in dem ablaufenden Jahr ermutigt. (VWD)

3.11.73

Alle Polizisten, die am 11.September dieses Jahres unter streikenden Bergleuten in der Nähe von Oberholzer ein Blutbad anrichteten (11 Tote und 27 Schwerverletzte), sind vor einem südafrikanischen Gericht von dem Verdacht einer "Amtspflichtverletzung" freigesprochen worden. (AP)

3.11.73

Die Internationale Juristenkommission protestiert gegen die jüngst stattgefundene öffentliche Auspeitschung von über 100 oppositionell gesinnten An-

gehörigen des Ovambostammes in Südwestafrika und macht für diesen Vorfall die Vorster-Regierung verantwortlich. (dpa)

13.11.73

Sechs der 8 südafrikanischen Bantustans (Eingeborenen-Reservate) sprechen sich auf einer Konferenz in Umtata für einen föderativen Zusammenschluß der in der südafrikanischen Rep.existierenden Eingeborenen-Reservate aus. Diese Idee hat zur Zeit allerdings nicht viel Aussichten, realisiert zu werden. Schon zu Beginn dieses Jahres hatte sich die Vorster-Regierung von ihr deutlich distanziert. (AP)

Tanzania

25.10.73

In einem Überraschungsmanöver hat die tanzanische Regierung 50 ausschließlich in der Hand von Europäern befindliche Farmen verstaatlicht, womit in Tanzania nun die Verfügungsgewalt über den landwirtschaftlich nutzbaren Boden fast vollständig in afrikanische Hände überführt worden ist. Von der Enteignung betroffen ist u.a. auch die deutsche Firma Tchibo, die bei Moshi im Besitz einer ausgedehnten Kaffeeplantage war. Tanzanias Vizepräsident Kawawa hat den Enteigneten eine Entschädigung zugesagt. (SZ)

Uganda

10.11.73

Die USA haben ihr Botschaftsgebäude in Kampala geschlossen, was so gut wie einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Uganda gleichkommt. Dieser Schritt der Amerikaner ist in direktem die Reaktion der US-Regierung auf die Ausweisung von 6 amerikanischen Marinesoldaten (Botschaftswache), denen von ungandesischer Seite Sabotagetätigkeit vorgeworfen wurde. Zur diplomatischen Klimaverschlechterung hatten bereits vor diesem Ereignis eine Vielzahl von verbalen Attacken beigetragen, die General Amin in großer Offenherzigkeit gegen die Außen- und Innenpolitik Nixons ritt. (SZ/AP)

ASIEN (außer Vorderasien)

Bangaladesh

14.11.73

Nach langen Verhandlungen ist es in B. zu einer Allianz zwischen der bisher allein regierenden Awami Liga und der prosowjetischen "Nationalen Awami Liga" sowie der Kommunistischen Partei gekommen. Die Allianz gab sich die Bezeichnung "Vereinigte Volksfront" (Gama Vikho Jote). Vier prochinesische Parteigruppierungen reagierten auf diesen Schritt mit dem Zusammenschluß zu einer Art von "Gegenallianz".

Indonesien

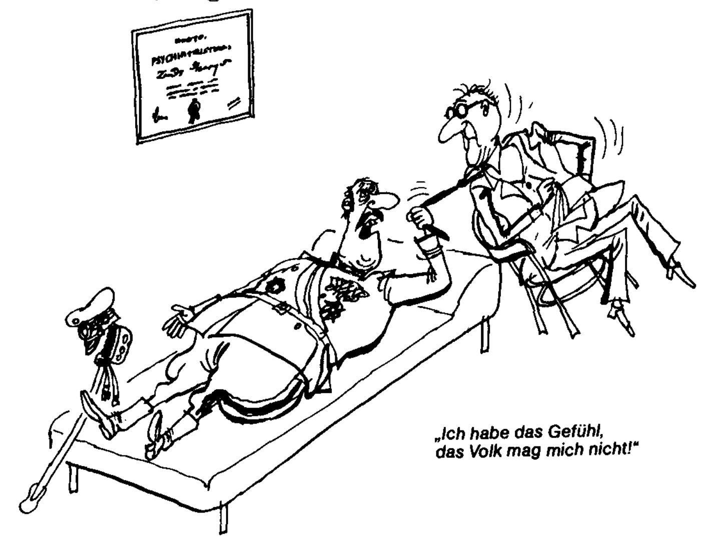
8.1.73

Indonesien beabsichtigt eine Ausweitung seiner Erdölförderung. Die Mehrproduktion soll vor allen Dingen der USA zugute kommen. (AP)

Indien

26.11.73

Der sowjetische Ministerpräsident Breschnew besucht Indien. Der indischen Regierung wird von sowjetischer Seite verstärkte Wirtschafts- und Rüstungshilfe zugesagt.


„Ich habe das Gefühl, das Volk mag mich nicht!"

Kambodscha

27.10.73

Die UNO-Vollversammlung beschließt mit 68 zu 28 Stimmen die Frage nach der Repräsentanz Kambodschas in der UNO (welcher Seite, der Exilregierung Prinz Sihanouks oder dem Lon-Nol-Regime, soll die Mitgliedschaft in der UNO zuerkannt werden) zu einem Tagungsordnungspunkt einer der nächsten UNO-Vollversammlungen zu erheben.

29.10.73

In einem Interview mit der französischen Tageszeitung Le Monde beschuldigt Prinz Sihanouk Nordvietnam eines gegen den Roten Khmer gerichteten Waffenembargos. Sihanouk erklärt dieses Verhalten Nordvietnams u.a. mit dem Interesse des Landes an amerikanischer Wirtschaftshilfe,

10.11.73

Nach immer deutlicher zu Tage getre-

tenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Prinz Sihanouk und der Führung des Roten Khmers hat Sihanouk die Leitung der kambodschanischen Exilregierung an den Kommandeur des Roten Khmers Kien Samphan, abgetreten.(AFP/ddp)

19.11.73

Zum zweiten Mal in diesem Jahr ist der Regierungspalast Lon Nols, wie es hieß, versehentlich von einem Kampfbomber der eigenen Luftwaffe bombardiert worden. Lon Nol selbst kam nicht zu Schaden. (upi)

Südkorea

Die seit Anfang Oktober gegen das Park-Regime in Südkorea gerichteten massiven Protestaktionen studentischer Gruppen der Universität in Seoul dauern an. Die Studenten fordern u.a. eine Auflösung des berüchtigten südkoreanischen Geheimdienstes KCIA und eine Aufklärung der Kim-Dae-Jung-Entführungsaffäre.

10.11.73

Während die Unruhen in Seoul andauern, werden die Führer der in Süd-Korea zugelassenen Parteien durch den KCIA an der Ausübung ihrer politischen Funktionen gehindert. Gegen einige von ihnen wird Hausarrest verhängt. (SZ)

Pakistan

14.11.73

Die von den separatistisch gesinnten Belutschen in der Provinz Belutschistan ausgehenden politischen Unruhen haben inzwischen auch zum Rücktritt des Provinzgouverneurs geführt.

18.11.73

In Kaschmir ist es nach längerer Ruhe wieder zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen proindischen und propakistanischen Gruppen gekommen.

Thailand

31.10.73

Ministerpräsident Sanya Darmasakthi, Chef der neuen (liberal-bürgerlichen) Regierung in Thailand hat die unter seinem Vorgänger General Kittikachorn an Südvietnams Ministerpräsident van Thieu erfolgte Einladung zu einem Staatsbesuch nach Thailand wieder zurückgenommen. (SZ)

Vietnam

Die Kriegshandlungen in Südvietnam haben in den letzten Wochen an Intensität zugenommen. Die Truppen des Vietcongs haben Teile der Gebiete zurückerobern können, die nach dem letzten Waffenstillstandsabkommen von den Truppen des Thieu-Regimes in verschiedenen Blitzaktionen erobert worden waren. Die Saigoner Luftwaffe flog demgegenüber schwere Bombenangriffe insbesondere auf Loc Ninh, dem Sitz der südvietnamesischen Revolutionsregierung, und auf die Stadt Logo. Gleichzeitig scheinen die USA und Nordvietnam ihre militärische Präsenz in Südvietnam durch vermehrte Waffenlieferungen und durch das Einschleusen von Soldaten bzw. von sog. Beratern zu verstärken.



Folket i Bild/Kulturfront

"Materialien zu den Beziehungen BRD-Israel"

herausgegeben vom Palästina-Komitee Hamburg

Es gibt bisher in der BRD keine umfassendere Studie über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und Israel. Diese Fehlstelle in der Forschungs- und Publikationstätigkeit ist sicher nicht auf mangelndes Interesse von Wirtschaft und Politik zurückzuführen. Die Gründe hierfür liegen eher im Bereich des politischen Kalküls, das immer daraufgerichtet war - von der Wiedergutmachung abgesehen - die Beziehungen zu Israel zu bagatellisieren und insbesondere den arabischen Regierungen einzureden, die BRD verhalte sich im Nah-Ost Konflikt völlig neutral. Die vorgelegten Materialien sind fast ausschließlich prozionistischen und israelfreundlichen Quellen entnommen.

Die Broschüre dokumentiert an Hand schwer zugänglicher Arbeiten deutscher Zionisten die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der zionistischen Bewegung. Die Dokumentation der Beziehungen BRD-Israel umfaßt die Wirtschaftshilfe, die Wiedergutmachungen, die Wirtschaftsbeziehungen sowie den Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Ein weiteres Kapitel befaßt sich mit den Reaktionen in der BRD auf den Juni-Krieg 1967.

120 Seiten, Preis DM 2.50
zu bestellen bei: Birgit Sommer
2 Hamburg 74
Culienstr. 58

IDEOLOGIEKRITIK (9)

Bildungshilfe

Für keinen Sachverhalt der zeitgenössischen Diskussion ist der Satz, daß die kapitalistischen Länder den Ausgebeuteten immer nur den Spiegel ihrer eigenen ideologischen Vergangenheitsauffassung als deren Zukunft vor Augen hielten, so wahr, wie für die Frage der Bildungshilfe. Der Begriff der Bildungshilfe kann außerhalb eines Ideologieverdachtes überhaupt nicht diskutiert werden, weil der Begriff solcher Bildungshilfe stets die Inhalte solcher Bildung und damit deren Zweckvernunft mit einschließen muß. Eine natürliche Unterscheidung, die die landläufige Diskussion unterdrücken muß. Diese Unterdrückung hat ihren Ursprung in der Ideologie selbst, die hinter diesem Bildungsbegriff stand. Es ist dies die Ideologie der Aufklärung. Auf sie muß erst eingegangen werden, bevor die Übertragung solcher Ideologie, als Hilfe, auf die Entwicklungsländer diskutiert wird: damit zerfällt die folgende Diskussion in zwei Hälften:

1. Einiges ist zu sagen über die Ideologiewirkung des Bildungsbegriffes bei uns. Die soll als gedrängter Exkurs kurz angedeutet werden (Dadurch wird allerdings der darzustellende Sachzusammenhang für den Leser schwer zugänglich. Das Verständnis der folgenden Abschnitte 2a und 2b, ist jedoch nicht von dem Exkurs abhängig).
2. a) Einiges ist zu sagen über die Ideologiewirkung des Bildungsbegriffs in den Zeitaltern der Missionierung, der Kolonialausplünderung und des Territorialkolonialismus
   b) Einiges ist zu sagen über die realen Bedürfnisse der neueren Bildungshilfe unter formal nachkolonialen Bedingungen.

Erst nachdem wir somit zum einen die Ideologiegeschichte und zum anderen die realen Auswirkungen des europäischen Bildungsbegriffs in der Dritten Welt (2a und 2b) behandelt haben, werden wir uns fragen, was mit dem Wort "Bildungshilfe" als solchem begrifflich unterstellt ist und in Anschluß daran die Frage zu entscheiden suchen, ob es in einem genuin verstandenen Sinne so etwas wie Bildungshilfe für die Gesellschaften Afrikas, Asiens und Lateinamerikas seitens der europäischen Länder geben kann.

I. Die Rekonstruktion eines rationalen Naturrechts, gewissermaßen die Ausbeutung der biblischen Mythologie zur Gewinnung des Rohstoffs einer universalistischen Moral, führte Anfang des 18.Jahrhunderts zu einem akuten Legitimationsdefizit europäischer Herrschaftsgewalt: Dies zu einem Zeitpunkt, da solche Herrschaftsgewalt (zumindest in Frankreich an absolutistischen Idealen der Ausweitung von Herrschaftsgewalt - Noblesse de robe, Zentralisation und Bürokratisierung - orientiert) einen erhöhten Legitimationsbedarf zu decken hatte: denn das rationale Naturrecht hatte ja zum ersten Mal erläutert, daß alle Menschen gleichgeboren ein gleiches Anrecht auf Glückserfüllung, Lebensrecht und Freiheit hätten. Die Evidenz der Ungleichbehandlung durch die Königsgewalt war damit nicht mehr biblisch mit den mittelalterlichen Begriffen der Standesstaatlichkeit oder Gotterwähltheit mythologisch zu decken, sondern mußte rational pragmatisch gerechtfertigt werden. An dieser Zeitenwende starben die Herrschaftsmythologien und es beginnt das Zeitalter der Herrschaftsideologien (1). Die gesellschaftliche Wirkungsweise von Wissenschaft wechselte ihren Standort: sie ist nicht mehr Tochter der Theologie, sondern wird eher zur Magd säkularisierter Politik. Der Beginn des neuen Zeitalters des 18. wird deshalb geprägt von den komplementären Größen: Aufklärung und absolutistische Fürstengewalt.



Die ersten Aufklärer des 18.Jahrhunderts, allen voran Voltaire, waren zu großen Teilen Höflinge der skrupellosesten Autokraten Voltaire etwa war Berater und Lehrer von Ludwig XV., Friedrich dem Großen und Katharina der Großen. Dies kann hi-

1) Der Unterschied ließe sich darin sehen, daß Herrschaftsmythologien prinzipiell unüberprüfbare "autoritäre" Behauptungen darstellen, während Ideologien - auf Plausibilitäten aufbauend - durchaus in sich schlüssige Aussagesysteme darstellen, deren Übertragbarkeit auf die Wirklichkeit allerdings anzuzweifeln ist.

storisch wohl kaum als Zufall abgetan werden, entsprach dies doch den neuen Rechtfertigungsmustern säkularer rationaler Politik. Die Aufklärer verschafften den sich aufgeklärt denkenden europäischen Autokraten die einzige legitimationsfähige Ideologie: die Ideologie der Bildung. Sofern der absolutistische Potentat sich um seine, seines Sohnes und seines Hofstaats Bildung bemühte und die Wissenschaften förderte, war die aufgezwungene Ungleichbehandlung der Untertanen zu rechtfertigen. Der Bildungsvorsprung bezeichnete die legitimatorische Chance, Herrschaftswillkür zu rationalisieren: aus Ausbeutung Wirtschaftspolitik und merkantilistische Theorien zu machen, aus Feudaljustiz Volkspädagogik, aus Luxuskonsum Salonideale und Bildungsstätten, aus Tributen und Erpressungen Steuern, es erlaubt ihr aus feudaler Willkürbarbarei Zentralbürokratien zu machen, aus Macht und Ohnmacht ein Ordnungsproblem, eine Komplexitätsfrage, eine Sachgesetzlichkeit zu entwickeln. Die Moderne bricht nicht mit der Französischen Revolution an, sondern zu diesem Zeitpunkt; sie kann es nur nicht wahrhaben, würde doch eine solche Datierung bereits offenkundig werden lassen, was Marxismus stets behauptete, sie aber nicht wahrhaben darf: die Zweckrationalität von Wissenschaft, die Legitimitätssprich Ausbeutungsfunktion von Bildung.

In nachhinein wissen wir, daß sich die Geschichte in diesem Zusammenhang ein Späßchen erlaubt hat: 1791 setzt die Pariser Bevölkerung den exhuminizierten Sarg Voltaires in einem prachtvollen Siegeszug in Paris bei: nur kurze Zeit danach wurde der französische Monarch und damit die Idee der Monarchie guillotiniert. In der vieltausendköpfigen Prozession wird ein Schild mitgetragen: "Er erzog uns zur Freiheit". In der knappen Spanne eines Jahrhunderts hatte die Bewegung des Bildungsgedankens sich gegen seine Verwalter gekehrt: das elitaristische Bildungsideal der absolutistischen Technokraten, sollte über die Sicherung und Mehrung der Volkswohlfahrt zum Aufblühen der Manufakturen und zur schrittweisen Vernichtung des Aberglaubens führen. Doch wurde dieser Begriff der Volkswohlfahrt weiter entwickelt: Materiell-ökonomisch von Adam Smith zur Markt-, Wettbewerbs- und Leistungsgemeinschaft - die die ideologische Grundlage für die handelskapitalistische Ausplünderung der Kolonien erstellte.
Intellektualistisch von den Enzyklopädisten zur Marktgemeinschaft der vernünftigen Ideen, der herrschaftsfreien Diskussion, den Wettbewerbsregeln des logischen Schließens und der Vernunft, - die das pädagogische Recht auf Kolonisierung zwecks Bildung erstellte.
Organisatorisch-institutionell von Montesqieu zur Marktgemeinschaft der politischen Interessen (Parlamentarismus) und des Schutzes dieser Marktgemeinschaft (Gewaltenteilung), um damit die Schutzgarantie zur reibungslosen Produktion immer besserer Güter und Gedanken, also besserer Volkswohlfahrt zu erreichen.
Damit aber hatte die Vernunft ihre historischen Nutznießer obsolet gemacht.

Bemerkenswert aber ist, daß die Aufklärung Mythologiekritik war, nicht aber Ideologiekritik. Bildung im Sinne der Aufklärung war die Methode der Vernunft: eine Methode des logischen Schließens und der empirischen Beobachtung. Die Summe der ersten Ergebnisse dieser Methode, die Enzyklopädie, eine gewaltige Mythologiekritik der vergehenden Kulturformation. Während man einerseits die Vernichtung der Mythologie (einschließlich dem Aufdecken von deren Zweckrationalität) die Aufklärung ins Leben gerufen hatte, war diese andererseits nicht in der Lage, das Gesetz ihrer Entstehung an sich selbst zu vollziehen. Der Begriff der Ideologie, also die Frage nach der Zweckrationalität der Vernunft, entsteht, wenn sich die Bewegung des Gedankens gegen sich selbst kehrt. Diese Selbstreflexion aber wird historisch erst durch den Marxismus geleistet. Erst damit und seitdem ist Ideologiekritik Teil und Verpflichtung wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Damit und seitdem ist die Einheit von Erkenntnis und Interesse nicht mehr ein verschleierter Sachverhalt kapitalistischer Praxis - dessen Aufdeckung Marxismus konstituierte - sondern eine moralische weil emanzipatorische Verpflichtung der Theorie.
Ausgehend von dem voraus Gesagten, ist nun gegenüber den Verfechtern von Bildungshilfe für Dritte-Welt-Länder geltend zu machen, daß sie stets diese Ebene der Zweckvernunft zu unterschlagen suchen.
Die Anwälte der Bildungshilfe an die Dritte Welt behaupten, Bildung sei zur wirtschaftlichen Entwicklung der Dritten Welt unabdingbar - und dies,
- weil Bildung das Erlernen neuer Produktionstechniken und ökonomisch rationalerer Verhaltensweisen erlaube,
- weil Bildung zu sozialer Mobilität verhelfe,
- weil Bildung, als Produktionskraft Wissenschaft, ein innerer Bestandteil einer sich industrialisierenden bzw. industrialisierten Produktion sei.

Als Beweis für die Berechtigung solcher Behauptungen halten die kapitalistischen Länder den von ihnen unterentwickelten Ländern unsere Gegenwart als deren Zukunft vor Augen. Dabei wird völlig außer Acht gelassen die Frage, ob die angeführten Behauptungen überhaupt für unseren Entwicklungsprozeß je zutrafen, und falls ja, ob eine solche Übertragung heute gerechtfertigt wäre. Dieser letzten Frage wollen wir uns später zuwenden. Man gestatte uns derweilen die Anwendung

der empirischen Methode: wir fragen erst: wie hat sich Bildungshilfe unter kolonialgeschichtlichen Bedingungen ausgewirkt (2a) und wie hat sich Bildungshilfe unter formal nachkolonialen Bedingungen ausgewirkt (2b)?

2a) Mit europäischer Bildung kamen die Kolonialvölker je nach dem Charakter der Kolonialmacht, der sie ausgesetzt waren, in unterschiedlicher Weise in Kontakt. Die kolonisierten Völker erfuhren Bildungshilfe als eine Kombination Missionierung und Ausbeutung (2). Die Zerstörung der einheimischen Kulturen und Wissenschaften erfolgte dabei oft mit solcher Gründlichkeit, daß etwa von den amerikanischen Hochkulturen faktisch nichts überliefert worden ist, und mit Millionensummen heute das ausgegraben und rekonstruiert werden muß, was wir selbst - nicht die "Geschichte" - zerstört haben. Dabei ist es wesentlich festzustellen, daß für die frühen Kolonisierten derlei Zwangsmission und Ausplünderungen stets unter dem Stichwort der Erziehung und der "Bildungshilfe" eingeleitet und gerechtfertigt wurden.

Beispiel China: 1698 befanden sich in China, maßgeblich in Peking, 59 Jesuiten, 29 Franziskaner, 15 Dominikaner und 15 "Weltliche" Priester der Fremdenmission. Man schätzte die christliche Gemeinde auf 300 000 und stützte sich dabei maßgeblich auf die Hofaristokratie. Man berief sich auf Leibnizz "Wenn man den Geist eines einzigen Menschen, etwa des Zaren oder des Monarchen von China gewonnen hat, so bedeutet das mehr als hundert gewonnene Schlachten". Die Jesuiten bauten eine Bibliothek mit 7 000 Bänden auf und begannen 380 Bücher ins Chinesische zu übersetzen. Davon handelten immerhin 83 über Astronomie, 15 über Mathematik. In Zusammenarbeit mit Mandarinen wurden Werke über Erdbeben Metereologie, eine Karte Chinas und anderes mehr zusammengestellt. Der Kaiser Kang Si lernte 5 Jahre lang täglich mehrere Stunden Geometrie und Arithmetik. Der französische Monarch stellte ihm Kartographen, Musiker, Uhrenhandwerker und einzelne Waffentechniker zur Verfügung.

Was stand dahinter? Ein Père Ballu, Erzbischof von Heliopolis und apostolischer Vikar der südlichen Provinzen Chinas gibt darüber bereits 1658 Aufschluß: "Mag auch die Reise nach China als wichtigstes Ziel die Ehre Gottes und die Konversion der Seelen haben, so sollte man doch dabei nicht stehen bleiben und das Nützliche vernachlässigen... der Profit, den man für den Handel erhält, beträgt mehr als 300 Prozent" (3).



Anm.2) Wie die Christianisierung Amerikas etwa vor sich ging, ist uns in einer Beschreibung dieses ersten massenhaften christlichen Genocids von Fray Bartolomé de Las Casas in seinem "Kurzgefaßten Bericht von der Verwässerung der Westindischen Länder" erhalten geblieben. Erschienen Sevilla 1552, deutsche Ausgabe Frankfurt 1966, Seite 28-29:
"Zufolge einer höchst gefährlichen Verblendung, womit alle diejenigen behaftet waren die bis auf den heutigen Tag in West Indien regierten, wurde in dem Bekehrungswerke und in Rücksicht der Seligmachung jener Völker ganz verkehrt zu Werke gegangen... Diese unmenschlichen spanischen Räuber näherten sich einem ...Orte bei Nachtzeit bis etwa auf eine halbe Meile.. und riefen sodann: Ihr Caziquen und Indianer dieses auf dem Festland befindlichen Ortes! Wir tun euch hiermit zu wissen, daß es nur einen Gott, einen Papst und einen König von Castilien gibt, welcher Herr von diesem Lande ist! Kommt augenblicklich herbei, unterwerft euch ihm usw. Wo nicht, so wisset, daß wir euch bekriegen, totschlagen, gefangen nehmen werden usw. Gegen 4 Uhr morgends wenn diese Unschuldigen nebst ihren Weibern und Kindern noch schliefen, stürmten sie den Ort, warfen Feuer in die Häuser, die gewöhnlich nur von Stroh waren, verbrannten Weiber und Kinder lebendig, so daß viele kaum wußten wie ihnen geschah und schlugen tot was sie wollten..."

Anm.3) Le Monde, 11.September 1973, Seite 1+2

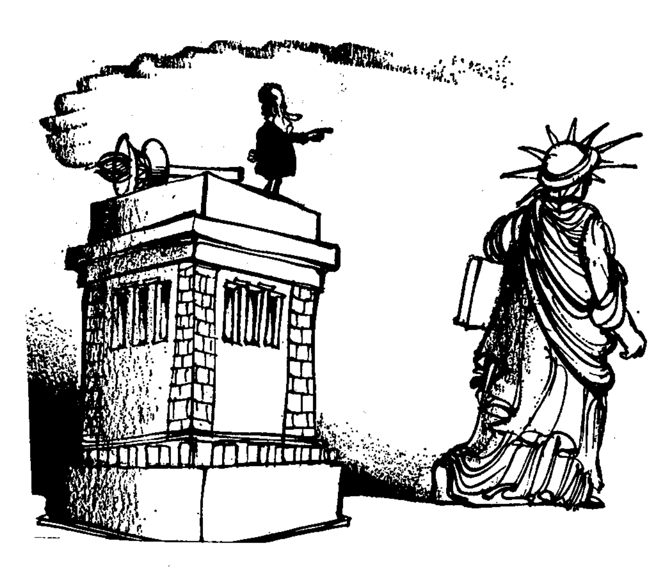
Beispiel Indochina: Die Behinderung der Missionierung durch die einheimischen Herrscher Indochinas nahmen die Franzosen im 18.Jahrhundert zum Anlaß, Cochin China als Kolonie zu annektieren (4).

Beispiel Mongolei: Um 1350 reiste eine päpstliche Delegation zu den Mongolen, um mit Hilfe ihrer Christianisierung günstige Handelsverbindungen für Seiden- und Gewürzimporte zu erhalten und um mit Hilfe einer direkten innerasiatischen Handelsstraße das Handels- und Zollmonopol des Islams zu durchbrechen (5).

Anm.4) Vietnam: John Villier: Südostasien vor der Kolonialzeit, Fischer Weltgeschichte, Seite 300-5, Frankfurt 1965

1627 besuchte der französische Jesuir Alexandre de Rhodes den vietnamesischen Herrscher "den er mit einer Uhr, einer Streusandbüchse und einem Lehrbuch der Mathematik beschenkte. Gegen Ende des Jahres 1629 hatte er etwa 7 000 Menschen zum Christentum bekehrt, darunter verschiedene Prinzessinnen des Hofes... Die Mission Alexandre de Rhodes erregte am Hof von Versailles beachtliches Aufsehen. 1658 richtete der französische Adel einen Fonds zur Unterhaltung von Bistümern in Vietnam ein... Die Gründe waren sowohl geschäftlicher als auch religiöser Art. Es wurden sogar Pläne gemacht eine Chinesische Gesellschaft zur Verbreitung des Glaubens und zur Einrichtung kommerzieller Beziehungen zu gründen.. ca. 1820 verschlechtern sich die Beziehungen zu den Franzosen "Das hatte hauptsächlich seinen Grund in der Tätigkeit der Missionare, die bei mehreren kleineren Rebellionen der Mittäterschaft verdächtigt wurden.. Der Kaiser Tu Duc (1848-1883) dekretierte 1848 und 1851 das Ende aller missionarischen Tätigkeit und setzte für die Ermordung jedes Europäers eine Belohnung aus. Angesichts dieser feindseligen Haltung beschloß Kaiser Napolein III, den französischen Einfluß in Vietnam mit Waffengewalt sicherzustellen. 1859 brachten die Franzosen Saigon an sich und fingen mit der systematischen Eroberung Kotchinchinas an.."

Ebenso lapidar Ploetz, Auszug aus der Geschichte: "Christenverfolgungen unter Kaiser Tuc Duc veranlassen das Eingreifen einer spanisch-französischen Flotte".



Noch eine Entlassung

Anm.5) 1245 bricht Johannes Plano de Carpini als päpstlicher Gesandter von Avignon aus auf, um bei den Krönungsfeierlichkeiten des neuen mongolischen Kaisers Kuyuk anwesend zu sein, ihn zu missionieren und Handelsverbindungen anzustreben, die über die neue "Schnellstraße" der Mongolen bis nach Kiew liefen. Wie subaltern diese mittelalterlichen Gesandten auf die Begründer eines Weltreichs und der sprichwörtlichen "Pax mongolica" wirkten, geht aus dem Antwortschreiben Kuyuks hervor: er hält das päpstliche Missionierungsschreiben für das selbstverständliche Unterwerfungsschreiben eines Militärvasallen und fährt fort "Ihr Bewohner der westlichen Länder haltet Euch allein für Christen und verachtet die anderen. Woher wißt ihr denn, wer vor dem Angesicht Gottes würdig ist seiner Gnade teilhaftig zu sein? Wenn ihr meint: Ich bin ein Christ, ich bete zu Gott und diene ihm und ich hasse die anderen, woher wißt ihr dann, wen Gott für gerecht hält und wem er seine Gnade erweist? "Der Verfasser des hier zitierten Buches, hält diese Argumentation für typisch für "den mongolischen Buddhismus". Die evidente Widerlegung der christlichen Ansprüche durch das Verhalten dieser Christen, wird also zum religionswissenschaftlichen Seminarthema!
1253 entsendet Ludwig der 9. den flämischen Franziskaner Wilhelm von Ruysboek zum Großkhan. Jener berichtet: "Ich weiß nicht ob Sartak (der Großkhan) an Christum glaubt oder nicht ... es scheint mir vielmehr, als wenn er sich über die Christen lustig mache"

nach: Paul Herrmann: 7 vorbei und 8 verweht, die Geschichte der frühen Entdeckungen, Hamburg 1952, Seite 450-454

Beispiel Indien: "Ich suche Gewürze und Christen" soll Vasco da Gama gesagt haben, als er in Südindien landete. Tempelbesitz wurde konfisziert; riesige Klosterländereien der Jesuiten und Dominikaner breiteten sich aus; die alten Kulte wurden zerstört. Zur gleichen Zeit befanden sich verschiedene Jesuiten der verschiedenen Kolonialmächte am Hofe der Mogulen in Delhi, um mit Hilfe der Christianisierung des Mogulhofes den indischen Herrschern Faktoreilizenzen als gewissermaßen christliche Verpflichtung abzuzwingen.

In welchem Ausmaß das Christentum Kolonialismus rechtfertigte, zeigt dabei ja auch die in ihrer Arroganz leider viel zu wenig gewürdigte Tatsache der Zweiteilung der Erde und ihrer Vergabe an Portugal und Spanien im Vertrag von Tordesilas 1494. Der Papst selbst präsidierte über dieses Vertragswerk und vergab diese beiden Kolonialisierungslizenzen bewußt als Aufgabe der Christianisierung.

War das Christentum die mythologische Hülse der frühkolonialen Bildungshilfe, so ist der Liberalismus die ideologische Hilfe für die formal nachkoloniale Bildungshilfe. Deren Folgen werden wir später betrachten. "Bildungshilfe" in Form der Missionierung und der daran geknüpften Handelsverpflichtung, der Kooperation mit anderen christlichen Staaten, gehörte also von Anfang an zur Rechtfertigung und Einführung des Kolonialismus.

Man muß sich ihre zentrale Bedeutung erst klarmachen, um ganz zu verstehen, weshalb in der aus Zwang ahistorischen zeitgenössischen Diskussion dieser Sachverhalte stets heruntergespielt und die Erinnerung daran mit dem Makel des ewig Gestrigen versehen wird, weshalb Antikolonialismus nie zu einem antiklerikalen Thema wurde, weshalb die Rolle des Vatikan, der Jesuiten, der Klosterwirtschaften und Missionsschulen eher als Detail und Episode, nie aber als strategischer Hebel des frühen Kolonialismus erkannt wird.

Die Formen der Bildungshilfe änderten sich freilich sehr rasch in dem Augenblick, in dem die Kolonialmacht die formale Oberherrschaft über ihre ehemaligen Freihandelspartner erzwungen hatte. War die Kolonialmacht fest etabliert, so wurde in den meisten Fällen die Missionierungstätigkeit stark beschränkt, zumindest aber wurde stets auf deutliche Trennung von Kolonialgewalt und Missionierung Wert gelegt. So verbot die East India Company, kaum war sie indische Territorialmacht geworden, die Tätigkeit von Missionaren in ihrem Gebiet (6), erlaubte sie aber in dem Teil Indiens, der ihr noch nicht direkt unterstand. Die subversiven Behauptungen des Christentums, daß ein jeder gleich geboren, gleiches Recht auf Glück und Erlösung hätte, erschienen ihr gefährlicher als das zu Domestikationszwecken ideale Kastensystem. Nur in den Außenprovinzen, wo es noch die Loyalität der Untertanen gegenüber ihren Hinduherrschern zu unterhöhlen galt, durften die Missionare tätig sein.

Wie gefährlich eine falsche Dosierung christlicher Soziallehren sein konnte, zeigte den Kolonialisten spätestens nachdrücklich die Taiping Rebellion. Die Haltung von Kolonialisten, von Missionaren und der von ihnen ausgehaltenen Feudalmarionetten, der Manchu-Kaiser, läßt sich dabei exemplarisch nachweisen (*) Aufgrund der jahrhundertelangen Missionierung waren in Südchina volksreligiöse christliche Sekten entstanden, die sich an den ernstgenommenen sozialen Lehren der Missionare schon deshalb orientierten, um Argumente gegenüber dem von den herrschenden Manchus präsentierten Konfuzianismus zu erhalten: der von den Engländern den Manchus aufgezwungene Opiumverkauf (jährlich 40 000 Kisten) à 65 kg) (7) hatte sich hauptsächlich in Südchina ausgewirkt und die Missionare benützten die Unwissenheit der Bauernschaft, um die entstandene Verarmung und Verelendung breiter Volksschichten den Manchus anzulasten. Genau in den von Opiumverkauf und erpresserischen Steuerpächtern geschwächten Provinzen trat dann 1850 eine vorrevolutionäre Volksbewegung (die sog.Taipings) auf, die ihre christlichen Argumente gegen die Manchus, und damit unwissentlich auch gegen die Engländer und deren Missionare richtete, obwohl sie ursprünglich von den letzteren bewußt als Druckmittel gegen die den Engländern noch zu mächtige Manchudynastie eingesetzt wurden. Sie erklärten den Manchuoffiziellen: "Viele Menschen, die von Überschwemmungen und Trockenheit vertrieben wurden, verhungern und ihre Gebeine häufen sich. Die Manchus widmen ihnen keine Aufmerksamkeit und lassen sie sterben, um die Bevölkerung gering zu halten. Die Manchus erlauben habgierigen und korrupten Offiziellen, sich über das ganze Reich auszubreiten und die Menschen verarmen. Regierungs-

---

* Alles Folgende aus Christopher Collingwood: "The Taipings", Journal of Contemporary Asia, Vol.3,Nr.1,1972, S.93-100

Anm.6) "Die Kompagnie wollte den Missionaren keine Aufenthaltserlaubnis geben aus Angst vor der Wirkung ihrer Predigten auf die Gefühle der Eingeborenen." The Oxford History of India, Band III, Percival Spear: Seite 724, Oxford 1964

Anm.7) Francke/Trauzettel: Das chinesische Kaiserreich, Band 19, Frankfurt 1968, Seite 314. Nichtsdestoweniger bemerken die beiden Sinologen der Fischer Weltgeschichte: "Die Folgen, die das Opiumrauchen für die Volksgesundheit mit sich brachte, sind, obwohl sie schlimm genug waren, wohl oft übertrieben dargestellt worden".

posten seien nur durch Bestechung zugänglich. Strafen könne man sich nur durch Geld entziehen; und deshalb sind die reichen Menschen sehr mächtig, während arme Menschen mit großen Fähigkeiten keine Hoffnung auf Anstellung haben und in Schwermut sterben..." Zu einem Zeitpunkt, an dem die Kolonialmächte noch an einer Schwächung der Manchus interessiert waren, um weitere Freihäfen und Handelsrechte für das Landesinnere herauszuholen, war diese Rebellion sehr nützlich. So erklärte die Londoner Missionary Society 1853: "Welche moralische Revolution! Hunderttausend China Man, die für Monate und Jahre zusammenleben, ohne Dollars, und die alles alles alles zusammen teilen, es ist das Wunder des Zeitalters!" Aber bereits 1862 hatte die Rebellion ausgedient, waren den Manchus in den "Treaties" von Tientsin und Peking neue Privilegien abgerungen worden, war man inzwischen wieder an einer starken, weil kolonialismushörigen Manchumacht interessiert. Die christliche Rebellion konnte nur noch stören: parallel zu dieser politischen Richtungsänderung schwenkten auch die Missionare um. Plötzlich waren die Taipings "bilderstürmende Krieger, die einige äußere Anzeichen des Christentums annahmen und auf ihre blutgetränkten Fahnen die Symbole der Religion des Friedens und der Vergebung schrieben". Und 1862 bemerkte ein führender britischer Missionar: "Es wäre im Interesse des Handels und im Interesse Gottes, die Macht der Taipings an der Seeküste und am Yangtseriver zu brechen und ihnen niemals mehr zu erlauben, einen Platz in Schußnähe eines schiffbaren Stromes zu halten".

Daß derlei Kolonial- und Missionarsverhalten durchaus in moralischen Manovrierverhalten beider lag, war aber schon lange klar gewesen, und damit kommen wir wieder auf unser Thema der Bildungshilfe zurück: Christentum und Kolonialismus galten den Missionaren als unauflösbare und harmonische Einheit. Ausbeutung war das Konvertiten christliche Pflicht oder wie es John Bowry 1840 in Nanking als führender Missionar "Top China Man" ausgedrückt hatte: "Jesus Christ is free Trade, free Trade is Jesus Christ"; oder ähnlich auch ein französischer Jesuit nach der 1857 erfolgten Niederschlagung des Taipingaufstandes durch Kolonialtruppen und Manchus - eine Niederschlagung, die mehrere Millionen an Opfern gefordert hatte: "Lieber tausend (heidnische) Manchus als ein roter (christlicher Taiping)". *)

Es war also deutlich geworden, daß überstürzte Christianisierung auf eine "Eingeborenen-Mentalität" stoßen konnte, die die verkündigte Soziallehren ernst nahm; eine u.U. tödliche Gefahr für die Kolonialmächte. Massive Christianisierungsanstrengungen unterblieben deshalb in der Folgezeit. Stattdessen wurden die von der Kolonialverwaltung benötigten einheimischen Elitekader einer intensiven Schulung unterzogen, um sie für den Kolonialdienst anzuwerben. Bildungshilfe stellte sich damit im Zeitalter des klassischen Kolonialismus als geplante Entfremdungspolitik dar, mit deren Hilfe die Kolonialvölker ständig ihrer besten und klügsten Vertreter verlustig gingen, weil eben diese besten und klügsten Vertreter in den Kolonialinstitutionen ausgebildet, nach Oxford, an die Sorbonne und nach Berlin geschickt wurden, und später, im Kolonialdienst angestellt, eine hochbestochene, willfährige Schicht von westernisierten Kollaborateuren bildeten. Für die Masse der Kolonisierten aber standen keine Bildungsmöglichkeiten offen. Die Vorstellungen eines allgemeinen Rechts zumindest der oberen Schichten auf Lesen und Schreiben, taucht in den Kolonialdiskussionen über die beste Form der Bildung bezeichnenderweise überhaupt nicht auf. Für eine re Bildung der städtischen Mittelschichten sorgten allenfalls die Missionsschulen, die das für die Kolonialisten unersetzbare Französisch, Deutsch oder Englisch vermittelten. Der "Bauer", der überwiegende Restbestand der Kolonialbevölkerung, wurde dem "Aberglauben" überlassen, weil das Anhalten dieses Aberglaubens ja die Kolonialmacht zur rücksichtsvollen Patronage der solchermaßen Zurückgebliebenen verpflichtete. Denn diese sich selbst auferlegte "Bürde des weißen Mannes" war ja die wesentliche Rechtfertigung der Kolonialherren.

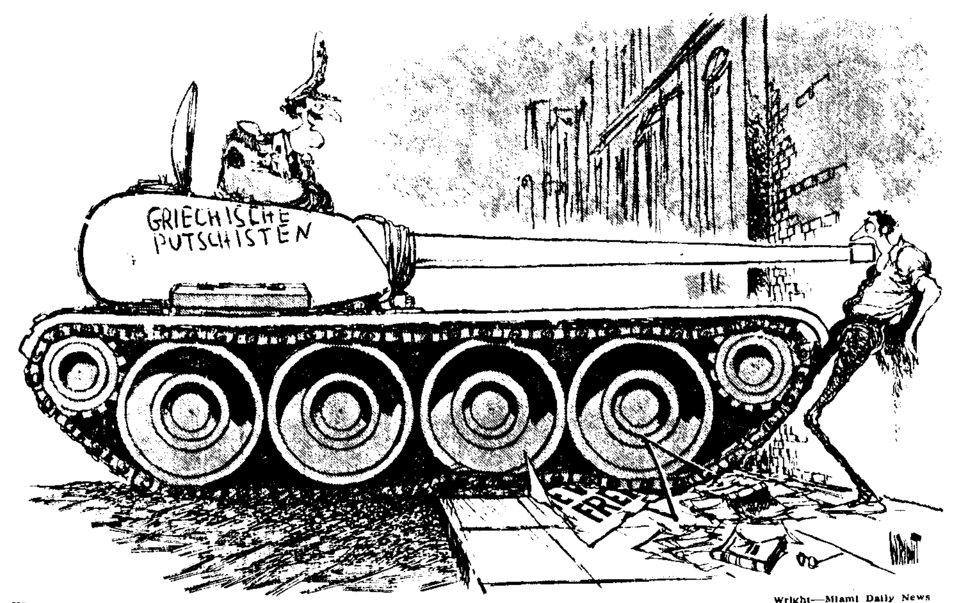
Besonders zynisch wirkt gerade diese Rechtfertigungsstrategie von der Bürde des weißen Mannes", wenn man sieht, wie die einheimischen Schul- und Bildungssysteme unter dem Konkurrenzdruck der priviletierten Missions- und Kolonialschulen entwertet wurden und langsam ausstarben: So gab es etwa in Indien, Indonesien und in allen anderen formal islamisierten Staaten die Institution der Madrasa, der orthodoxen islamischen Schulen, die zumindest immer für das obere Drittel der Stadtbevölkerung zuständig waren, deren Wissen aber dann über Moscheen, Mullas, Sufimystiker etc. einem sehr viel größeren Anteil der Bevölkerung zugänglich wurde. Jene wurden entwertet und vernachlässigt. Dadurch aber wurde die völlige Unwissenheit der Kolonisierten, die zu beenden die Kolonisten ja gerade angetreten waren, zumindest teilweise zur Tat der Kolonialherren selber. Die Vernachlässigung und mangelnde Unterstützung dieser einheimischen Schulen, aber auch der einheimischen Kultursysteme wurde dabei in arroganter Überheblichkeit im Namen empirischer Wissen-

*) Haben Sie schon Ihr Abonnement bezahlt?

schaft und Wahrheit gefordert: Nichts für die Bildung der Kolonialisierten zu tun - so lautete der reale Schlußsatz der kolonialen Bildungspolitik - war immer noch mehr getan, als die einheimischen, abergläubischen Kultursysteme zu unterstützen. Nur wenn man diese steuersparende Zweckvernunft versteht, kann man den klassischen Satz Macaulays zur besten Erziehungspolitik der Inder recht würdigen: "Ich bin durchaus in der Lage,

den Wert orientalischer Wissenschaft aufgrund der Wertsetzung durch die europäischen Orientalisten zu beurteilen: Ich habe niemals einen unter ihnen gefunden, der leugnen konnte, daß ein einziges Bücherbrett einer guten europäischen Bibliothek mehr wert wäre, als die gesamte einheimische Literatur Indiens und Australiens... Wenn wir aber von Werken der Dichtung zu Werken übergehen, in denen Fakten aufgeführt werden und in denen generelle Prinzipien untersucht werden, so wird die Überlegenheit der Europäer absolut unmeßbar. Die Frage, die sich uns jetzt stellt, ist einfach die, ob wir mit öffentlichen Mitteln medizinische Lehren fördern, die einen englischen Tierarzt entwürdigend erscheinen würde, Lehren der Astronomie, die Mädchen in englischen Boarding Schools zum Kichern brächten, historische Lehrinhalte, nach denen Könige 30 Fuß hoch werden und deren Herrschaft 30 000 Jahre dauert und eine Geographie, nach der der Ozean aus Butter ... besteht". Wenn Herr Macaulay 1840 allerdings ehrlicher gewesen wäre, hätte er gesagt: "Die Frage, die sich uns jetzt stellt, ist die, ob wir für die einheimischen Bildungssysteme die Geldquellen abdrehen und durch diese Ersparnisse den Kolonialprofit steigern und dies als Förderung der Vernunft der Einheimischen ausweisen, oder ob wir den Menschen ein Bildungssystem lassen, dessen Inhalte zwar falsch sein mögen, das aber immerhin in der Lage ist, unendlich mehr Menschen Lesen und Schreiben zu lehren und eine "Daseinssicherheit" zu vermitteln, wie sie unsere exklusiven Kolonialcolleges niemals zu vermitteln in der Lage ist." Doch derlei Einsicht paßte nicht in die liberale Rhetorik einer Kolonialmacht, die Ausbeutung stets als Bildungsprozess rechtfertigen mußte.

Da die Kulturarroganz eines Macaulays auch heute noch ihre Rolle spielt, sei auf sie kurz eingegangen. Was bei einer solchen Einschätzung nichteuropäischer Wissenschaft unterbleibt, ist eine Qualität von Wissenschaft, die Europa nie ernsthaft gewürdigt hat: daß nämlich die Formen einheimischer Wissenschaft den Kolonialvölkern stabile Deutungssysteme ihrer Welt, eine einsichtige Form der Selbstbestimmung und der Rechtfertigung gesellschaftlicher Moral bereit stellten, die, wenn auch wissenschaftlich invalide, doch sozial zweckmäßig war und vor allen anderen Dingen humaner waren, als die von aller gesellschaftlicher Verantwortung losgelösten "asozialen" europäischen Wissenschaftsdoktrinen: die mythologische Konzeption der Welt, "traditionale Wissenschaft", hatte es diesen Völkern meistenteils erlaubt, Qualitäten des Lebensrechts, der Menschenwürde, der Gedankenautonomie und des Unterhaltungswerts von Wissenschaft ungebrochen zu bewahren. Der Genozid, die Manipulation und Gehirnwäsche, Zensur und Intoleranz und Wissenschaft als Technik mit all ihren Folgen, waren diesen Völkern erspart geblieben. Die sozialen Qualitäten traditionaler Wissenschaft begründeten aber auch ihre Unfähigkeit oder besser "Naivität", sich gegen den skru-



Wenn Sie irgenwelche Beschwerden haben: sprechen Sie nur!

pellosen Brutalismus der Kolonialherren, militärisch, organisatorisch oder intellektuell zur Wehr zu setzen. In zweckrationaler Verkehrung dieser Sachverhalte argumentieren da nun die Bildungstheoretiker, daß die einheimischen Kultursysteme den neuen Anforderungen einer rational technischen Welt nicht mehr gewachsen seien, daß "Leistungsansporn", "Experiment", "Technologie" und "innerweltlich rationalisierende Wissenschaft" nicht zu ihren Interessen gehörten, daß sie orthodox, zweideutig, feudal, meditativ, weltflüchtig und zu naiv unterhaltsam seien. Ähnlich könnte auch derjenige argumentieren, der eine Napalmbombe in ein Bauernhaus werfend, feststellt, daß die traditionellen Wassereimer ineffizient seien, weshalb man, um den neuen Anforderungen einer radikal gewandelten Situation zu entsprechen, die Feuerlöschzüge aus der nächsten Metropole ins Haus zu schicken habe, um danach das ganze brandversichert als Hühnerfarm wieder aufzubauen.

Dieser Zustand der Kolonialbildungspolitik macht es auch deutlich, daß die bewußt von jeder Bildungsmöglichkeit ausgeschlossene Mehrheit der Kolonisierten selten revolutionäre Führer aus ihren eigenen Reihen hervorbrachte, daß stattdessen die meisten aus den elitären Schichten der Kollaborateure hervorgingen. Diesen Gruppen wurde nämlich spätestens um die Jahrhundertwende deutlich, was das eigentliche Zweckkalkül kolonialer Bildungsmacht war: sie erfuhren mehr über den peloponesischen Krieg als über die neuen Technologien des mechanischen Webstuhls, sie wurden in Verwaltungsarbeiten für Bergbautechniken geschult, aber erfuhren nichts über Dampfmaschinen. Man erläuterte ihnen den Liberalismus eines John Stuart Mill(allerdings mit der Einschränkung, daß er nicht für Narren und Kinder, worunter die Kolonisierten noch zu zählen seien, galt), aber versteckte vor ihnen die Verallgemeinerungsfähigkeit der amerikanischen Unabhängigkeit. Mit variabler Radikalität mit variablen Interessenrichtungen gingen die Erkenntnisse dieser Widersprüche in die Unabhängigkeitsbewegungen ein. So zitierte Ho Chi Minh die amerikanische Unabhängigkeitserklärung als die vietnamesische, so blieb Nehru bis zu seinem Tode einem Londoner Clubideal des Parlamentarismus verpflichtet. Für die letzteren, die nationalbourgeoisen, lediglich formal unabhängigen Kolonien mußte und muß sich die Bildungshilfe der westlichen Industriestaaten umstellen: um mit neuen Verfahrensmustern bei veränderten Bedingungen die alten Zielsetzungen verwirklichen zu können.

(Fortsetzung folgt)

Mao in Chile

In Santiago werden alle Botschaften von Soldaten bewacht, um Verfolgte daran zu hindern, politisches Asyl zu suchen. Jeder Eintritt in eine Botschaft wird damit zu einer gefährlichen Operation. Nur zwei Botschaften fallen nicht unter diese Maßnahme: die der USA, die aus anderen Gründen bewacht wird, nämlich aus Furcht vor einem Anschlag auf dieses Nervenzentrum der imperialistischen Durchdringung - und die Chinas, Volkschinas, die nicht bewacht ist: weil nämlich die Aufgabe, politisches Asyl Suchende fernzuhalten, von den Abgesandten Maos, der nicht mit Pinochet & Co. gebrochen hat, in eigener Regie erledigt wird. Z.T. unter kaum verhüllten Drohungen werden politisch Verfolgte abgewiesen. Friedliche Koexistenz und proletarischer Internationalismus - eine weitere Lektion.

Entsprechend die generelle Politik Pekings gegenüber der Junta: im Gegensatz zu Moskau und seinen Verbündeten hat Pekung nicht mit den Putschisten diplomatisch gebrochen, vielmehr den Botschafter Uribe, der sich gegen den Putsch ausgesprochen hatte, schroff und ohne Verabschiedung aus China ausgewiesen, und seinen Stellvertreter, einen Putschistenanhänger, zu offiziellen Anlässen geladen (Le Monde, 4./5.11.) Im Gegensatz zu den UNO-Vertretern des Ostblocks und vieler Länder der Dritten Welt zog Pekings Delegation auch nicht aus der UNO-Vollversammlung aus, sondern lauschten aufmerksam den Ausführungen des Putschisten-Außenministers. Volkschina und die USA waren auch die einzigen Länder, die sich, als die UNESCO-Konferenz die Vorgänge in Chile verurteilte, der Stimme enthielten. (Le Monde, 19.10.) Da nimmt es wahrlich nicht mehr wunder, wenn die FAZ (12.10.) von der bewundernswürdigen Nüchternheit Chinas schwärmt.. (Angesichts des realen Verhaltens der Pekinger Führung gegenüber Chile können die scholastischen Anstrengungen zur Rechtfertigung Chinas in der KVZ Nr.7 nicht überzeugen: daß der Abbruch der Beziehungen zu Staaten wie Israel, Südafrika und Rhodesien korrekt sei (denn hier würde laut KVZ die Anerkennung dem Befreiungskampf der Völker zuwiderlaufen), nicht jedoch der Abbruch der Beziehungen zur chilenischen Junta nach einem der grausamsten Massaker an der internationalen Arbeiterklasse - dieser Widerspruch kann nur von Leuten auch noch glorifiziert werden, die seit der Kulturrevolution jede Handlungsweise Pekings (früher Lin Piaos, heute Chou En lais) rechtfertigen.)

CHILE

Chile nach dem Putsch

Die chilenische Militärjunta in dem Bemühen um eine Konsolidierung ihrer Macht. - Eine Fortschreibung der Ereignisse in Chile (Oktober bis Anfang November)

I. Der improvisierte Faschismus (Anfang bis Mitte Oktober):

Nachdem die chilenische Junta 4 Wochen lang durch Erschießungen und Terror das Land regiert hat, versucht die Junta seit Anfang Oktober ihrer Politik eine längerfristige Grundlage zu geben. Sie beginnt eine Wirtschaftspolitik zu formulieren, nimmt das Projekt einer neuen Verfassung in Angriff und sucht nach Möglichkeiten, den Terror zu systematisieren und zu perfektionieren.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind inzwischen erste Entscheidungen gefallen. Am 11.10. trat der bisherige Wirtschaftsminister, Divisionsgeneral Rolando González, zurück. An seine Stelle trat Fernando Léniz Serda, bisheriger Präsident der Zeitungskette des Mercurio, die das wichtigste Instrument der Propaganda der Rechten in Chile darstellt. Als wichtigste Wirtschaftsberater wurden ernannt Ricardo Claro, führender Unternehmer der Gruppe der "Piranas" (so genannt nach den menschenfressenden Raubfischen Brasiliens), die unter der Regierung der UP einige Unternehmen verlor und Raul Sáez, der unter Frei Leiter der CORFO gewesen war, sich aber schon 1967 mit Frei zerstritt.

Das Direktorium der Automobilabteilung der CORFO wurde ebenfalls neu besetzt. Diese Abteilung ist deshalb so wichtig, weil in einem Land wie Chile die Automobilpolitik die Gleise für die gesamte Politik der Einkommensverteilung stellt und daher in der Allende-Regierung ein Hauptpunkt der Auseinandersetzung war. Präsident des Direktoriums wurde das Mitglied der Nationalen Partei, Admiral im Ruhestand Jacobo Neumann, erster Vice-Präsident der Luftwaffengeneral im Ruhestand Máximo Errázuriz und zweiter Vice-Präsident der General im Ruhestand Alberto Labbé Troncoso, ehemaliger Senatorkandidat der Nationalen Partei und lautester Verfechter eines Faschisten-Regimes in Chile.

Die Ernennungen zeigen, daß die Junta an die Wirtschaftspolitik Alessandris, des Vorgängers von Frei in der Präsidentschaft, anknüpft. In der Junta überwiegt zur Zeit eindeutig diejenige Rechtsströmung, die die Regierung von Frei als Vorläufer der Regierung der UP ansieht.

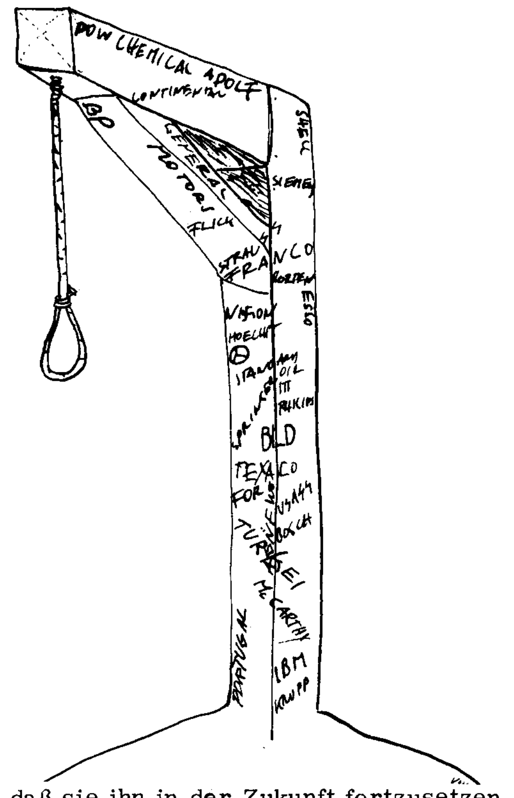
Die Bedeutung, die die Junta dieser Orientierung der Wirtschaftspolitik gibt, zeigt sich in dem ebenfalls angekündigten Rücktritt des bisherigen Außenministers der Militärjunta, Admiral Huerta, der durch Orlando Saenz, Präsident des chilenischen Industrieunternehmerverbandes SOFOFA , ersetzt werden soll. Insgesamt gehen die Entscheidungen der Wirtschaftspolitik auf die Kreise der Großunternehmer, der Unternehmerverbände und des am stärksten profaschistischen Flügels der nationalen Partei über.

Aus den Ernennungen ergibt sich gleichzeitig, daß der Personenwechsel keinen Wechsel der politischen Orientierung bedeutet. In der Innenpolitik wird der Standpunkt der Großunternehmer dominierend sein, wofür auch die starke Zunahme der Konkurse von kleinen und mittleren Handelsbetrieben in den ersten 10 Tagen des Oktobers spricht. Außenpolitisch hingegen wird im Vordergrund die Bemühung um ausländisches Privatkapital stehen. In den Verlautbarungen der Junta wird die Bereitschaft ausgedrückt, die Regierung des Landes so zu führen, daß das Interesse des ausländischen Kapitals an Investitionen gesichert wird. So sagt der General Eduardo Cano, Präsident der chilenischen Zentralbank, vor seiner Reise zur Konferenz des Weltwährungsfonds, daß "Chile die Bedingungen schaffen wird, die ein Milieu garantieren, in dem die ausländische Hilfe effektiv verwertet werden kann". (El Mercurio, 28. 9. 73) In die gleiche Richtung weist das Angebot der Junta, die unter Allende entschädigungslos enteigneten Kupferbergwerke jetzt zu entschädigen. Das in Chile so diskutierte Problem der wirtschaftlichen Abhängigkeit ist aus den heutigen chilenischen Zeitungen völlig verschwunden. Stattdessen spricht man vom ausländischen Vertrauen, das man sich verdienen muß. Nimmt die heutige chilenische Wirtschaftspolitik schon wenig Rücksicht auf die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen, so ist sie gegenüber der Arbeiterklasse völlig rücksichtslos und versucht, die Inflation durch radikale Senkung der Realeinkommen zu bekämpfen. Dies drückt sich in den ursprünglich politisch motivierten Massenentlassungen aus, die die unter Allende stark gesenkte Arbeitslosigkeit wieder enorm steigern, gleichzeitig aber auch in der Lohn- und Preispolitik der Junta. Unter der Regierung Allendes war es ein wesentlicher Grundsatz dieser Politik, die Einkommensverluste aus der Inflation in regelmäßigen Zeiträumen auszugleichen. Es lag bereits ein Gesetz vor, nach dem am 1. Oktober 1973 ein voller Inflationsausgleich der Nominallöhne stattfinden sollte. Vom letzten Inflationsausgleich bis zu diesem Zeitpunkt betrug die Inflationsrate bereits etwa 160 %. Ende September setzte die Militärjunta dieses Gesetz außer Kraft und dekretierte einen Lohnstopp auf unbestimmte Zeit, zumindest aber bis zum 1. Januar 1974. Sie begründete diesen Lohnstopp damit, daß jetzt angeblich die offiziellen Preise stabilisiert seien, und versuchte diese Preisstabilisierung durch die Androhung des Kriegsrechts, notfalls der Erschiessung, durchzusetzen. Auf

dem Zentralmarkt wurden exemplarisch zwei Schwarzhändler erschossen.

Aber selbst diese Preisstabilisierung gelingt nicht. Anfang Oktober wertete die Junta den chilenischen Escudo ab und bestimmte die Dollarparität bei 280 E°. Dies bedeutete eine Verzehnfachung des für den Import von lebensnotwendigen Gütern bisher geltenden Wechselkurses, und damit notwendig einen entscheidenden Anstieg der für die Kaufkraft der Löhne wichtigsten Güter, besonders wenn man hinzunimmt, daß die Junta zur Hebung des Produktionsanreizes auch enorme Preissteigerungen für inländische landwirtschaftliche Produkte zugelassen hat. Vertreter der Junta erklärten, daß es ebenfalls nicht mehr möglich sein werde, für die chilenischen Kinder eine Grundversorgung mit Milch (1/2 Liter pro Tag wurde unter der Regierung Allendes verteilt) sicherzustellen. Der Wirtschaftsminister beklagte sich über den Brotpreis: "Und im übrigen ist das Brot viel zu billig. Stellen Sie sich vor, ein Brotlaib kostet nur 12 Escudos ..." (La Prensa, 28.9.73)

Da gleichzeitig die Gewerkschaftsbewegung verboten ist, und Streik als Sabotage gilt, wird jede Aktivität der Arbeiterklasse zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse mit dem Tode bedroht. Tatsächlich ist die Möglichkeit einer solchen Wirtschaftspolitik gegenüber einer in Generationen geformten Arbeiterklasse nur durch den absolutesten Terror zu sichern. Die Junta hat vom ersten Tag an gezeigt, daß sie zu diesem Terror bereit ist. Ihre Wirtschaftspolitik beweist aber



auch, daß sie ihn in der Zukunft fortzusetzen gedenkt. Chile hat sich dadurch in ein Land verwandelt, in dem die Erschiessungsdrohung alltägliches Mittel der Politik wird. Inzwischen haben alle chilenischen Unternehmungen, einschließlich der staatlichen Institutionen, eine interne Verwaltungsordnung, in der zwei Dinge hervorstechen: Schießandrohung im Falle der Sabotage (die jede Form von Arbeitskämpfen einschließt) und die Forderung nach militärischem und männlichem Haarschnitt für die Männer, dezenter Kleidung für die Frauen.

Dieser Terror hat zur Unterdrückung aller Menschenrechte geführt, da er konsequenterweise alle nur denkbaren Äußerungen einer Opposition vermindern muß. Der angezielte Grad der Unterdrückung der Arbeiterklasse ist nicht verwirklichbar, wenn nicht gleichzeitig sowohl die Presse und Informationsfreiheit als auch die Freiheit der Lehre und Forschung, der Parteienbildung und von allgemeinen Wahlen unterdrückt wird.

Konsequenterweise kündigt die Junta eine neue Verfassung an, die einem faschistischen Arbeitsfrontdenken verhaftet ist. Das Mitglied der Junta, Luftwaffengeneral Leigh, begann unmittelbar nach dem Putsch von den Grundprinzipien dieser Verfassung zu sprechen. Da Leigh als der stärkste Mann der Junta gilt, dürften seine Vorstellungen von der neuen Verfassung eine besondere Rolle spielen in der Ausarbeitung des endgültigen Projekts. Leigh hält allgemeine Wahlen für ein solch armes Land wie Chile für zu teuer und unökonomisch. Er will die nach allgemeinem Wahlrecht gewähte Volksvertretung durch einen neuen Kongress ersetzen, in dem vorwiegend das Militär, die Unternehmerverbände (gremios), die Frauen und die Jugend vertreten sind. Inzwischen ist eine Kommission für die Ausarbeitung der Verfassung gegründet worden, die folgende Zusammensetzung hat: Henrique Ortúzar, früherer Justiz- und später Aussenminister der Regierung Alessandri, der im Jahre 1970 die Wahlkampagne Alessandris, des Präsidentschaftskandidaten der Rechten, leitete; Sergio Diez, wortgewaltiger Ex-Deputierter der Nationalen Partei, Jaime Guzmán, graue Eminenz der faschistischen Organisation "Vaterland und Freiheit" und Jorge Ovalle von der radikal-demokratischen Partei. Verlässlichster Vertreter der Vorstellungen Leighs ist Jaime Guzmán, dem Leigh ursprünglich die Ausarbeitung der Verfassung im Alleingang anvertrauen wollte. Ein chilenischer Regierungssprecher hatte gesagt, Guzmán sei so "genial", daß er das wohl allein machen könnte.

Die korporativistische Vorstellung von der neuen Verfassung entspricht natürlich dem terroristischen Charakter dieser geplanten chilenischen Gesellschaft und ihrer terroristischen Wirtschaftspolitik. Sie entspricht aber nicht unbedingt der von der Junta so dienstbeflissen betonten Notwendigkeit, sich das Vertrauen des Auslands zu verdienen.

Es entsteht daher mit dem terroristischen Gesellschaftsprojekt die Notwendigkeit, es vor dem Ausland zu verstecken, es aber gleichzeitig denjenigen sozialen Schichten einsichtig zu machen, auf die sich die Junta stützen muß. Die Junta versucht dies durch zwei Behauptungen, die sie ständig in ihrer Propaganda ausspielt.

Die erste bezieht sich auf den sogenannten Plan "Z", der seit dem Putsch ständig hochgespielt wird und eine Unzahl von Varianten hat. Seine erste Form hatte er bei der Legitimierung des Putsches unter den Militärs. Es wurde behauptet, die UP hätte einen generellen Mordplan ausgeheckt, genau von der Art, wie ihn die Junta tatsächlich hatte und dann durchführte: die physische Ausrottung aller möglichen Gegner. Dieser angebliche Plan der UP wurde nach dem Putsch nicht besonders betont. In dem Grade allerdings, in dem die Mittelklasse als sozialer Träger des Militärputsches vor dem Massenmorden erschrak und sich emotionelle Depressionen in ihren Reihen bemerkbar machten, wurde dieser Plan immer weiter vervollkommnet. Man behauptete, man habe diesen Plan im Safe von Daniel Vergara, kommunistischer Staatssekretär des Innenministers unter Allende, gefunden. Die letzte Formulierung des Plans "Z" findet man in der Zeitung la Segunda vom 3. Oktober 1973. Danach handelt es sich jetzt um einen Putschplan, der Allende durch den sozialistischen Senator Carlos Altamirano ersetzen sollte und von dem linken Flügel der sozialistischen Partei, vom MAPU und vom MIR getragen wurde. La Segunda weiß sogar, daß eine neue Nationalfahne geplant war, in der der traditionelle Stern durch Hammer und Sichel ersetzt werden sollte.

Während diese ständig sich ändernden Putschpläne der UP von den Militärs entwickelt wurden, und damit dem Mittelstand das Gefühl der Legitimität der ungeahnten Brutalität des Militärs vermittelt werden sollte, begann man gleichzeitig, gegenüber dem Ausland eine systematische Kampagne, die dazu bestimmt ist, die dort bekannte Wahrheit über das neue Militärregime abzustreiten. Man sprach am Anfang von weniger als 100 Toten, heute von etwa 600. Man präsentiert die Militärs als die Retter der Demokratie, die das Opfer auf sich genommen haben, auf die traditionelle Nichteinmischung in die Politik zu verzichten. Wichtigster Repräsentant dieser Kampagne ist der Innenminister, General Bonilla, ohne Zweifel der Besterzogene unter den Generälen. Bonilla hält die Kontakte mit der ausländischen Presse und ihren Vertretern und mit aus dem Ausland kommenden, gebetenen und auch ungebetenen Gästen. Ein Mann von viel Prestige und wenig Macht, spricht er davon, daß die Junta nur eine bestimmte Zeit die Macht übernimmt, um zum Geburtshelfer einer neuen bürgerlichen Verfassung zu werden, die den Volkswillen besser als die vorherige repräsentiert. Da es viele Besucher gibt, die überzeugt werden wollen, kommen ebensoviele überzeugt zurück. Der letzte, der überzeugt zurückkam, war Herr Heck. (FAZ, 11. Okt. 1973)

Bonilla dient allerdings nicht nur dazu, dem Ausland Sand in die Augen zu streuen. Er spricht gleichzeitig aus, was die Hoffnung der rechten Christdemokratie ist, insbesondere von Frei und dem Parteipräsidenten Aylwin, die sich als die demokratische Lösung des Putsches anbieten, indem sie eine Demokratie ohne marxistische Parteien herbeisehnen. Die Junta jedoch - und die erwähnten Ernennungen der die Wirtschafts- und Außenpolitik bestimmenden Personen zeigen dies - hat für die christdemokratischen Politiker keinen Platz. Dies löst auf der einen Seite Tendenzen aus, sich mit den Parteien der Volkseinheit in einer Front zu vereinigen. Auf der anderen Seite führte es von Seiten der rechten - und bis heute führenden - Politiker, insbesondere von Frei und Aylwin, zu einer immer servileren Haltung gegenüber der Junta. Sie begannen, in jeder Hinsicht die Meinungskampagne der Junta zu unterstützen, nicht nur in der Rechtfertigung des Putsches durch den ganz offensichtlich gefälschten Plan "Z", sondern auch in ihrem Bemühen, das entstehende Terrorregime vor dem Ausland zu verstecken



Bei Razzien in Santiago de Chile zwingen Soldaten mit Maschinenpistolen die Passanten, sich auf die Straße zu legen

und die Wahrheit über den Massenmord in Chile zu leugnen. Inzwischen bieten sie sich an, Reisen zur Aufklärung der ausländischen Öffentlichkeit zu übernehmen. Wenn man den letzten Nachrichten glauben kann (FAZ, 11.10.73), hat sich auch der Kardinal von Santiago diesem Unternehmen angeschlossen. Der Kardinal erklärt jetzt, daß der Papst durch die Fehlinformationen ausgewiesener Nonnen und Priester dazu gebracht worden sei, die Situation nach dem Umsturz in Santiago zu beklagen. Frei will sich durch diese Haltung die notwendigen Verdienste erwerben, um bei einem eventuellen Umschlag der Meinung der Junta möglicher und wichtigster Präsidentschaftskandidat zu bleiben. Die starken Männer der Junta bereiten sich allerdings auf die langfristige Installierung des Terrorregimes vor. So sagte der Admiral Merino: "Erst dann, wenn der Chilene fähig ist, allein seinen Weg zu finden, werden wir das Steuer übergeben". Genauere Gedanken über diesen Erziehungsprozeß hat sich aber der General Ernesto Baeza, Direktor der Kriminalpolizei, gemacht: Er "wies darauf hin, daß die Verbrechensbekämpfung die physische Vernichtung desjenigen einschließt, der bei einem Vergehen in flagranti gefaßt wird und der Polizei Widerstand entgegensetzt ... "

... Trotz des in Gang gesetzten Terrorapparates gelingt es nicht, die Parteien der chilenischen Linken in ihrer Struktur zerstören zu können. Der Polizeigeneral Cesar Mendoza, Mitglied der Junta, sagt es selbst: "Wir Mitglieder der Regierungsjunta sind uns völlig bewußt, daß im Land latente Guerilla-Kerne existieren. Wir haben hier

13.000 ausländische Extremisten registriert, die in Chile waren. Nach unseren Informationen hat man einige dieser Elemente verhaften können, oder einige haben auf verschiedenen Wegen das Land verlassen. Die übrigen sind geblieben, und man muß noch einige wenige Chilenen hinzurechnen ... Man muß ein Bewußtsein gegen die Extremisten schaffen. Die Bürgerschaft muß den militärischen Autoritäten und der Polizei die bestehenden Nester denunzieren". (La Tercera, 28.9.1973)

Der General weiß, daß der Widerstand weiterbesteht. Er weiß aber auch das, was viele Chilenen wissen: Es handelt sich nicht um viele Ausländer und einige wenige Chilenen. Es handelt sich um viele Chilenen und einige wenige Ausländer.

II. Der Kampf um die Wahrheit (Mitte Oktober)

In den letzten zwei Wochen verfolgte die chilenische Militärjunta eine Linie, die auf der einen Seite die wirtschaftliche Situation des Landes stabilisieren und auf der andern Seite aber die Tatsache überspielen soll, daß sie bisher die so sehr verkündete Normalisierung des Landes nicht hat erreichen können.

In der Wirtschaftspolitik zeichnen sich die Tendenzen weiter ab, die schon unmittelbar nach dem Putsch sichtbar wurden. Zwar sprach man damals noch darüber, daß die sozialen Rechte der Arbeiterschaft im wesentlichen nicht angetastet werden sollten. Aber es konnte schwer jemandem entgehen, daß man entschlossen war, die Kosten der jetzt zu konzipierenden Wirtschaftspolitik auf die Arbeiter und ganz generell die unteren Einkommensschichten abzuwälzen. Sehr bald wurde die automatische Inflationsangleichung von Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen abgeschafft. Sehr bald ging man auch davon ab, strenge Maßnahmen gegen die Spekulanten zu treffen und den Versuch zu machen, die vor dem Putsch geltenden offiziellen Preise für Grundnahrungsmittel aufrechtzuerhalten. Der neue Wirtschaftsminister, Léniz, ging jetzt offen zu einer laisser-faire-Politik über. Die Grundnahrungsmittel wurden um etwa 400% angehoben, und die unentgeltliche Verteilung von Milch für Kinder endgültig abgeschafft. So stieg der Preis des Tees um 1 800 %, der Preis für 1 kg Brot von 11 auf 40 Escudos, der Preis für 1 kg Zucker von 24 auf 12o E°, der Preis der Milch von 8 auf 3o E°, der Preis des Öls stieg um 600 %, der Preis der Schuhe um 400 %, etc... Diesen ausserordentlichen Preiserhöhungen entsprechen keine Einkommenserhöhungen, obwohl man unmöglich die Einkommen gleich lassen konnte. Die Einkommen sollen durch ein Bonifikationssystem dergestalt erhöht werden, daß in den 3 Monaten Oktober, November und Dezember insgesamt 5 Monatseinkommen ausgezahlt werden sollen, was einem Einkommensanstieg von etwa 16 % gleichkommt, dh. einem Einkommensanstieg, der halb so groß ist wie der durchschnittliche Preisanstieg für lebensnotwendige Güter.

Parallel hierzu geht die generelle Erhöhung der Arbeitswoche von 44 auf 48 Wochenstunden. Dieser Arbeitszeitverlängerung entspricht keine reale Lohnsteigerung. Alle chilenischen Arbeiter und Angestellten wurden verpflichtet, das diesen zusätzlichen Stunden entsprechende Einkommen dem Fonds für den nationalen Wiederaufbau Chiles zu übergeben.

Gleichzeitig wurde angekündigt, daß sämtliche verstaatlichten Unternehmungen mit wenigen Ausnahmen - insgesamt etwa 1 000 zum Teil allerdings kleine Betriebe - ihren ehemaligen Eigentümern zurückgegeben werden sollen, darunter vor allem diejenigen, die vorher in ausländischem Besitz waren. Diese Rückgabe gilt in geringerem Maße für die enteigneten landwirtschaftlichen Güter, wo sich die Rückgabe auf Güter beschränken soll, bei denen der gesetzliche Enteignungsprozeß zur Zeit des Putsches noch nicht beendet war. Soweit hier die Rückgabe an die früheren Eigentümer nicht in Frage kommt, werden jetzt Eigentumstitel und damit Verkaufsrecht erworben.

Man kann daraus eine gewisse Strategie der Wirtschaftspolitik ablesen. Die hohen Preise für Agrargüter sollen die Agrarproduktion fördern, gleichzeitig aber dazu dienen, eine gewisse agrarische Mittelschicht zu schaffen, die als kapitalistische Schicht effizient ist, einer neuen Bildung von Großeigentum nur bedingt im Wege steht und für eine zukünftige Guerilla-Bewegung nicht penetrierbar ist. Die Nachteile dieser Wirtschaftspolitik werden auf diese Weise ganz einseitig vom städtischen und ländlichen Proletariat getragen, das sich überall genügend starken Mittelschichten gegenübersehen soll, die als Hindernis für zukünftige Widerstandsbewegungen wirken können.

Das Ziel ist daher klar: die wirtschaftliche Dynamik soll durch eine absolute Bevorzugung der Eigentümer der Produktionsmittel erzeugt werden, während die militärische und polizeiliche Repression die Politik ersetzen soll.

Diese Linie läßt sich nur durchhalten, wenn die bisherige Repression fortgesetzt wird. Dadurch bringt sie sich aber gleichzeitig in Gefahr, weil das erschreckende Ausmaß der Unterdrückung sowohl die große Mehrheit des chilenischen Volkes als auch das Ausland in Opposition zur Junta bringt. In beiden Richtungen muß die Junta daher aktiv werden. Da sie dem chilenischen Volke ihre Brutalität nicht verbergen kann, muß sie sie verteidigen und begründen. Da sie sie aber dem Ausland gegenüber nicht begründen kann, muß sie sie verstecken und verleugnen. Sie braucht ein gewisses Wohlwollen des Auslandes und einer genügenden Zahl von unterstützungswilligen Chilenen, um regieren zu können, sie kann aber nur ihre Macht sichern, wenn sie den Grad der Repression beibehält, mit dem sie angefangen hat.

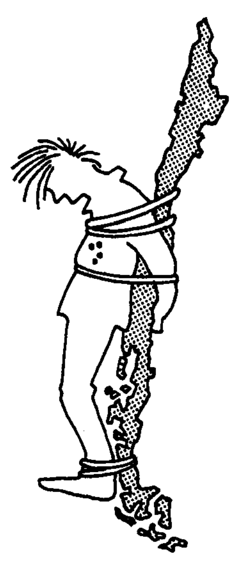
Pinochet, Präsident der Junta, versuchte in einer Botschaft ans chilenische Volk vom 11. Oktober 1973 - genau einen Monat nach dem Putsch - diesen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen. Beunruhigt über die oppositionelle und feindliche Haltung derjenigen Schichten der chilenischen Bevölkerung, die der Junta zur Zeit des Putsches noch positiv gegenüberstanden,

versucht er eine Erklärung der Repression zu geben. Mehr als der zehnte Teil der Botschaft beschäftigt sich mit den möglichen Folgen eines Scheiterns der Politik der Junta. Drohend sagt er: "Das Scheitern unserer Mission wird das Ende Chiles und seiner Söhne sein". Er streitet ab, daß die Verantwortung für das, was geschehen ist, ausschließlich beim Heer liegt "unsere Handlungsweise (ist) nur das Ergebnis einer nationalen Tragödie, in der die Verantwortung von allen Chilenen getragen werden muß, in dem Grad, in dem sie Böses getan haben oder nicht handelten". Daraufhin wendet er sich an das chilenische Volk, das sich zunehmend von der Junta distanziert: "Daher helfen uns diejenigen nicht, die voreilig Forderungen stellen oder abenteuerliche Urteile abgeben über die Handlungsweise der Streitkräfte und der Polizei, und die vergessen, daß es sich um die grundsätzliche Mission handelt, ein in Ruinen liegendes Land in eine wohlhabende Nation zu verwandeln; dies ist schließlich nicht eine Aufgabe für Demagogen und läßt sich auch nicht in Stunden lösen". (El Mercurio, 12.11.73)

Der Ton ist klar. Die Generäle schieben die Verantwortung wieder einmal von sich ab, sie wissen sich bedroht, und sie bestehen darauf, daß "Chile und seine Söhne" eher untergehen werden als sie. Gleichzeitig wendet sich Pinochet nicht mehr ausschließlich an die sogenannten Extremisten. Den Extremisten gegenüber erklärte er: "Der Kriegszustand geht weiter". Er richtet sich vielmehr hier an die Mittelschichten, deren Unterstützung er zu verlieren droht und ohne die er keine irgendwie geordnete Regierung durchführen kann. Allerdings handelt es sich hierbei um eine Argumentation, die rein nach innen gerichtet ist. Im Ausland wird sie nicht überzeugen können. In bezug auf das Ausland spricht man daher mit anderen Worten und Taten. Man spricht auf einmal von der Wahrheit, die von den Korrespondenten der ausländischen Presse nicht respektiert werde, und man beginnt mit dem Versuch, den im Inland herrschenden Terror auf die in Chile dekreditierten ausländischen Journalisten auszudehnen.

So spricht der Außenminister, Admiral Huerta, von einer marxistischen Kampagne: "In Bezug auf das Bild von Chile im Ausland durchlebt Chile einen seiner schlimmsten Augenblicke. Die Marxisten aller Welt haben sich vorgenommen, die nationale Wirklichkeit zu verdrehen, und wollen glauben machen, daß es in Chile ein "Blutbad" gebe; daß es Konzentrationslager gäbe und daß "Allende ein Idealist war" (La Tercera, 4.10.73) Er kündigt dann an, daß er auf seiner Reise zu den Vereinten Nationen die "Wahrheit' groß geschrieben" verkünden werde. Nicht die simple und klare Wahrheit unbestechlicher Beobachter, sondern die Wahrheit. Um diese Kampagne für die Wahrheit zu unterstützen, wurde am 15. Oktober allen Presseorganen, Radio und Fernsehstationen ein Rundschreiben zugeschickt, das noch einmal darauf bestand, daß nur "offizielle Informationen" über Exekutionen und Verhaftungen gegeben werden dürften. Das Zirkular gilt für chilenische und ausländische Journalisten.

... Journalisten, die dies nicht akzeptieren, fallen selbst unter das Kriegsrecht. Am 11. Oktober wurde der schwedische Journalist Bobby Surrander verhaftet und im Nationalstadium gefangengehalten. Man drohte, ihn vors Kriegsgericht zu stellen. Am 7. Oktober stellte man einen Verhaftungsbefehl gegen den italienischen Journalisten Mario Cervi aus. Kurz darauf - vom 16. Oktober an - wies man eine große Zahl von Journalisten aus. Le Monde stellt die Ausweisung ihres Korrespondenten Pierre Kalfon wie folgt dar: "Es scheint, daß die Militärregierung P. Kalfon vorwirft, über die Pressekonferenz berichtet zu haben, die drei Rechtsanwälte und Vertreter internationaler Juristenverbände abhielten. Diese Rechtsanwälte waren nach einer Woche Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen, daß zahlreiche Verletzungen der Menschenrechte stattgefunden haben. Ihre Erklärungen sind in der ganzen internationalen Presse erschienen ... Alles deutet daraufhin, daß die chilenischen Militärs, die über die Gewissenhaftigkeit der meisten europäischen und amerikanischen Korrespondenten erbost sind, sich entschlossen haben, sich von den unruhigsten und einflußreichsten zu lösen. Die Reaktion der chilenischen Junta zeigt das Maß ihrer Unfähigkeit zur politischen Analyse" (23.Okt. 73). Die Journalisten hatten zwar die Wahrheit gesagt, aber in Chile muß man jetzt die W a h r h e i t sagen. Und was diese W a h r h e i t ist, bestimmt die Junta.



Auf diese Weise das Ausland und das Inland terrorisierend und überredend, versucht die Junta ihre generelle Repressionspolitik zu legitimieren. Diese Legitimierung muß ihr gelingen, wenn ihre Wirtschaftspolitik eine Zukunft haben soll, und sie kann ihr nicht gelingen, weil die für diese Wirtschaftspolitik notwendige Repression ihre Legitimierung untergräbt. Eine Mehrheit für den Putsch hat sie nie gehabt. Sie kämpft jetzt darum, daß die nicht zur UP gehörigen Gruppen sie wenigstens tolerieren, mitarbeiten und nicht in den Widerstand gehen. Aber

auch gegenüber diesen Gruppen glaubt die Junta, nicht auf den Terror verzichten zu können. Dies gilt insbesondere für den linken Flügel der Christdemokratischen Partei. Während die christdemokratische Rechte den Weg der völligen Unterwerfung unter das Diktat der Junta ging und dabei von den offiziellen Vertretern der Kirchen begleitet wird, werden die zum linken Flügel der Partei gehörigen Christdemokraten verfolgt. Sie stehen unter Hassarrest, können in der Öffentlichkeit nicht auftreten. Ihre Häuser werden auf ähnliche Weise durchsucht - und geplündert - wie die Häuser von Angehörigen der UP, und die Christdemokratische Arbeiterschaft wird in genau derselben Weise zum Opfer der Wirtschaftspolitik der Junta wie alle anderen Arbeiter auch.

Die Verfolgung richtet sich auch deshalb immer entschiedener gegen die linken Christdemokraten, weil ihnen im Kampf gegen die faschistische Diktatur anfänglich fast zwangsläufig eine sehr wichtige Funktion zugefallen war: Helfer und Nachrichtenvermittler für die unmittelbar verfolgten Organisationen der Linken zu sein. Es ist unter diesen Umständen auch kein Wunder, daß alle Organisationen der Linken ohne Unterschied betonen und darauf bauen können, daß der antifaschistische Widerstand weit über die bisherige Anhängerschaft der Linken hinausgeht. Trotz aller Unterschiede in der Wertung dessen, was die Regierung Allende in den letzten drei Jahren getan und erreicht hat, besteht innerhalb der Linken angesichts der existierenden Unterdrückung fast vollständige Einigkeit über die Hauptaufgabe, die sich für die nächste Zukunft stellt: Es kommt darauf an, mit allen Mitteln den Sturz der Junta herbeizuführen. Und dafür ist zunächst entscheidend, daß man alle Kräfte sammelt, die bereit sind, gegen den Faschismus zu kämpfen, und daß man die Reorganisation der eigenen Kräfte vorantreibt.
Die Junta weiß, daß ihr eine Spaltung der Linken nur nützen könnte, und sie versucht ohne Erfolg, selbst dazu beizutragen, indem sie Berichte in die chilenische und internationale Öffentlichkeit lanciert, die die Auseinandersetzungen innerhalb der Linken von vor dem Putsch wieder aufnehmen und nur dazu bestimmt sind, neue Auseinandersetzungen zu provozieren.
Die Parteien der Linken haben in sehr unterschiedlichem Ausmaß die Auswirkungen der Verfolgung zu spüren bekommen. Am besten konnten die Parteien ihre innere Organisation über den Putsch hinwegretten, die aus eigener Erfahrung die Situation der Verfolgung und der politischen Arbeit im Untergrund kennen oder sich doch zumindest darauf vorbereitet haben. Das sind vor allem der MIR, die Kommunistische Partei und deren Jugend sowie ein Sektor der Sozialistischen Partei unter der Führung des Generalsekretärs der CUT (Zentralgewerkschaftsbund), Rolando Calderón. Die Sozialistische Partei hat aber als ganze während des Putsches und danach die größten Verluste hinnehmen müssen, weil einerseits die Kampfentschlossenheit ihrer Mitglieder und Anhänger besonders groß war und andererseits der Ausbau der inneren Organisation der Partei nicht genügend fortgeschritten war, um einen geordneten Rückzug rechtzeitig möglich zu machen.
Heute sind alle diese Parteien der Linken, auch die beiden Fraktionen des MAPU, dabei, ihr inneres Organisations- und Kommunikationsnetz wieder aufzubauen und untereinander enge Verbindung zu halten. Natürlich ist es dafür vordringlich, zunächst das Leben der Führer und Mitglieder zu schützen. Zusätzlich erschwert wird die Reorganisation der Linken dadurch, daß viele ihren Arbeitsplatz verloren haben und die materielle Basis der Organisationen und ihrer Mitglieder mehr und mehr bedroht wird. Die von der Junta durch künstliche Arbeitslosigkeit geschaffene Konkurrenz um die Arbeitsplätze ist auch darauf berechnet, die politischen Differenzen innerhalb der Arbeiterklasse zu verschärfen. Die Lohn- und Preispolitik der Junta richtet sich aber zu direkt und unmittelbar gegen die Lohnarbeiter, als daß diese Rechnung aufgehen könnte. Solange diese Politik und die allgemeine Repression anhalten, wird sich die Arbeiterklasse kaum auseinanderdividieren lassen. Ohne die Sicherung der materiellen Basis und ohne die Schaffung eines funktionierenden Organisations- und Kommunikationsnetzes sind alle Diskussionen über die weiteren Ziele der Linken und über die Methoden des Kampfes müßig. Aber auch hier ist man sich wenigstens darüber klar, daß es nicht nur um die Wiederherstellung der Verhältnisse vor dem Putsch gehen kann und daß die Linke den Faschisten für immer wehrlos ausgeliefert wäre, wenn sie für die Zukunft Methoden des bewaffneten Kampfes von vorneherein ausschließen würde.

III. Klassenkampf von oben (Ende Oktober - Anfang November):

Die Politik der Junta in Chile bietet mit ihrer Kombination von verschärfter Ausbeutung, blutiger Repression und Propaganda ein Musterbeispiel für einen konsequent geführten Klassenkampf von oben. Im Mittelpunkt steht die Wirtschaftspolitik, die eine rasche Umverteilung des Einkommens zugunsten der besitzenden Schichten auf Kosten des Realeinkommens der arbeitenden Bevölkerung zum Ziel hat. Nachdem die Junta den größten Teil der Preiskontrollen abgeschafft hat, erreicht die Inflation eine zuvor nie gekannte Geschwindigkeit. Nur für einige wenige Lebensmittel und für Schuluniformen gelten noch Preiskontrollen, alle anderen Preise steigen steil in die Höhe. Um ihre Verantwortung für diesen Raub an Kaufkraft zu vertuschen, beruft sich die Junta auf die Planung der Regierung Allende - der sie sonst eine chaotische Wirtschaftsführung vorwirft: Solange die Junta die Preiskontrollen noch beibehielt, sprach sie von einer voraussichtlichen Jahresinflationsrate von 500% und wies darauf hin, dieses Ausmaß der Geldentwertung sei bereits von der Unidad Popular eingeplant worden. Kaum hatte man die Preiskontrolle abgeschafft, zwang die reale Entwicklung dazu, eine Inflationsrate von 1000% anzukündigen - und wieder hielt sich das angeblich im Rahmen der Planung der gestürzten Regierung. Heute spricht man von 1600%

- und auch das hat die UP seit langem eingeplant und akzeptiert, wenn man der Regierung glauben soll.

Die Einkommen der Bevölkerung bleiben weit hinter der Inflationsrate zurück, so daß das Realeinkommen auf ein Bruchteil des zuletzt unter Allende ausgezahlten Betrags schrumpft. Dies ist nicht etwa eine unerwünschte Nebenwirkung, sondern eigentliches Ziel der Wirtschaftspolitik: "Kampf gegen die Inflation mit Hilfe der Marktgesetze" heißt unter den heutigen Bedingungen in Chile nichts anderes als Kapitalakkumulation auf Kosten des Hungers der unteren Einkommensschichten. Einer der Berater des Wirtschaftsministers, Pablo Barahona, erklärte unumwunden, in spätestens 18 Monaten werde die Inflation aus Chile verschwunden sein. Da dies die Drohung mit der absoluten Verelendung des chilenischen Volkes darstellt und von der Bevölkerung auch als solche verstanden wurde, beeilte sich der Wirtschaftsminister, die Ankündigung zu dementieren und zu versichern, man denke nicht an eine absolute Preisstabilisierung in so kurzer Zeit.

Aber nicht nur die Einkommen der Lohnempfänger sinken, es sinkt auch die Anzahl der Lohn und Gehaltsempfänger selbst mit dem allgemeinen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Lag die Arbeitslosigkeit in Santiago zum Ende der Regierungszeit von Frei bei etwa 8 %, so war sie unter Allende auf weniger als 3 % gefallen; nun schnellte sie auf etwa 15 % in die Höhe. Diese Arbeitslosigkeit ist ein Ergebnis von Nachfrageverfall und Produktionseinschränkungen, wird aber gleichzeitig als Instrument der Rache an der chilenischen Linken benutzt, indem die Betriebsleitungen gezielt denjenigen unter ihren Lohnabhängigen kündigen, die der UP nahestanden. Für die unteren Schichten beginnt in Chile wieder die Zeit des Hungers, der akuten Unterernährung, des Kampfes um das bloße Dasein - auch das ein Mittel der politischen Neutralisierung.



„Hinein mit dir, ins Grab, du Selbstmörder", schrieb der Zeichner unter diese Karikatur. Das Geschäft besorgten Teile der in den Vereinigten Staaten ausgebildeten Armee

Eine solche Wirtschaftspolitik kann natürlich nur bei einem hohen Grad der Repression durchgeführt werden. Daß die Junta dazu entschlossen ist, ergibt sich aus ihrer Ankündigung, der Ausnahmezustand mit Ausgehverboten werde noch mindestens acht Monate dauern und auch nach seiner Aufhebung solle das Kriegsrecht weitergelten. Aber gleichzeitig gibt es Anzeichen, daß der Charakter der Repression sich allmählich ändert. Die Richtung dieser Änderung wird deutlich aus dem verbürgten Ausspruch eines der neu ins Land gerufenen brasilianischen "Berater", das bisherige Vorgehen der Junta unterscheide sich von der brasilianischen Methode wie Metzgerei von Chirurgie. Es geht also darum, durch eine Systematisierung der Repression Kosten und Aufsehen zu senken, ohne an Effektivität zu verlieren.

... Da gezieltere Repression nur auf der Grundlage genauerer Information möglich ist, unternimmt die Junta jede Anstrengung, ihren Apparat der Denunziation auszubauen.

Vor drei Wochen wurden die letzten drei Jahrgänge der Reservisten zur Armee eingezogen. Sie mußten sich bei den Militärbehörden melden, wo-

bei Nichterscheinen als Fahnenflucht galt. Die Reservisten wurden jedoch nicht zur Truppe eingezogen, sondern als Wehrverpflichtete an ihre Arbeitsplätze zurückgeschickt, wo sie nun dem militärischen Sytem von Befehl und Gehorsam unterstehen. Einer der Befehle erlegte ihnen die Pflicht auf, periodisch über die Verhältnisse am Arbeitsplatz Bericht an den militärischen Nachrichtendienst zu erstatten. Da die Verweigerung der Denunziation nun als Befehlsverweigerung und Desertion bestraft werden kann, erhofft man sich eine fast lückenlose Information über alle Personen in Chile, ihre politischen Meinungen und Aktivitäten.

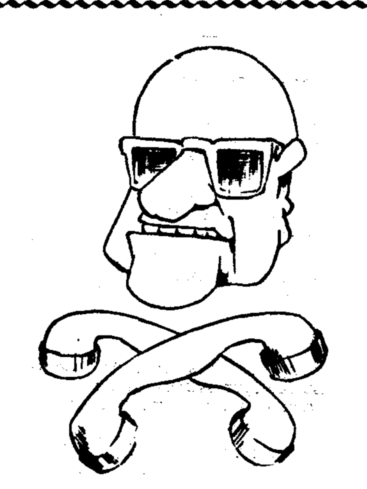
Die Systematisierung der Repression ist auch vor allem deswegen nötig, um dem Ausland das Bild von "Ruhe und Ordnung" vorzeigen zu können, daß durch ständige Militärpatroullien, Erschießungen und Verhaftungen gestört wird. Da die eingeschlagene Wirtschaftspolitik wesentlich von der Unterstützung des Auslands abhängt, kann der Junta die öffentliche Meinung jenseits der Landesgrenzen nicht gleichgültig sein. Solange die erstrebte Friedhofsruhe noch nicht hergestellt ist, müssen Propaganda-Kampagnen helfen, der kritischen Weltöffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen.

So begann man vor einigen Wochen eine Brief-Kampagne: Man forderte die Rechte auf, Briefe ins Ausland zu schicken, um dort über die Wirklichkeit aufzuklären. Seither werden solche Briefe serienweise in der chilenischen Presse abgedruckt. Besonders viele Briefe scheinen an Edward Kennedy geschickt zu werden, den man im übrigen als Salon-Kommunisten angreift, weil er einen Beschluß des nordamerikanischen Senats herbeiführte, in dem jede Wirtschaftshilfe an Chile abgelehnt wird.

Mehr Gewicht gibt man jedoch den Reisen von Emissären ins Ausland, voran der neue chilenische Aussenminister General Huerta, der am 10. Oktober vor den Vereinten Nationen (und bestellten Claqueuren) eine Rede hielt, in der der sogenannte "Plan Z" - ein angeblicher Plan der Unidad Popular zur Ermordung der chilenischen Heeresleitung und zahlreichen weiterer Repräsentanten der Rechten - in den Mittelpunkt der Argumentation gestellt wurde. Obwohl nun schon zwei Monate lang mit diesen angeblich geplanten Massaker die eigenen, wirklich begannen Massaker weit größeren Umfangs gerechtfertigt werden, ist noch kein einziger dokumentarischer Beweis vorgelegt worden. Ein "Weißbuch", das inzwischen von der Regierung veröffentlicht und verbreitet wurde, enthält die bekannten abstrusen Behauptungen (vgl. Chile-Nachrichten Nr. 7), aber keine Beweise oder Dokumente zum "Plan Z". Einziges dort vorgelegtes authentisches Dokument ist ein Brief von Fidel Castro an Allende, aus dem nicht viel mehr hervorgeht als die kaum überraschende Tatsache, daß beide sich zur Linken zählen ...

IV. Die zweite Terrorwelle (Mitte bis Ende November)

In Chile spricht man in den letzten Wochen von einer zweiten Terrorwelle. Die Verhaftungen nehmen wieder zu, aufs neue werden ausländische Asylierte aus der Zeit der UP - insbesondere Brasilianer, Uruguayaner und Bolivianer - den Regierungen ihrer Länder ausgeliefert, und das Klima der Unsicherheit dehnt sich auf alle Klassen des chilenischen Volkes mit wenigen Ausnahmen aus. Der Innenminister, General Bonilla, der sich in den ersten sechs Wochen nach dem Putsch als gemäßigter Repräsentant der Junta vorstellte und mit seinen Erklärungen lange Zeit im Vordergrund stand, taucht kaum noch in den Zeitungen auf und ist offensichtlich in Ungnade gefallen. Diese allgemeine Unsicherheit wird noch dadurch erhöht, daß die einzelnen Waffengattungen relativ autonom operieren und jeweils eigene Verhaftungslisten und Verhaftungsdirektiven haben. Wer von einer Waffengattung verhaftet und dann freigelassen wurde, hat keineswegs die Garantie, daß nicht eine andere ihn wieder verhaftet.



Ein X in der chilenischen Rechnung. Smolinski

Selbst der Handlungsspielraum einzelner Gruppen, welche eigentlich die Junta unterstützen, ist aufgehoben. Nach der absoluten Unterwerfung der Universitäten gab es jetzt Zusammenstöße mit einzelnen Verbänden und der Presse. Der Verband der Lastwagenbesitzer, der in den Monaten vor dem Putsch entscheidend war für die Schaffung des Wirtschaftschaos, beschwerte sich über niedrige Frachtraten und Mangel an Ersatzteilen. Cumsille, der Präsident des Einzelhändlerverbandes, macht die Industriellen verantwortlich für die außerordentlichen Preissteigerungen des letzten Monats, die allein im Oktober über 86 % erreichten. Hierauf antwortet die Junta einfach nur mit dem Hinweis auf die notwendige Sparpolitik. Gleichzeitig führte die Junta einen Zusammenstoß herbei mit der führenden rechten Zeitung "Mercurio", die am 13.11. ein Interview von Pinochet veröffentlichte und ihm einen Titel gab, der nach Ansicht der Junta wegen der Auslassung

eines Satzes den Inhalt verfälscht wiedergab. Der "Mercurio" versuchte sich am Tag darauf zu rechtfertigen, mußte aber am 15.11. eine Erklärung des Generalsekretärs der Regierung veröffentlichen, die ihn des Vergehens gegen die Journalistenethik und der willentlichen Nachrichtenverfälschung bezichtigt.

Dieser Streit mit dem "Mercurio" unterstreicht, daß die Unterwerfung der Presse eben auch für die rechte Presse gilt. Er zeigt aber auch, daß der Konflikt über die Zukunft der Militärjunta diesmal auf höchster Ebene ausgebrochen ist. Im "Mercurio" wird die Politik eines absoluten Parteienverbots mit der gleichzeitigen Verfestigung des Militärregimes im Stil des spanischen Faschismus vertreten, wobei er sich auf den Luftwaffenoberkommendierenden und Juntamitglied Leigh stützt. Der Juntapräsident Pinochet vertritt demgegenüber in dem umstrittenen Interview eine Art zivil-militärische Regierung, wobei die Staatsangestellten sich in Zukunft durch einen Schwur verpflichten, sich innerhalb ihrer Funktionen parteineutral zu verhalten, was eine gewisse Parteienaktivität zuläßt.

Diese Auseinandersetzung darüber, ob man definitiv zu einer faschistischen Diktatur übergeht oder zumindest die Illusion einer zukünftigen Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie aufrechterhält, bezieht sich wesentlich auf die Stellung und Möglichkeiten der Christdemokraten, deren linker Flügel inzwischen dazu überging, den Freiflügel anzugreifen. 13 führende Mitglieder der Christdemokratischen Partei (PDC) hatten bereits kurz nach dem Putsch eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die Absetzung des verfassungsmäßigen Präsidenten verurteilten und einen Teil der Verantwortung hierfür der ökonomischen Rechten zuschreiben, die die Irrtümer der UP mit kalter Entschlossenheit ausgenutzt habe. Tomic, ehemaliger Kandidat für die Präsidentschaft im Jahre 1970, ging jetzt in einem Interview noch über diese Erklärung hinaus: "Alle sind verantworlich. Es gibt keine Unschuldigen beider Zerstörung der chilenischen Demokratie. Obwohl wegen ihrer politischen Blindheit und ihres Sektarismus die Hauptschuld die Unidad Popular trifft, kann keine der politischen Parteien Chiles Pontius Pilatus spielen und sich angesichts des Desasters die Hände in Unschuld waschen. Die Erklärung (der 13 Christdemokraten) ist unvollständig, denn sie zeigt nicht die entscheidende Verantwortung der politischen Rechten und auch nicht die - geringere - der Christdemokraten durch ihre Irrtümer und ihr Zögern" (Le Monde diplomatique, Nov.).

Der "Mercurio" veröffentlichte am 17.11. eine Nachricht über eine gegen die Junta gerichtete Bewegung, die von diesen linken Christdemokraten getragen sei und die schnelle Wahlen fordere, die sie mit Unterstützung der marxistischen Kräfte zu gewinnen hoffe. Diese Bewegung versuche gleichzeitig, bedingungslose Anhänger in möglichst vielen Staatsstellen unterzubringen. Am 20.11. war der "Mercurio" wieder einmal gezwungen zu dementieren, aber diese Dementi veröffentlichte nur die Stellungnahme dieser betroffenen Christdemokraten und versicherte, daß der entsprechende Journalist nicht den richtigen "Ton" gefunden habe. Der "Mercurio" zitiert darauf noch einmal die so umstrittene Stelle des Interviews von Pinochet vom 13.11., wieder unter Auslassung des Satzes, auf den der Generalsekretär der Regierung in seinem Angriff auf den "Mercurio" vom 15.11. solchen Wert gelegt hatte. In einem am 22.11. vom "Mercurio" veröffentlichten Dementi streitet Renan Fuentealba, führender Vertreter dieser linken Christdemokraten, ab, eine pro-marxistische Gruppe gegründet zu haben und wirft dann dem "Mercurio" folgendes vor: "Daher glaube ich, daß die Information ihres Korrespondenten das düstere Ziel verfolgt, die Partei bei der Regierung anzuschwärzen, die Verfolgung unserer Mitglieder zu erreichen und die christdemokratische Partei zu spalten, damit die rückschrittlichsten Elemente unseres Landes ohne Gegengewicht und völlig frei operieren können, um auf entscheidende Weise die öffentlichen Geschäfte zu beeinflussen".

Die linken Christdemokraten können auf gewisse Unterstützung selbst aus Kreisen der Rechten rechnen. So fordert der ehemalige Senator und einer der Führer der Nationapartei, Francisco Bulnes, die baldige Rückkehr zu parlamentarischen Ver-



hältnissen mit Zulassung aller, auch der marxistischen Parteien, unter der einzigen Bedingung, daß sie nach Vorbild der bundesrepublikanischen Verfassung die parlamentarische Ordnung anerkennen. Er meint, daß nicht-demokratische Regime selten mit solchen von der Vorsehung selbst gesandten Männern wie General Franco in Spanien rechnen können. (Ercilla, Nr. 1.977, S. 10)

Den Hintergrund dieser merkwürdigen Debatten bildet zweifellos die Wirtschaftssituation Chiles. Der "Mercurio" präsentiert die Politik der Großindustrie, die ein für alle Mal sicherstellen will, daß ihre Interessen nicht von politischen Parteien oder irgendwelchen Gruppierungen beschränkt werden können. Die Position der Christdemokraten hingegen sucht eine neue populistische Bewegung aufzubauen, um wieder dort anzufangen, wo Chile vor der UP-Regierung einmal war.

Die derzeitige Wirtschaftspolitik der Junta hingegen opfert die Interessen gerade derjenigen Bevölkerungsgruppen, die bisher die Christdemokraten

unterstützten oder doch zumindest für diese Partei zugänglich sind. Chile lebt zur Zeit in einer generellen Situation der Rezession bei gleichzeitigen höchsten Inflationsraten. Die Massenarbeitslosigkeit geht weit über die Arbeiterschaft hinaus und ergreift alle unteren Mittelschichten. Besonders betroffen sind die Dienstleistungsbetriebe, die durch das abendliche Ausgangsverbot direkt berührt werden, insbesondere die Gaststättenbetriebe. Konkurse von Kleinbetrieben sind an der Tagesordnung, während die Kreditpolitik nicht gelockert wird. Die Bevölkerung sieht sich daher gezwungen, ihre Reserven aufzulösen, die in Chile im allgemeinen in Dollar gehalten werden. Zwischen dem 2. und 17.11. wurden insgesamt 14 Millionen Dollars an die Zentralbank verkauft (Mercurio, 21.11.1973, S. 21), und die Zentralbank rechnet mit weiteren Reserven von 120 bis 150 Millionen Dollar, die noch zurückfließen können. Es handelt sich dabei um jene Dollarbeträge, die in der Zeit vor dem Putsch in Chile aufgekauft wurden und die aus den US-amerikanischen, bundesrepublikanischen usw. Unterstützungszahlungen für die damals stattfindenden politischen Streiks herrühren. Da die Militärs die ungefähre Höhe dieser Zahlungen kennen, wissen sie auch, wie hoch die Dollarreserven der Bevölkerung zumindest sein müssen. Der Verkauf dieser Dollars ist allerdings kein Zeichen des Vertrauens in die neue Regierung - wie die Junta es darstellt - sondern Zeichen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten von seiten der Mittelklassen. Diese verkaufen ihre Dollars jetzt zu einem Preis, der etwa ein Drittel des damaligen Ankaufpreises beträgt, während die Güterpreise um mehr als das Vierfache gestiegen sind. Die Rezessionspolitik der Junta hat so die für sie angenehme Begleiterscheinung, die Dollarsituation der Zentralbank zu billigem Preis zu verbessern, und die Spekulanten von damals - die zum Wohl des Vaterlands spekulierten-, werden um ihre Spekulationsgewinne geprellt.

Zu ihrer Rechtfertigung gebraucht die Junta das Argument, daß man sparen und arbeiten müsse. Solch ein Argument ist allerdings schwach, wenn man es gegenüber einer Bewegung steigender Massenarbeitslosigkeit benutzt. Deshalb nimmt die Propaganda des Regimes wieder die alte Haßkampagne gegen die Unidad Popular auf und versucht gleichzeitig die öffentliche Meinung zu überzeugen, daß der Massenmord am chilenischen Volk begangen wurde, um einen Massenmord von seiten der Unidad Popular - den sogenannten Plan "Z" - zu verhindern. Es erscheinen in den Zeitungen laufend Anzeigen, die die Wirtschaftskatastrophe der Unidad Popular und ihrer "Inmoralität" in die Schuhe schieben und dazu auffordern, die Rechnung "voll Wut" zu bezahlen. "Die Freiheit hat ihren Preis".

Zum sogenannten Plan "Z" werden laufend neue Dokumente veröffentlicht, die sich alle in einem gleichen: sie sind allgemein gehalten und mit Schreibmaschine geschrieben und beweisen daher gar nichts. Daher werden sie auch von der internationalen Presse nicht ernst genommen. So schreibt die FAZ (24. 11., S. 5):"Die Behauptung General Pinochets, des chilenischen Junta-Vorsitzenden, der gestürzte Präsident Allende habe Massenmorde geplant, denen eine Million seiner Gegner zum Opfer gefallen wären, hätten sie die Offiziere nicht durch ihren Putsch vereitelt, wird nicht einmal von denen geglaubt werden, die dem toten Allende das Schlimmste zutrauten. Über die angeblich aufgefundenen Mordpläne der Volksfront redet die Junta nun schon seit Monaten, ohne bisher, wie versprochen, Beweismaterial vorgelegt zu haben". Die Junta hatte zwar Anfang November ein sogenanntes Weißbuch hierzu herausgebracht, jedoch Beweismaterial enthielt es nicht. Die chilenische Zeitschrift "Ercilla" vermißte im Weißbuch genauere Angaben über die angeblichen Mordpläne und fragte daher nach den Namenslisten, worauf ein Vertreter der Junta antwortete, daß es diese Listen zwar gäbe, daß die Junta sie aber niemals veröffentlichen würde. ("Ercilla, Nr. 1997, S. 37)

Um daher das schlechte Image Chiles im Ausland abbauen zu helfen, fuhr inzwischen - am 19.11.73 - die langangekündigte Delegation der chilenischen Verbände (gremios) auf eine Reise durch Amerika und Europa. Die Reise war bereits eine Woche nach dem Putsch angekündigt worden, und man veröffentlichte eine Teilnehmerliste, die alle führenden Vertreter der chilenischen Verbände einschloß, insbesondere der Arbeitgeberverbände, der Ärztekammer und des Verbandes der Freiberuflichen. Von dieser ursprünglichen Liste blieben nur zwei Vertreter übrig: Leon Vilarin vom Verband der Lastwagenbesitzer und Luis Zanzi vom Verband der Kleinindustriellen und des Handwerks.

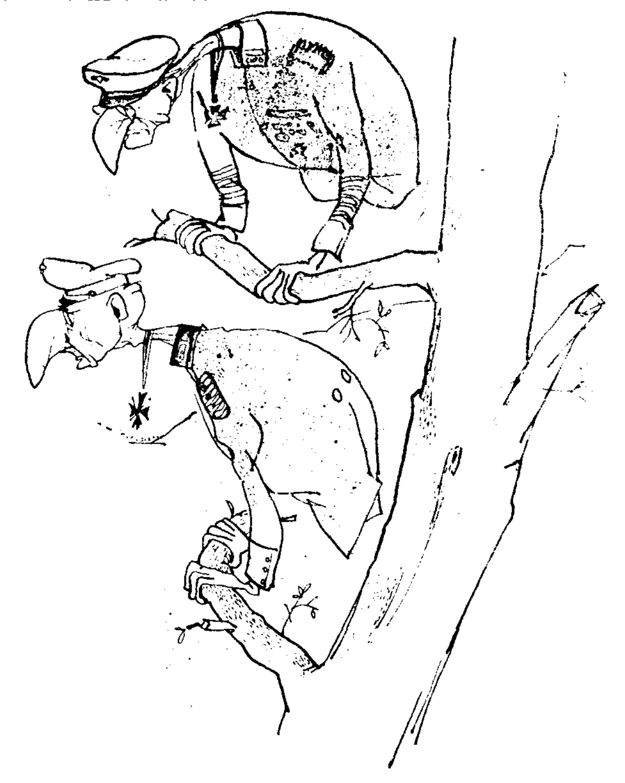
Aufgefüllt wurde die Gruppe mit Vertretern von Kleinproduzenten, einer Frauenvertreterin, der Einzelhandelsverkäufer und einem Journalisten. (Mercurio, 20.11.73) Es figuriert kein Verband mehr, der im heutigen Chile wirklich Macht hat, stattdessen aber die Fusstruppen der Putschvorbereitung. Ihr wichtigster Mann ist zweifellos Vilarin, ein Gangster, der zu seiner Zeit für die heute führenden Wirtschaftsinteressen in Chile von zentraler Bedeutung war, um das Wirtschaftschaos in Chile zu schaffen, mit dem zusammen sich aber sich diese Aristokraten heute nicht mehr zeigen mögen.

Ziel seiner Reise ist nach Vilarin die Aufklärung der öffentlichen Meinung im Ausland, besonders aber der Kontakt mit den Hafenarbeitergewerkschaften in Europa, die in England bereits mit dem Boykott chilenischer Schiffe begonnen haben und in Frankreich und Italien damit drohen. Vilarin, der bekannt ist für seine Zusammenarbeit mit den von Hoffa geführten Transportgewerkschaften in den Vereinigten Staaten, durch die er ebenfalls Gelder zur Finanzierung seiner Streiks bezog, wird als geeignete Person angesehen, um die Hafenarbeiter Europas zur Mitarbeit zu bewegen.

Seine Reise lief allerdings schlecht an. Mexiko verweigerte der Delegation die Einreiseerlaubnis (Tribund 14.11.73). In Bolivien, einem Land, dessen Regierung sich mit der Junta eng verbündet hat, fand am 21.11. eine Pressekonferenz statt, die nach kurzer Zeit unterbrochen wurde, da alle bolivianischen Pressevertreter ohne Ausnahme

den Saal verliessen.
Die Delegation plant, Anfang Dezember auch durch die Bundesrepublik zu kommen. Vorarbeit für ihre Ankunft hat der deutsche christdemokratische Abgeordnete Heinrich Gewand übernommen. Er sagt, daß in Chile die Hoffnung wieder eingekehrt sei. Nach seiner Meinung ist die heutige chilenische Situation mit der deutschen Situation vor dem "Wirtschaftswunder" zu vergleichen, ist die Regierungspolitik zutreffend. Um Erfolg zu haben, müsse man hart arbeiten und dürfe Opfer nicht scheuen. Er erklärte sich bereit, die deutsche Privatwirtschaft von der hoffnungsvollen Zukunft Chiles zu unterrichten. (Ercilla, Nr. 1998, S. 10)

Dieses Problem des chilenischen Image im Ausland hängt unmittelbar mit der Situation des chilenischen Außenhandels zusammen. Diese verbessert sich relativ durch einen außerordentlichen Anstieg des Kupferpreises, der sich in den letzten Monaten fast verdoppelt hat, und inzwischen mehr als ein Dollar pro Pfund beträgt. Die Situation aber bleibt unsicher bezüglich der Kredite. Dies betrifft insbesondere die langfristigen Kredite aus der staatlichen Wirtschaftshilfe west=



licher Länder, die wegen der Reaktionen gegen die chilenische Militärjunta nur zögernd gegeben werden. Nachdem kurz nach dem Putsch aus den USA ein Kredit dieser Art in Höhe von 24 Millionen Dollar kam, wurde jetzt wieder vom selben Land ein Kredit in der Höhe von 28 Millionen Dollar gewährt zum Ankauf von Lebensmitteln. Hingegen erholte sich die Situation der Junta auf dem Gebiet der kurz- und mittelfristigen Kredite. Diese wurden in der Höhe von 600 Millionen Dollar von den ausländischen Privatbanken zugesagt. Hinter dieser Zusage steht zweifellos die Überzeugung der Geschäftsbanken, daß die Hindernisse für die öffentliche Finanzierung mittelfristig abgebaut werden können, so daß eine mittelfristige Finanzierung bis zum Anlaufen der öffentlichen Wirtschaftshilfe nötig ist.
Dies schließt die Erwartung des Privatkapitals ein, daß nach einiger Zeit der politische Protest gegen die chilenische Junta abflauen wird, so daß die Regierungen wieder mit öffentlichen Mitteln tätig werden können. Erste und vorläufige Entscheidungen hierüber werden bei den Umschuldungsverhandlungen fallen, die im Dezember dieses Jahres in Paris stattfinden werden.

Allerdings handelt es sich für das ausländische Kapital auch um die Frage der Instabilität des chilenischen Regimes. Sie geht schon aus der Tatsache hervor, daß immer noch ein striktes Ausgehverbot gilt. Ständig veröffentlichen chilenische Zeitungen Nachrichten über Zusammenstöße zwischen Militärs und sogenannten Extremisten. Aus den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse gehen Widerstandsaktionen aus. Im Hafen von San Antonio fand ein Streik statt, wobei die Anführer vor den Arbeitern erschossen wurden. Die Arbeiter der Metro in Santiago riefen zum Streik auf, wobei 18 ihrer Anführer - angeblich Mitglieder der MAPU, einer der Parteien der UP-verhaftet wurden. Die Autobusfahrer in Santiago drohten mit Streik, woraufhin die Junta ihre Einkommen erhöhen mußte, um einer massiven Streikbewegung vorzubeugen.

Die chilenische Junta fühlt sich allerdings stark. Nach längerer publizistischer Vorbereitung geht sie jetzt gegen die diplomatischen Vertretungen derjenigen Länder vor, die weiterhin verfolgte Ausländer oder Chilenen stützen. Die Kampagne richtet sich in erster Linie gegen den schwedischen Botschafter und begann mit der Behauptung, daß aus der heute unter schwedischer Verwaltung stehenden ehemaligen kubanischen Botschaft von dort asylierten Verfolgten auf chilenisches Militär geschossen worden sei. Inzwischen wurde man rüder. Als der schwedische Botschafter eine asylierte Uruguayerin zum Krankenhaus begleitete und ihre Verhaftung verhindern wollte, wurde er von chilenischem Militär einfach verprügelt. Da auch der französische Botschafter anwesend war, verprügelte man ihn gleich mit. Dies ist die neue Art der chilenischen Militärs, die Welt davon zu überzeugen, daß sie ihre Gegner einwandfrei und ohne Gewaltanwendung behandeln.

Das Ausland, soweit es nicht vom Privatkapital vertreten ist, reagiert auf die Politik der Junta durch Solidaritätsaktionen mit dem chilenischen Volk. Die Hafenarbeiter von Liverpool beschlossen, keine aus Chile kommenden Frachten zu löschen. Die englische Autofabrik Leyland Motor wollte der chilenischen Militärjunta 4 Luxusautos schenken, wurde aber von ihrer Belegschaft gezwungen, die Schenkungsankündigung rückgängig zu machen und den Gegenwert dieser Autos einem von der englischen Arbeiterschaft gegründeten Fond zugunsten der Opfer des chilenischen Militärputsches zuzuführen.

Die Berichterstattung wird fortgesetzt
(aus: "Chile-Nachrichten", Heft 7, 8, 9)

«Plan Z»

Der "Plan Z", ein Propagandaprodukt der chilenischen Junta

Nachdem auch 6 Wochen nach dem Putsch in Chile das Morden der Rollkommandos des chilenischen Militärs noch kein Ende genommen hatte und die Junta bereits knöcheltief im Blut ihrer Gegner watete, traten die Propagandaspezialisten der Junta mit einem neuen Rechtfertigungsprodukt an die chilenische Öffentlichkeit. Sie präsentierten den chilenischen Zeitungslesern einen linken Verschwörungsplan monströsen Ausmaßes, den, wie sie ihn nannten "Plan Z". Der Plan Z reflektiert bis in Einzelheiten hinein so ziemlich genau das, was in Chile seit dem 11.September geschehen ist. Abweichend vom realen Geschehen sind die Akteure dieses Plans nun nicht die Militärs und ihre rechten Fahnenhalter im In- und Ausland, sondern Allende und seine mordenden Spießgenossen aus den Parteien der UP-Regierung. Der Plan Z sollte genau eine Woche nach dem Putsch der Generäle Wirklichkeit werden. Die Moral aus diesem propagandistischen Manöver der Junta ist demnach einfach die: Das Militär mußte morden, um dem Morden der Linken zuvorzukommen.

Wie im weiteren zu sehen sein wird, ist der Plan Z nun alles andere als ein gekonntes Beispiel faschistischer Agitation. Seinen Urhebern muß dabei jedoch zu gute gehalten werden, daß ihnen wenig Zeit gegeben war, ihrem "Werk" zumindest mit einem Anstrich von Glaubwürdigkeit zu versehen. Um das Nachholen dieses Versäumnisses zeigt man sich zur Zeit allerdings fleißig bemüht. Man foltert aus den politischen Häftlingen Geständnisse der Miturheberschaft an dem Plan Z heraus.

Nachfolgend einige Auszüge aus einem Bericht des chilenischen Magazins "Ercilla", in dem am 31.10. der Plan Z im Detail der Öffentlichkeit vorgestellt wurde:

"...Er (der Plan Z) wurde am 25.August hohen Funktionären der UP-Regierung vorgelegt - einen Monat nach dem Eintreffen des Vizeministers von Cuba, C.R.Rodriguez, und dem Chef der cubanischen Geheimpolizei, M.Pineiro, in Chile. Der Plan Z fußt auf den Ergebnissen unabhängig von einander durchgeführter Untersuchungen und Studien der verschiedenen Bewegungen und Parteien, die in der UP zusammengeschlossen waren..."

"...Der gewählte Tag (für den Putsch nach dem Plan Z): 19. September (ein chilenischer Nationalfeiertag); die Stunde: nach der Mittagszeit. In diesem Augenblick wären in den wichtigsten Städten des Landes die von den Stadtoberen für die Offiziere der lokalen Einheiten gegebenen Mittagessen beendet gewesen. In der Moneda sollte sich Allende mit den drei kommandierenden Generälen des Staatssicherheitsdienstes und den Mitgliedern des Regimentsstabs befinden..."

"...Schließlich, nach dem militärischen Sieg sollte der Augenblick gekommen sein,mit der physischen Eliminierung der politischen Führer Journalisten und Bürger, die als Regierungsfeindlich angesehen wurden, zu beginnen.

Teile der Listen der Opfer waren schon Monate vorher ausgearbeitet worden, von Angehörigen der PC: Fragebögen waren in Umlauf gesetzt worden, mit denen man vorgegeben hatte, Aufschluß über die Gefahren eines Bürgerkrieges zu suchen. Auf der Grundlage dieser Fragebogenaktion hatte man Listen ausgearbeitet mit den Namen der Personen, die ihre Ablehnung gegenüber der Junta kund getan hatten ..."

"...Straßenblock für Straßenblock sollten especiales durchkämmen, die Oppositionellen zu morden..."

Neben den anderen Aktionen sollte es auch eine Invasion ausländischer Extremisten geben, deren Rohheit, Grausamkeit, Kaltblütigkeit und Gefährlichkeit ja bekanntlich unübertreffbar ist..."

"...Das Morgengrauen nach der Durchführung des Planes Z wäre höllisch gewesen. Die PC hatte ihren Mitgliedern, die im "Barrio alto" (bestes Stadtviertel von Santiago) wohnten, Instruktion gegeben beim ersten Zeichen von Zusammenstößen, ihre Wohnungen zu verlassen. Dort, in den Stadtteilen Las Condes, Providencia, Nunoa und La Reina, sollten Granaten in die Häuser geworfen werden.
In anderen Landesteilen - Salamanca - gedachte man sogar alle Kinder über 8 Jahre zu eliminieren.

In Concepción sollten 600 Leute getötet werden.

Im Parque Cousino (am 19.Sept. findet in diesem Park eine militärische Parade statt) gedachte man, fast 1000 Offiziere zu morden, nachdem man in einem großangelegten Coup die Tore des Parkes geschlossen hätte.

Dann sollte Allende, am 20.September, auf den Balkon (der Moneda) treten und seinen Parteigenossen mitteilen, daß die "Demokratische Republik Chile" geboren sei. Es ist möglich, daß Altamirano, Luis Corvalan, Anselmo Sule, Miguel Enriquez, Joignant, Paredes und andere Männer des Regimes an seiner Seite gestanden hätte. Sie hatten sogar eine neue Fahne.

Diejenigen Führer der Opposition, die das Morden überlebt hätten, hätte man Volkstribunalen überlassen..."

Interview mit der MAPU

Interview mit dem Vorsitzenden des "Movimiento de Accion Popular Unitaria" , (MAPU) Mitglied der Regierung der Unidad Popular.

Während die Erschießungen von Arbeitern und Führern der Linken in ganz Chile weitergehen, und die Militärjunta versucht, ihre Macht mit Mitteln des Terrors und der eisernen Kontrolle der Informationsmittel zu sichern, beginnt der chilenische Widerstand seine Kräfte wieder zu reorganisieren, um der reaktionären Eskalation zu antworten. Wir haben etliche Tage in Santiago versucht kampfbereite Genossen ausfindig zu machen, die vom Untergrund aus den revolutionären Kampf gegen die Militärdiktatur vorbereiten. Es ging uns darum, über die offiziellen und offiziösen Darstellungen hinaus die reale Situation der volksnahmen Organisationen und der chilenischen Arbeiterklasse, die vom Militär und der Polizei grausam unterdrückt werden, kennenzulernen.

Schließlich zehn Tage nach dem Staatsstreich gelang es uns, an einem Ort in Santiago mit dem Führer der MAPU, einer Partei des linken Flügels der UP ins Gespräch zu kommen. Wir sprachen mit ihm etliche Stunden über die Gründe, die zum Umsturz geführt haben, über die Folgen dieses Umsturzes und über die Zukunftsperspektiven der chilenischen Arbeiterklasse und der chilenischen Linken:

Welche politischen Ereignisse und Vorgänge führten zu dem Militärputsch des 11. September?

Seit der Regierungsübernahme der UP 1970, beginnt in Chile ein revolutionärer Veränderungsprozeß in allen Gesellschaftsschichten. Trotz ihres reformistischen und zentristischen Charakters, läßt die UP den verarmten Massen freien Lauf, um sich in der Suche nach einer neuen Gesellschaftsordnung ihre Rechte zu erkämpfen und zu erobern. Die UP hatte sich nicht vorgenommen, eine revolutionäre Volksmacht aufzubauen, sondern ein fortschrittlich demokratisches, antimonopolistisches und antiimperialistisches System zu errichten.

In den ersten zwei Jahren setzt sie etliche Veränderungen dieser Art durch, es werden Latifundien und die Kupferminen enteignet, die Banken verstaatlicht, ein wichtiger Sektor der Monopolindustrie geht in staatliche Kontrolle über ... Indessen steigen die Einkommens und Konsum-raten der arbeitenden Bevölkerung beachtlich. Auf der Basis dieser Veränderungen und das Erlangen von demokratischen Freiheiten verbreitet sich im ganzen Land der Kampf um die Eroberung der politischen Rechte, verstärken sich die Organisationen der Arbeiterklasse und armen Landbevölkerung, wachsen die revolutionären Parteien fühlbar.
Der Prozeß, der von der UP begonnen wurde, ging über die eigentlichen Ziele der Regierung hinaus. Die Massenbewegungen gelanten zu eignen Macht- und Strukturformen, die nicht zu vergleichen waren mit denjenigen des bürgerlichen Staates.

Die Selbsthilfegruppen ("campamentos de poblados,) die von den Leuten aus armen wohnvierteln für den organisierten Kampf um bessere Wohnungen gebildet worden waren, wurden zu Zentren echter Volksdemokratie, die nichts mit den Regierungs- und Verwaltungs-Methoden der Bourgoisie gemein hatten. Dort errichtete man Ausschüsse für Versorgung und Preise (JAP), Volksgerichte, Bewachungseinheiten. Gleichzeitig ging es darum, über die Cordones industriales (Arbeiterorganisationen der einzelnen Industrieviertel), die sich während des letzten Jahres besonders entwickelt hatten - die Funktionen des Staates zu übernehmen, die Kontrolle über Produktion und Verteilung, die Verwantwortung für die Rechtssprechung und die Bewaffnung der Arbeiter. Die Rechte nannte sie in ihren Kampagnen "Sowjets" ...

Wie reagierte die Bourgeoisie gegenüber dieser Situation?

Die chilenische Bourgeoisie begriff, daß mit der Übernahme der Regierung durch die U.P. ein revolutionärer Prozeß eingesetzt hatte. Von Anfang an mobilisierte sie alle ihre Mittel auf der ganzen Linie, brachte alle in ihrer Macht stehende Kampfmethoden zur Anwendung, um ihn zu verhindern. Im Oktober letzten Jahres unternahmen sie zum ersten Mal eine allgemeine, massive Sabotageaktion, die gleichzeitig auf vielen Ebenen durchgezogen wurde. Die Unternehmer selbst brachten Produktion, Verteilungswesen und Handel zum Stillstand. Dieses ganze wirtschaftliche Chaos, das künstlich von der Rechten provoziert worden war, wurde der UP-Regierung in die Schule geschoben und gleichzeitig dazu benutzt, die Mittelschichtsbürger gegen die Regierung aufzuwiegeln.
Der Streik der Fuhrunternehmer, die den eigentlichen Stoßtrupp der Borgeoisie bildeten, führte zur Mobilisierung anderer Schichten der Kleinbürger, insbesondere der Angestellten und der Kleineigentümer. Die Unterstützung dieses Streiks der Fuhrunternehmer durch das amerikansiche Kapital war so massiv, daß infolge des Dollarseegens, der den Fuhrunternehmern und Händlern zuteil wurde, der Dollarpreis sank.

Zur wirtschaftlichen Sabotage, der Kreditsperrung, der Stillegung von Produktion und Verteilung, kamen noch der Boykott durch die Verwaltung, die Aufwiegelung der Bürger und die Terrorakte hinzu.

Da der Kongress von den Kräften der oppositionellen Rechten kontrolliert wird, hemmt, behindert und verhindert er die Durchführung des Programms der UP-Regierung. Die richterliche Gewalt in der Hand der Rektion sieht nicht tatenlos

zu, sondern handelt entsprechend. Die UP antwortet auf diesem Gebiet wie auf allen anderen mit der Verfassung und mit dem Gesetz.

Die Terrorakte gehen auf die Rechnung der Kommandos von Rolando Matus, die der Nationalpartei angeschlossen sind, beziehungsweise auf die Rechnung der paramilitärischen Faschistenorganisation "Patria y Libertad" ("Vaterland und Freiheit"). Hochspannungsmasten, Brücken, elektrische Anlagen und Öl-Pipelines werden gesprengt. In den Provinzen Santiago, Linares, Talca und Cautin werden Arbeiterführer ermordet. Wir können nur wiederholen, was wir im letzten Jahr sagten: der Oktoberstreik war eine Generalprobe der Rechten . . .

Wie hat sich die chilenische Rechte entwickelt, seit die UP an die Regierung kam?

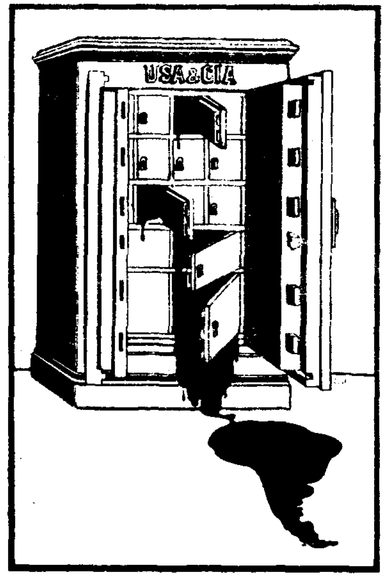
Seit April dieses Jahres zeichnen sich zwei verschiedene taktische Linien innerhalb der chilenischen Rechten ab. Die erste wird von der Democratia Cristiana angeführt; sie bedient sich der wirtschaftlichen Sabotage und der Erstickung durch Institutionen als Methoden, die das Land ins Chaos treiben sollen. Auf dieser Grundlage erhofft sich die DC neues Ansehen und damit die Chance, 1974 die Wahlen zu gewinnen. Die Linie dieses Teils der chilenischen Rechten hielt sich in den ersten beiden Jahren der UP-Regierung zumindesten formal an die Verfassung.
Auf der anderen Seite erwiesen sich die Nationalpartei und "Patria y Libertad" in Wort und Tat als Anhänger des Bürgerkriegs und wollten folglich die Spaltung des Heeres als Mittel zum Sturz der Allende-Regierung.

Im April dieses Jahres vollzieht sich innerhalb der DC "Democratia Christiana) ein Gesinnungs wandel, der zu einer Vereinigung der Rechten führt. Die institutionalistischen Forderungen, di innerhalb der Partei durch Renan Fuentealba ve treten wurden, weichen den reaktionäreren Forderungen PN (National-Partei) und "Patria y Libertad". Fuentealba wird in der Parteiführung der DC von Patricio Alwyn abgelöst. Dieser Gesinnungswandel sollte die oppositionelle Rechte einigen und läßt sich unter der neuen Losung fassen, die die Christdemokraten in den letzten Monaten beflügelte: "wir werden der Regierung nicht mehr das geringste durchgehen lassen". Obwohl sich die DC der Theorie nach der Verfassung bekennt, ist sie in ihren Aktionen entschieden rechtsgerichtet und realisiert voll ein Bündnis mit der Patria y Libertad und der PN - ein Bündnis, das sie zur Übernahme von deren Taktiken und Methoden führt.

Der Streik in der Mine El Teniente, der Ende April begonnen hatte, markiert den Anfang der letzten und stärksten Offensive der "Patrones" (Eigentümer). Orlando Saenz, Präsident der "Sociedad de Fomento Fabril" (Gesellschaft zur Förderung der Industrie), kündigt in diesem Moment an, daß zwischen Mai und September Chile "entweder wieder das Licht erblicken würde oder endgültig unter eine marxistische Diktatur vernichtet" würde.

Was ist genau am 11. September geschehen?

Daß es eine Gegenbewegung innerhalb des Militärs geben würde, hatte sich schon längere Zeit vorher angekündigt. Der Rücktritt Prats als Minister und Oberbefehlshaber des Heeres, sowie die Tatsache, daß er in einem Brief erwähnt, das Offizierskorps sei auf Abwege geführt worden, waren ein klarer Hinweis darauf, wie sich das Militär in der Zukunft verhalten werde. Außerdem lagen konkrete Informationen, die in diese Richtung wiesen, vor. Trotzdem wußten wir nicht mit Sicherheit auf welche Weise und in welchem Augenblick genau sie ausgeführt werden würde. Keiner wußte etwas genaues und die Verwirrung war groß.
Ich hatte einige Tage vorher, am Freitag den 7. u. Samstag, den 8. September, einer Versammlung



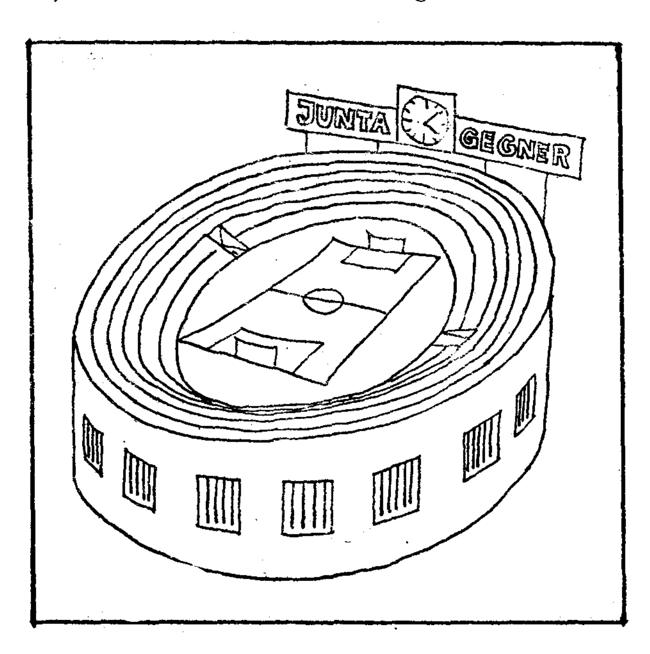
der Parteiführer mit Allende beigewohnt. Man sprach direkt über den Staatsstreich und es wurden verschieden Positionen klargelegt.
Wir, auf unserer Seite haben im Einvernehmen mit den anderen Parteien, die ähnliche Argumente hatten - die Sozialistische Partei, die Izquierda Christiana und der MIR, der bei der Versammlung nicht zugegen war, - haben vorgeschlagen, die bewaffnete Konfrontation, den Aufstand und den Bürgerkrieg vorzubereiten, der das Heer spalten sollte - dies als einzige Lösung der Situation.
Der Putsch der Militärs stand ins Haus.

Ein anderer Teil, gebildet von der Pc, dem rechten Flügel der PS, die Gruppe um Gazmurri (rechte Abspaltung des MAPU) und selbst der Präsident, hielten daran fest, daß man eine Konfrontation vermeiden sollte, und daß es echte Möglichkeiten gab, sie auf legaler und verfassungsmäßiger Art zu verhindern.

Allende hatte zu diesem Gespräch gebeten, um die Meinungen der verschiedenen Gruppierungen zu hören. Er sagte, wenn die Parteien sich nicht einigen könnten, hätte er eine Lösung ... Er entwarf drei Alternativen. Die erste war das Plebiszit, das nicht mit der Unterstützung weder des Präsidenten noch der Parteien rechnen konnte.

Die zweite war die offene Konfrontation. Sie wurde von Allende verworfen. Er sagte, daß bei einer Konfrontation wir ja doch die Verlierer sein würden, da das Kräfteverhältnis im Augenblick ungünstig stände. Er hat keine tiefergreifende Analyse der Situation vorgenommen. Er wollte einfach Blutvergießen und Bürgerkrieg vermeiden.
Dieses wiederholte er ununterbrochen. Er klammerte sich an den Gedanken, daß es unbedingt notwendig sei die Kontrolle über die Regierung bis zu den Wahlen im Jahre 76 zubehalten - sogar vorher noch ein Plebiszit mit der Mobilisierung der Massen durchzuführen. Als drittes führte er aus, was er als die richtige und einzige Lösung ansah. Er behauptete, er habe mit der DC gesprochen und sie wären zu der Einigung gekommen, zur Überwindung der Krise, ein Militärkabinett zu bilden. Die Vorraussetzung, die die DC verlangte, wäre der Eintritt der Militärs in die Regierung, unter Beteiligung von Zivilen:

"Da ihr euch nicht einigen könnte", so fordert er, "bitte ich euch um Handlungsfreiheit. Ich bin



mit der DC ins Gespräch gekommen und habe eine Löstung für die nächste Woche". (Dies war drei Tage vor dem 11. Sept.) Die Bildung eines derartigen Kabinetts hätte aber die Aufhebung der UP-Regierung bedeutet.
Die PS droht aus der Regierung auszuscheiden und die PC meint, daß sie zwar die Formel Allendes zur Lösung des Konflikts befürworte, aber nicht bereit sei, die Arbeiterklasse zu spalten und so entscheide sie sich, sich auch zurückzuziehen, falls dies die PS tun sollte.

Gleich nach dem Putsch, welche Art von Widerstand gab es?

Der Widerstand in den nächsten Tagen war spontan Die Botschaft des Präsidenten, die am Dienstag morgen über den einzigen Sender, der noch in den Händen der Widerstandskämpfer war, gesendet wurde, gab keine konkreten Richtlinien für den Kampf. Sie ruft lediglich dazu auf, sich an den Arbeitsplätzen zu sammeln und bittet die Leute, sich nicht unnötig einem Blutbad auszusetzen.

Die Waffen wurden nicht abgeliefert. In den Gebäuden des Stadtkerns haben sich viele Revolutionäre auf den Dachböden auf eigene Initiative verschanzt und sich dazu entschlossen, auf die Militärpatroullien zu schießen. Andere Leute liefen bewaffnet auf der Straße herum, ohne zu wissen, was zu tun sei. Sie suchten nach Anweisungen und Befehlen. Die "Momios" (Ausdruck für Rechtssympathiesanten), die auf die Straße gegangen waren, um zu feiern, und dabei ihre Autohupen betätigten, wurden mit Maschinenpistolen niedergeschossen. Aber es gab keine geordnete, einheitliche Reaktion auf die Aktionen des Militärs von Seiten der Linken.

Auch in den "Cordones Industriales" (Industrievierteln) fehlte es im ersten Augenblick völlig an Anweisungen. Es gab nicht einmal ein Vervielfältigungsgerät, um Befehle zu verbreiten. Die Waffen waren da, aber die Organisation war sehr schwach. Es gab keine Kommunikationsmittel in den Händen des Volkes, mit denen man sich rasch hätte verständigen können. Die Parteien wurden auseinandergerissen. Schon in der vorausgegangenen Nacht waren viele regionale und lokale Führer insbesondere der Sozialisten und Kommunisten verhaftet worden. Die Arbeiter verschanzten sich in den Fabriken und kämpften mit provisorischen Mitteln, indem sie Barrikaden errichteten und von dort aus die Militärs beschossen. Aber die Aktionsfähigkeit der Arbeiter in den Industriegürteln war ungeheuer schlecht - verglichen mit den Möglichkeiten, die man eigentlich hätte haben können. Eine Massenerschießung folgte der anderen, Luftangriffe mit Maschinengewehren, Wohnsiedlungen und ganze Fabriken wurden zerstört. Ich bringe einige Beispiele, wie es bei dem Putsch im einzelnen gelaufen ist:
Die Bewohner von Jose Maria Caro (Slum in Santiago) überfielen eine Polizeiwache; Dutzende von ihnen wurden daraufhin erhängt. In San Gregorio hält man einen Militärtrupp mit Knallkörpern auf: dafür werden 28 Einwohner mit Maschinenpistolen erschossen. In der Nähe der Fabriken SUMAR in der Siedlung La Legua werden zwei Plizeiwagen angeschossen, wobei die Insassen getötet werden. Kurz danach aber findet man nur noch wenige Überlebende in diesem Viertel. In Luccextti kommen 500 Arbeiter nach langem Widerstand mit einer weißen Fahne heraus. Sie werden alle erschossen. In Puente Alto entschließt sich eine Gruppe von Polizisten in die Fabriken zu gehen, um mit den Arbeitern zu verhandeln. Einmal drin, solidarisieren sie sich mit den Arbeitern und schießen auf das Militär. Dieses fordert Nachschub an und vernichtet sie alle.

Es gab verschiedene Fälle von Überläufern in der Armee, ähnlich wie diese.
Es hätte viel mehr Überläufer gegeben, wenn der Widerstand stärker und organisierter gewesen wäre. Obwohl die Zahl der Toten von Tag zu Tag wächst, schätzen wir, daß sie zwischen 15.000

und 20.000 liegt. Obwohl die Junta angibt, daß es nicht mehr als ein paar Hundert sind, sind im Leichenschauhaus schon über 5.000 Leichen registriert. Erst am 2. und 3. Tag nachdem das Schicksal der Volksregierung schon entschieden war, begann die Aktion der organisierten Kommandos des MIR und des MAPU in Form von Guerilla-Aktionen. Die wichtigsten Kampfzentren der Massen waren die großen Industriegürtel von Santiago, Vicuha, Mackenna und Cerrillos, die aber zu dem Zeitpunkt bereits in der Kontrolle des Militärs waren.

Wie sieht der Widerstand jetzt in Chile aus und wie wird er in der Zukunft aussehen?

Wir finden uns in einer Etappe der Reorganisierung der inneren Kräfte, in der strategischen Defensive. Die direkt anstehenden Aufgaben sind: den



Widerstand der Massen zu organisieren, indem von der Rückeroberung der wirtschaftlichen und politischen Rechte des Volkes ausgeht und dabei zur taktischen Offensive mit der Waffe übergeht, was die Aufrechterhaltung der Reste der Volksbewaffnung notwendig macht. Dazu ist die Einheit der revolutionären Linken, sowohl auf politischen wie militärischem Gebiet, nötig. Schon jetzt muß die Militär Junta mit einer Stadtguerrilla rechnen, die sich wie ein Ölfleck über das ganze Land ausbreiten wird, und die sie nicht bei Tag und nicht bei Nacht in Ruhe lassen wird, die die Opfer im Volk rächen wird, die den Weg zu einem Bürgerkriegszustand öffnen wird.
Wir stehen vor einem langen Kampf, einem Krieg, der viele Phasen der verschiedensten Prägung durchlaufen wird. Das Volk wird seine eigene Armee aufbauen. So wird es den Sieg erringen.

Wie würdest du die Militärregierung charakterisieren?

Sie verteidigen den Imperialismus; sie orientieren sich an der Monopolbourgeoisie; an dem Mittelstand und dabei auch an wichtigen Teilen der niederen Schichten des Mittelstandes. Sie fühlt sich der tief volksfeindlichen Linie der Partido Nacionale und der Patria y Libertad verpflichtet, sowie dem rechten Flügel der DC.

Die Tatsache, daß sie zum Teil die wirtschaftliche Kontrollgewalt, die von der UP dem Staat in die Hand gegeben worden war, beibehalten will, zeigt die Absicht der Faschisten, die Wirtschaft zu lenken und zu kontrollieren, was ja dem liberalen System widerspricht. Außerdem konzentriert sie sich darauf, dem Volk zu beweisen, wie tüchtig sie in der Verwaltung sind (was ihnen natürlich keiner glaubt), indem sie der Versorgungskrise sowie dem Produktionsstillstand ein Ende zu setzen suchen - Erscheinungen, die sie ja selber, als die Schicht der Besitzenden, heraufbeschworen hatten, um die UP-Regierung zu stürzen ..

Es kann sein,daß die Leute in der Regierung"wechseln" dies wird jedoch nichts an ihrem zentralen politischen Ziel ändern, nämlich die Bewegung der Arbeiter und Landarbeiter zu zerstören, ihre Organisationen und Parteien zu zerschlagen, ohne hierbei irgendeine Methode zu scheuen. Chile erlebt eine Terror- und Blutdiktatur, und dies, weil die Militärs genau wissen, daß sie nur dann die Möglichkeit einer definitiven sozialistischen Revolution abwenden können, wenn sie im Volk morden, seine Organisationen zerschlagen und die Widerständler töten. Solange sie dieses Ziel nicht erreicht haben, besteht kaum die Hoffnung auf eine andere Regierungsform als die totale Militärdiktatur.

Was lernt Lateinamerika aus dem Experiment Chile ?

In keinem anderen Land Lateinamerikas hatten wir günstigere Umstände für einen unblutigen Weg zum Sozialismus als in Chile, und trotzdem gelang es nicht. Als der Prozess der sozialistischen Veränderung Fortschritte machte, wendeten sich die mächtigsten Mechanismen des kapitalistischen Staates gegen das Volk, um diesen Prozess aufzuhalten. Die Diktatur des Proletariats, die Regierung der Arbeiter und des Volkes sind die einzigen Instrumente, die geeignet sind, den Sozialismus zu verwirklichen. Das gelingt nicht mit Billigung der Armee, sondern durch den Kampf der Arbeiterorganisationen, der dann unvermeidlich zur gewaltsamen Konfrontation führt, die das feindliche Heer spaltet.

Es ist eine alte Wahrheit der sozialistischen Lehre: Um eine Revolution zu machen, ist es notwendig die Maschinerie des kapitalistischen Staates gewaltsam zu zerstören und sie durch eine andere zu ersetzen. Dies ist die wichtigste Lehre.
Die Geschichte der UP-Regierung ist die Geschichte einer zentristisch-reformistischen politischen Idee, die, als sie in die Wirklichkeit umgesetzt wurde, ihre Untauglichkeit und ihre Ohnmacht bewiesen hat, um Macht zu erringen und eine neue Gesellschaft aufzubauen. Sie führte den chilenischen Prozeß in eine Sackgasse. Der Sturz der UP Regierung ist ein klares Zeichen für dieses Versagen. Es ist nicht das Fehlschlagen einer Revolution oder des Sozialismus, da es in Chile weder zum Sozialismus noch zu einer revolutionäen Regierung gekommen war.

Enrique Rodriguez

Gespräch mit dem MIR

Gespräch mit Führern
des M. I. R. im Untergrund

Dieses Interview ist am Montag des 1. Oktober in Chile aufgenommen worden, unter besonders dramatischen Umständen. Die Genossen des MIR, die auf unsere Fragen antworteten, gehören zu den von der Junta am meisten gesuchten Kämpfern. Das Interview enthält die erste Erklärung der Führer dieser Organisation, die in Chile oder im Ausland seit dem Staatsstreich gemacht wurde.

Rouge: Hattet ihr mit diesem Staatsstreich gerechnet? Welches sind die ersten Lehren, die Ihr daraus zieht?

Der Staatsstreich, der am 11. September stattfand, zeichnete sich politisch schon in den Geschehnissen ab. Wir hatten uns darauf vorbereitet, sowohl von der politischen als auch von der organisatorischen Seite her. Und wir haben darauf Teile der Arbeiter- und Bauernklasse vorbereitet, die wir direkt beeinflußten. Wir haben unermüdlich die Illusionen von der reformistischen Strategie denunziert, Illusionen, die nur die chilenischen Massen im wahrsten Sinne des Wortes entwaffnen konnten. Insofern hat der Putsch vom 11. September nur auf die tragischste Art und Weise unsere Perspektiven und Analysen bestätigt.

Er zeichnete sich ab in den Ereignissen seit dem 29. Juni. Zu diesem Zeitpunkt ist es sehr deutlich geworden, daß ein Teil der Armee zu allem bereit war, um der wachsenden Mobilisierung des Volkes entgegenzutreten. Seitdem konnte sich das Hauptinteresse der Militärchefs und derer, die zu Ministern ernannt worden waren, auf eine Sache beschränken: die Disziplin und den Zusammenhalt dieses letzten Bollwerks der bürgerlichen und imperialistischen Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Mehrzahl der Offiziere war für den Putsch.
Parallel dazu konnte man in diesen letzten Monaten eine völlig neue Mobilisierung und Bewußtwerdung der chilenischen Arbeiter erleben, die nicht zu vergleichen ist mit all dem, was sich zuvor ereignet hatte. Dieses Phänomen hat nach dem, was du uns sagst - ein großes Echo in der revolutionären Presse überall in der Welt gefunden. Ich möchte also über dieses Thema nicht mehr sagen, obwohl es das grundlegende Element der letzten Periode bildete: praktisch haben ganze Sektoren der chilenischen Arbeiterklasse mit ihren Forderungen und ihrem Enthusiasmus begonnen, mit dem Kurs der reformistischen Führungen zu brechen.
Die Bourgeoisie und der Imperialismus können zwar bis zu einem gewissen Maße den Reformismus tolerieren; aber ein solches Phänomen kann nicht lange anhalten: der Produktionsapparat ging mehr und mehr in die Hände der Arbeiter über. Diese Mobilisierung machte nicht nur den Putsch, sie machte auch den Zusammenstoß unvermeidlich. Es ist wichtig, das zu unterstreichen: den globalen und massiven Zusammenstoß.

Rouge: Was habt ihr getan, um das Aufkommen dieser proletarischen Macht und ihre Konsolidierung zu fördern?

Alle unsere Genossen haben am Entstehungsprozeß von Machtorganen des Volkes teilgenommen und in vielen Fällen eine entscheidende Rolle bei ihrer Konsolidierung gespielt. Aber sie waren dabei gewiß nicht die einzigen; auch die Genossen der PS (Sozialistischen Partei) z. B. haben in zahlreichen Fällen eine große Rolle gespielt. Aber da es sich um ein Phänomen von außerordentlichem Ausmaß handelte, besonders in den "cordones" (Industrievierteln), kann man es nicht nur quantitativ ausdrücken. Es handelt sich ja um ein ganz beispielhaftes Phänomen von massivem Heranreifen des Arbeiterbewußtseins. In diesem Rahmen haben wir mit unserer Propaganda, Agitations- und Organisationsarbeit überall, wo es möglich war, darauf hingezielt, diese Prozesse zu beschleunigen und zu festigen. Ich will gleichzeitig hinzufügen, daß wir unsere Arbeit in Richtung auf die Armee als prioritär betrachteten- und das ist heute der Hauptanklagepunkt, der gegen uns und besonders gegen Miguel Enriquez erhoben wird.

Rouge: Was die Arbeit gegenüber der Armee angeht: ohne auf Einzelheiten einzugehen, die in einem Interview, das veröffentlicht wird, nicht am Platze sind - gab es wichtige Spaltungen oder Anzeichen von Widerstand in der Armee beim Staatsstreich?

Die Gerüchte darüber kursieren seit dem 11. September. Zwar hat es keine entscheidende Spaltung innerhalb der bewaffneten Kräfte in ihrer Gesamtheit gegeben, aber man müßte blind sein, um nicht Unterschiede zwischen den einzelnen Sektoren zu sehen.

Es besteht kein Zweifel, daß innerhalb der Junta die Vertreter der Marine und der Luftwaffe die extremen Elemente darstellen. Längerfristig sollte man sie indes nicht unterschätzen, denn sie werden sicher mit den wirklich dinglichen Spaltungen innerhalb der Bourgeoisie in Gleichklang kommen.

Es ist sicher, daß Sektoren der Herrschenden Klasse Meinungsverschiedenheiten mit der Politik der Junta haben werden. Im Moment ist nur ein einstimmiges erleichtertes Aufatmen zu vernehmen. Aber welcher Preis mußte dafür bezahlt werden!

Vergessen wir nicht, daß die Sektoren, die insbesondere mit der DC (Christdemokraten) verbunden sind, eine alte Tradition besitzen, die sie an

die bürgerliche Demokratie bindet, an eine gewisse bürgerliche "Legalität". Und all das ist mit dem Putsch hinweggefegt worden - ohne von den "Überschreitungen" zu sprechen, die einige dieser Herren in Verlegenheit zu bringen scheinen ...

Das Bezeichnendste für die Armee ist, daß gewisse Regimenter nicht wirklich an den täglichen Durchsuchungs- und Repressionsmaßnahmen teilgenommen haben. Das will nicht besagen, daß sie andersdenkend wären. Aber es handelt sich - sagen wir mal - um eine taktische Vorsichtsmaßnahme der Junta, eine Verschärfung der potentiellen Spaltungen zu vermeiden.

Um auf deine genaue Frage, die du mir stellst, zu antworten, kann ich sagen, daß die bruchstückhaften Informationen über die Situation in der Armee, über die wir verfügen, erkennen lassen, daß es am Anfang ziemlich viele Befehlsverweigerungen von Soldaten oder Unteroffizieren gegeben hat. Alle wurden sofort erschossen! Wenigstens von zehn Fällen dieser Art wurde direkt oder indirekt berichtet. Es muß also viel mehr gegeben haben.

Dieses macht die Arbeit in der Armee sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich in gewissen Fällen. Wenn dagegen die Revolutionäre durch eine politische und militärische Offensive wirklich als Alternative erscheinen, dann würden zweifelsohne viele Unteroffiziere und Soldaten auf unserer Seite sein. Wiederholt haben Soldaten, Unteroffiziere und sogar Offiziere - sagen wir - die Augen geschlossen, als sie bei Hausdurchsuchungen Waffen fanden: "Wir bitten euch nur um eins: richtet sie nicht gegen uns!"

Angesichts dieser Situation vermeiden wir also in der kommenden Periode, unverantwortliche Aktionen zu starten, die dazu beitragen könnten, die bewaffneten Kräfte in einen homogenen Block zusammenzuschweißen, und wir werden auf bescheidene aber bedeutsame Widerstandsaktionen innerhalb der Armee hinarbeiten.

Rouge: Du sprichst von Arbeitsperspektiven, von einer politischen und militärischen Offensive der Revolutionäre, aber eines der auffallendsten Elemente ist doch, daß sichtbare Anzeichen einer solchen Offensive fehlen ...

Das stimmt. Zumindest was die sichtbaren Zeichen anbelangt, wie du sagst. Aber in diesem Punkt müssen wir klar sehen: die chilenischen Arbeiter haben aufgrund des Gewichts der reformistischen Illusionen und vor allem der blinden Politik der reformistischen Führungen überhaupt eine Schlacht verloren, und zwar zu einem sehr hohen Preis. Wenn man die Informationen, die aus der näheren Umgebung Santiagos und aus dem ganzen Land zu uns gelangen, vergleicht, so muß man die Opfer dieser Schlacht auf mindestens 25 000 Tote schätzen. Nach unseren Informationen spricht man von Zahlen in dieser Höhe auch in den Kreisen der militärischen Oberkommandos. Und jeden Tag nimmt diese Zahl zu.

Am Tage des Staatsstreichs haben sich die Arbeiter an den Arbeitsplätzen, die sie oft seit mehreren Wochen besetzt hatten, gesammelt. In zahlreichen Fabriken haben sie heldenhaft gegen das Militär, das zur Rückgewinnung der Fabriken entschlossen war, jeden Fußbreit verteidigt. Aber das Kräfteverhältnis war zu ungleich. Das Militär war bis zu den Zähnen mit modernen Waffen ausgerüstet und setzte Panzer, manchmal auch die Luftwaffe ein. Die Arbeiter waren demgegenüber sehr wenig bewaffnet, beinahe überhaupt nicht in einigen Fällen. Das Militär stellte eine koordinierte und zentralisierte Macht dar, die einen Plan ausführte, der bis ins einzelne im voraus vorbereitet war. Die Arbeiter der verschiedenen Fabriken, der verschiedenen "cordones" waren nicht zentralisiert, waren nicht einmal untereinander koordiniert. Nichtsdestoweniger hat es beinahe 5 Tage - manchmal länger - gedauert, bis das Militär mit den "cordones industriales" von Santiago fertig wurde.

In der Provinz haben sich die Ereignisse allgemein in der gleichen Art und Weise abgespielt. So erklärt sich die hohe Anzahl von Toten während der ersten Tage. An bestimmten Orten kam es zu wahrhaften Massakern. In einer der wichtigsten Fabrik in Santiago hat man aus den Kellergeschossen mehr als 200 Leichen herausgeholt. Unter solchen Bedingungen war der Rückzug unvermeidlich.

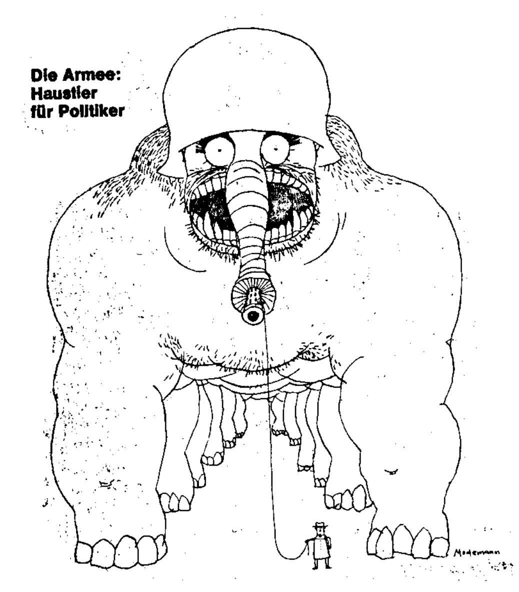
Rouge: Du bezeichnest die gegenwärtige Situation als eine des Rückzugs und nicht der Zerschlagung?

Ohne jeden Zweifel, denn trotz der außergewöhnlichen Zahl an Opfern war die Repression in den meisten Fällen nicht sehr gezielt. Das ist eine Tatsache, die man wissen muß und die man im Ausland bekanntmachen muß: zahlreiche Kämpfer, gewerkschaftliche und politische Kader, sind auf ihrem Kampfposten umgekommen.

Aber die revolutionären Organisationen, insbesondere die unsere, sind nicht zerschlagen worden. Trotz der schweren Verluste sind unsere Strukturen, ist unser Apparat im wesentlichen absolut intakt geblieben. Insofern haben wir konsequent zu unseren Analysen gehandelt, und die Maßnahmen, die wir getroffen haben, haben sich bewährt. Die Militärs sind sich dessen bewußt, und das bedrückt sie sehr. In ihren Siegesberichten klingt verhaltene Furcht durch; sie geben ohne Überzeugung Verlautbarungen über die Einnahme von Waffen und Material zur Schau und versuchen, uns zu demoralisieren, indem sie uns weiszumachen versuchen, daß sie unsere Kader in großer Zahl aufgreifen würden. Aber sie wissen, daß das alles falsch ist, und das ist ein entscheidendes Moment in der kommenden Periode, ein Moment, das uns erlaubt, mittelfristig von einer Offensive der Revolutionäre zu sprechen.

Rouge: Und wie steht es mit den anderen Organisationen der Linken, hauptsächlich mit den Parteien der U.P. ?

Obwohl ich Kontakt hatte mit Genossen der KP, der PS und der MAPU, werde ich darüber mit Vorsicht und sozusagen nur für mich persönlich sprechen. Was die MAPU anbelangt, so glaube ich behaupten zu können, daß auch sie nicht als Organisation in ihren Strukturen übermäßig gelitten hat. Bei der KP scheint es, daß viele mittlere Kader verschwunden oder verhaftet sind. Eines ist sicher: die Basis der Partei, insbesondere in Santiago, ist völlig desorientiert: mit einem Schlag sind die lange gehegten Illusionen über einen friedlichen Weg zum Sozialismus vernichtet worden. Außerdem scheinen die Strukturen der KP zutiefst desorganisiert zu sein, und obwohl die Führer der KP an den Kämpfen in den "cordones" teilgenommen haben, steht heute eine große Anzahl von Genossen ohne präzise Anweisungen und total sich selbst überlassen da.



Was die PS betrifft, so ist die Situation relativ komplex gemäß der verschiedenen Strömungen, die es in dieser Partei gab. Die Struktur der PS war einer solchen Situation völlig unangepaßt. Aber zahlreiche Genossen von revolutionären Strömungen innerhalb der PS, die ihre eigenen Strukturen und organisierte Kader hatten, haben der Repression ganz schön widerstanden und bereiten sich auf die kommenden Kämpfe vor. Auch hier tragen wir eine große Verantwortung.

Rouge: Wie beabsichtigt der MIR dieser Verantwortung gerecht zu werden?

Wir sind für die Schaffung einer revolutionären Front, die nach unserer Meinung die Parteien der UP und uns selbst umfassen sollte. Die Aufgabe dieser Front sollte sein, so schnell wie möglich die Gegenoffensive gegen das gegenwärtige Regime vorzubereiten, eine politische und besonders militärische Gegenoffensive. Wir hoffen, daß diese Front sehr bald zustande kommen wird.

Wir werden alle nötigen Anstrengungen dafür unternehmen. Wir wollen auch - nach den unerläßlichen Diskussionen und Debatten in unserer Gruppe dieser Front einen regelrechten politischen und militärischen Plan vorschlagen, um die Gegenoffensive erfolgreich zu führen. Aber die politische Orientierung einer solchen Front muß klar sein und alle Lehren aus der Vergangenheit ziehen.

In diesem Sinn muß für uns eine solche Front der Rahmen sein, in dem wir zwar so weit wie möglich uns für die Aktionseinheit einsetzen, aber auch mehr denn je den Kampf gegen den Reformismus weiter führen werden, mit dem alle chilenischen Arbeiter soeben eine tragische Erfahrung machen mußten.

Schon jetzt stößt sich die Errichtung dieser Front an reformistischen Vorstellungen. Mitglieder der KP, mit denen wir die ersten Diskussionen über diese Sache hatten, zeigten sich zwar einverstanden mit der Idee der Einheit - und insbesondere einer Einheit mit uns, was neu ist - stimmten also zunächst mit der Notwendigkeit einer schnellen Gegenoffensive überein, ohne die die gegenwärtig herrschende Verwirrung in tiefe Demoralisierung umschlagen würde; sie sind aber nichtsdestoweniger nicht einig mit dem, was die Ziele und den Charakter einer solchen Front anbelangt.

Einige setzen sich weiterhin für eine breitere Front ein, in die gewisse Sektoren, die gegen das Militär sind, einbezogen werden sollen. Konkret wäre ihre Perspektive die, Teile der DC (Christdemokratie), vielleicht sogar die ganze DC in eine solche Front mit einzubeziehen. Das ist eine alte, klassische Orientierung, wie sie in der Logik der Linie liegt, wie sie schon immer von der KP innerhalb der UP verteidigt wurde: Bündnis mit der DC gegen die Rechte und die Faschistische Ultrarechte. Es scheint heute, daß die KP aufgrund des Drucks einer großen Anzahl ihrer Genossen und besonders der gesamten Kommunistischen Jugend in den letzten Tagen eine Wendung gemacht hat und nun akzeptiert, an solch einer Revolutionären Front, wie wir sie vorschlagen, teilzunehmen.

Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß sie erneut Schwierigkeiten macht. Wir machen uns jedenfalls keine Illusionen: der Kampf gegen den Reformismus in einer solchen Front oder irgendeiner anderen Struktur bleibt noch lange eine unserer Hauptaufgaben. Wir sind in diesem Punkt Optimisten. Auf jeden Fall ist es - ohne große Spekulationen anzustellen - offensichtlich, daß nach der von den chilenischen Massen durchgemachten Erfahrung die Linke ziemlich bald große Veränderungen und eine regelrechte Umstrukturierung erfahren wird. Und in dieser Hinsicht sind wir jedenfalls entschiedene Optimisten. Natürlich werden diese Veränderungen nicht Ergebnis von Schlüssen sein, die die Massen spontan aus dem Staatsstreich ziehen. Sie hängen hauptsächlich ab von der Fähigkeit

der Avantgarde, in der Praxis, in der Aktion und schnellstmöglich die richtige Antwort auf die Situation zu finden. Sie hängen ab von ihrer Fähigkeit, dem Feind Schläge zu versetzen. Aber auch das, was ich dir über unsere Organisation gesagt habe, muß uns zu Optimismus anregen.

Rouge: Du hast von Massakern gesprochen, die aui den Staatsstreich folgten, aber die Repression geht seit drei Wochen pausenlos weiter. Jede Nacht während des Ausgehverbots von 22 Uhr bis 6 Uhr morgens werden Wohnviertel durchkämmt, Leute verhaftet und gefoltert, werden getötet, verschwinden. Gestern noch habe ich mit eigenen Augen mitten in der Stadt an den Ufern des Rio Mapuche die Leichen von kurz vorher getöteten 5 Menschen gesehen. Hast du von dieser Situation einen Gesamtüberblick auf nationaler Ebene?

Das ist die dringendste und dramatischste Frage. Die Arbeit der Repressionskräfte vollzieht sich jetzt etwas weniger spektakulär, aber auf sehr breiter Ebene. Ich weiß nicht, wie man das nennen soll. Es ist schrecklich, unglaublich! Es reicht, jeden Tag am frühen Morgen in den Strassen von Santiago spazierenzugehen, um dieses festzustellen. Leichen liegen hier und da herum, hauptsächlich am Flußufer; das ist die Arbeit, die während des nächtlichen Ausgehverbots geleistet wurde. Hinzukommen die Durchsuchungen, die Verfolgung von Genossen und bekannten politischen Kadern, obwohl das noch nicht zu großen Resultaten geführt hat.

Besonders in den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Vierteln wird denunziert, angezeigt, was dazu führt, daß man ohne Untersuchung, ohne Beweise beinahe sicher zur Haft ins Nationalstadion geführt wird, wo mehr als 5 000 Gefangene festgehalten werden, wenn man nicht einfach getötet wird. Ich will nichts über diesen besonders schänd lichen Aspekt der Repression ausbreiten; du hast ebensoviele Informationen darüber wie ich, um davon zu sprechen.

Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen rufen unaufhörlich zur Denunziation auf; täglich wiederholen sie, welche Telephonnummern anzurufen sind, wobei sie verlockende Belohnungen ankündigen. In den "poblaciones" (Elendsvierteln) hat es wie in den Fabriken zahlreiche Massaker gegeben, wenn die Bevölkerung etwas Widerstand geleistet hat. Und das geht so weiter.

Ein Beispiel, bei dem ich Zeuge war: In einer "poblacion" von Santiago bemächtigt sich eine Gruppe Jugendlicher eines Feuerwehrautos, zieht die Uniform der Mannschaft an, die sie einsperrt, bewaffnet sich und fährt durch die Gegend. Sobald sie Soldaten sehen, schießen sie und töten mehrere hier und da. Als man sie verhaftet, werden sie in die "poblacion" zurückgebracht und auf der Stelle hingerichtet. Die Bewohner, die man gezwungen hatte, sich auf dem Hinrichtungsplatz zu versammeln, werden zynisch mit Maschinengewehren be-





schossen. Die Bilanz? Mehrere Dutzend, mehrere Hundert Tode? Man wird es nie wissen... Das ist wieder ein Beispiel, das man deinen Genossen berichten muß, damit alle im Ausland verstehen, was sich hier konkret abspielt.

Eines muß klar sein: dieser Zwischenfall ist kein isoliertes Beispiel. Du selbst hast dich davon ganz konkret überzeugen können. Heute noch ist es unmöglich, in den armen Vierteln von Santiago spazierenzugehen, ohne hier und da auf eine Leiche in einer Ecke zu stoßen.

Was die At mosphäre in Bezug auf den Ausländerhaß betrifft, den die Junta zu entwickeln versucht, so überschreitet das einfach die Vorstellungskraft. Auch darüber muß im Ausland mobilisiert werden: unsere Genossen, die als politische Flüchtlinge oder einfach als Ausländer hier sind, hauptsächlich die Bolivianer und Brasilianer, riskieren ihr Leben in jedem Augenblick. Sie sind die Juden der Junta geworden. Nur weil sie mit Akzent sprechen, werden sie von ihren Nachbarn denunziert. Auf einfache Denunziation hin werden sie verhaftet, ins Stadion geführt, um dort oft zu verschwinden.

Man muß das sagen, man muß all das schreiben. Es ist notwendig, eine Kampagne zu organisieren. Sonst besteht die Gefahr, daß eine Mauer des Schweigens um uns geschlossen wird. Gerade heute hat die Junta jeden Journalisten, jede Person mit schweren Strafen gedroht - und man sieht, was das heißt im Mund solcher Henker - der außerhalb von Chile "alarmierende Nachrichten" über die Repression und die Situation der Ausländer in Chile verbreitet.

Es muß alles getan werden, damit das Maximum an Informationen verbreitet wird. Die Nachrichten, die du uns gebracht hast über die Reaktionen auf den Staatsstreich, über die laufenden Kampagnen, bedeuten eine außerordentliche Ermutigung für unseren Kampf. Daß du hier bist, in einem so schwierigen Augenblick, das hat für uns einen unschätzbaren Wert - so sehr sind wir zur Zeit vom Rest der Welt isoliert.

Überbringe unsere brüderlichsten Grüße den Genossen von "Rouge" und sage ihnen, daß wir überzeugt sind, daß sie in Frankreich unseren Kampf, der gerade erst anfängt, fest unterstützen werden.

(Aus ROUGE Nr 223, 5.10.73)

Die Christen und der Putsch

Die Haltung der Kirchen und der gläubigen Massen ist für jede künftige Revolution in Lateinamerika von entscheidender Bedeutung. Die Einschätzung der Differenzierungsprozesse innerhalb des lateinamerikanischen Katholizismus ist daher eine wesentliche theoretische Aufgabe für die Erarbeitung einer revolutionären Strategie. Die gewaltsame Beendigung des chilenischen Versuchs einer sozialökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft ohne Bürgerkrieg und die Zerschlagung der Demokratie in diesem als lateinamerikanisches Musterbeispiel bürgerlich-demokratischer Spielregeln gelobten Land hängt unter anderem auch mit dieser Frage der Stellung politischer und kirchlicher Vertreter des Christentums zusammen.

Die Gründung und der Aufschwung der Christdemokratischen Partei Chiles (PDC) steht in einem engen Zusammenhang mit der Durchsetzung reformkapitalistischer Entwicklungskonzepte im Lateinamerikanischen Bischofsrat (CELAM) seit Mitte der 50er Jahre. Die lateinamerikanischen Hierarchen erkannten, daß ein starres Festhalten am Bündnis mit der äußersten Reaktion zu einer Verschärfung der Klassenauseinandersetzung führen und damit indirekt "dem Kommunismus" in die Hände arbeiten würde. Diese Haltung kommt im Ausspruch eines der Initiatoren des CELAM, des ehemaligen chilenischen Erzbischofs Larrain, klassisch zum Ausdruck: "Das Überleben der westlichen Welt hängt von der vollen Integration Lateinamerikas ab".

US-ALLIANZ

Diese Konzeption traf sich auch mit Überlegungen, die Ende der 50er Jahre in den USA angestellt wurden, und die dann unter Kennedy in der "Allianz des Fortschritts" zur offiziellen Lateinamerikapolitik der Vereinigten Staaten wurden. Ziel dieser Politik war einerseits die Erzielung eines hohen Wirtschaftswachstums (unabhängig von der Frage der Verteilung) und die Herausbildung eines breiteren Mittelstandes, andererseits die Stabilisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse sowie die Garantierung des US-Einflusses in Lateinamerika. 1964 zeigte sich bereits das Scheitern der "Allianz für den Fortschritt": in Brasilien sahen die USA keine Möglichkeit mehr, unter bürgerlich-demokratischen Bedingungen ihre Ziele zu verfolgen, und unterstützten daher einen faschistischen Militärputsch. Im selben Jahr fanden in Chile Präsidentschaftswahlen statt. Hier setzten die USA nochmals alles auf eine Karte, und diese Karte hieß Eduardo Frei. Als Kandidat der Christdemokraten wurde er innenpolitisch - zur Abwehr des "Kommunismus" - von der gesamten Rechten unterstützt, außenpolitisch erhielt er die Hilfe der USA und zahlreicher christdemokratischer Parteien Europas. Auf diese Weise erzielte Frei das beste Wahlergebnis, das je ein Präsidentschaftskandidat in Chile erreichte: 56,1 % aller Stimmen. Der Kandidat der "Demokratischen Front Chiles" (FRAP), Dr. Salvador Allende, wurde mit 17,2 % deutlich geschlagen.

"FORTSCHRITTLICHER" FREI

Frei trat seine Präsidentschaft mit zum Teil fortschrittlichen Losungen an: Landreform, "Chilenisierung" des Bergbaus, "Revolution in Freiheit" etc.
Mit kräftiger ausländischer Wirtschaftshilfe sollte das "Experiment Frei" zu einem Beispiel werden, wie es doch möglich sei, unter kapitalistischen Bedingungen mit bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen die wesentlichen Entwicklungsaufgaben zu lösen.

Die katholische Kirche hatte bereits im Wahlkampf Frei unterstützt, und diese Haltung setzte sich auch während seiner Amtszeit fort (mit Ausnahme eines kleinen, ultrarechten Teils des Klerus, dem die Politik Freis bereits als Verlassen der "gottgewollten Ordnung" erschien). Die Tatsache, daß die praktische Politik der Christdemokraten keineswegs ihren verbalen Bekenntnissen entsprach (so bekannten sich die Christdemokraten z.B. zum "Sozialismus"), führte noch während der Regierungszeit Freis zu einer Abspaltung am linken Flügel der PDC. Die "Bewegung für vereinigte Volksaktion"(MAPU) stellte sich dann auch im Wahlkampf 1970 auf die Plattform der Unidad Popular.

CHRISTEN-OPPOSITION

Bereits im Sommer 1968 schlossen sich in Santiago etwa 200 Priester, Studenten, Gewerkschaftsfunktionäre u.a. zu einer Gruppe zusammen, die später durch ein Manifest sowie durch die Besetzung der Kathedrale von Santioago als "Junge Kirche" bekannt wurde. Im Oktober 1968 erklärte diese Gruppe öffentlich u.a. "Wir glauben nicht an die Möglichkeit, Christentum im Rahmen eines Klassensystems zu

leben ... Der Kern aller Krisen und Konflikte unserer Zeit ist der Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Das mag uns gefallen oder nicht. Wir können jahrelang über die Ursachen und Auswirkungen diskutieren. Die Tatsache ändert es nicht: Der Klassenkampf ist die fundamentale Realität unserer Geschichte."

Aus der "Jungen Kirche" entstand später die "Gruppe der 80" - benannt nach den 80 Priestern, die sie begründeten -, die im Wahlkampf 1970 eine wesentliche Rolle bei der Mobilisierung katholischer Intellektueller und Arbeiter für Allende spielte.

AUFSPLITTERUNG DES KATHOLIZISMUS

Die Linksentwicklung unter den chilenischen Christen, die vor allem ein Ergebnis der Enttäuschung über die Regierungszeit Freis war, wirkte sich auch innerhalb der PDC aus. Um eine Spaltung der Partei zu verhindern, mußte sie einen Kandidaten des linken Flügels für die Wahl nominieren: Radomiro Tomic. Dadurch war es jedoch nicht mehr möglich, einen gemeinsamen Kandidaten der bürgerlichen Parteien gegen die vereinigte Linke aufzustellen. Auf der anderen Seite war jedoch die Glaubwürdigkeit der PDC so angeschlagen, daß ein Teil des linken Flügels für den Kandidaten der Unidad Popular, Allende, votierte. Das Wahlergebnis brachte dann auch 36,6 % der Stimmen für Allende, während Tomic mit 28,2 % eindeutig unterlag. Bei dieser Wahl zeichnete sich bereits deutlich eine politische Aufsplitterung des chilenischen Katholizismus ab: der rechte Flügel warb offen für den Kandidaten der Nationalpartei, Jorge Alessandri, der Großteil des Klerus und der Laienorganisationen stand hinter Tomic, und auf der Linken gab es sehr aktive Gruppen, die Allende unterstützen.

Während der Regierungszeit Allendes gelang es der UP, weitere Teile katholischer Arbeiter für die Regierung zu gewinnen. Diese Entwicklung fand auch in der Abspaltung der "Linkschristlichen Partei" von der PDC im Jahr 1971 sichtbaren Ausdruck. Diese Partei war auch bis September 1973 in der UP-Regierung vertreten.

AMBIVALENTE HIERARCHIE

Die Haltung der Hierarchie war typisch katholisch-opportunistisch: bis 1970 unterstützte sie eindeutig die PDC, am 1. Mai 1971 zeigte sich der Kardinal von Santiago, Raul Silva Henriquez, auf der Ehrentribüne neben Allende und am 18. September 1973 zelebrierte derselbe Kardinal in der Kathedrale von Santiago ein Hochamt anläßlich des chilenischen Unabhängigkeitstages - in der ersten Reihe saß betend die gesamte faschistische Militärjunta. Schon während der Regierungszeit Allendes war die Haltung des hohen Klerus - und insbesondere des Kardinals - ambivalent: einige Bischöfe schlossen sich demonstrativ den Landreformmaßnahmen der Regierung an, andererseits rief der Episkopat alle Priester zur politischen Abstinenz auf (natürlich richtete sich dieser Aufruf gegen die Bewegung "Christen für den Sozialismus", der in Chile jeder zehnte Priester angehört). Nach dem Militärputsch fiel dem Kardinal nichts anderes ein, als vor einem Bürgerkrieg zu warnen. Objektiv kam dies einer Unterstützung der Junta gleich, in deren Patriotismus Vertrauen zu setzen, er das chilenische Volk aufrief.

KLÄRUNG DER FRONTEN

Die Bündnisstrategie der Mehrheit der UP trieb den Differenzierungsprozeß im nichtfaschistischen oppositionellen Teil des Katholizismus voran. Im Juli d.J. stimmten erstmals 6 der 19 Senatoren der PDC gemeinsam mit den Regierungsparteien ab und 14 Tage vor dem Militärputsch setzte der linke Flügel der PDC gegen die rechte Parteiführung eine Wiederaufnahme des "nationalen Dialogs" mit der UP fort. (Radomiro Tomic veröffentliche sogar einen Artikel im Zentralorgan der Kommunistischen Partei "El Siglo"). Die Ultrarechte erkannte wohl, daß es Anzeichen für einen Erfolg dieses Dialogs gab, und beschleunigte daher ihre gewaltsamen Umsturzpläne. Die rechte Führung der PDC, die sich vorerst mit den Zielen des Putsches solidarisiert hatte, mußte bald - um eine Spaltung der Partei zu verhindern - ihre Haltung ändern und zumindest zu einer verbalen Kritik an den faschistischen Militärs übergehen. An der Basis stehen heute auch viele Mitglieder der PDC im aktiven Widerstand. Der Sturz der legalen Regierung der Volkseinheit und die Ermordung Allendes haben auch bei vielen Christen Illusionen über so manche führende "Demokraten" zerstört und den Prozeß der Differenzierung und Polarisierung innerhalb des chilenischen Katholizismus beschleunigt.

Adalbert Krims, Wien **aus: akid 10/1973**



Denver Post

Kardinal Silva – ein Opportunist von Format

Vor dem Putsch: "Sozialismus - klare Entscheidung für die Armen"

Noch am 7.9.73, vier Tage vor dem Putsch, konnte das Publik-Forum über eine entschiedene Stellungnahme des Kardinals für den Sozialismus berichten:
"Kardinal Raúl Silva Henriquez, Primas von Chile,erklärte, heute nehme die Kirche eine offene Haltung gegenüber dem Sozialismus ein, dem System, das er als 'klarste Entscheidung für die Armen' bezeichnete.
In der Tageszeitung 'Exzelsior' (Mexico-City) unterstrich der Erzbischof von Santiago, daß Lateinamerika augenblicklich seine Wahl für einen Sozialismus treffe, der die Freiheit und die transzendentalen Werte des Menschen respektiere. "Die Haltung der Christen heute ist grundlegend. Wenn sie nämlich nicht fähig sind, diese Art von Sozialismus aufzubauen, dann wird die Gefahr heraufbeschworen, einem importierten Sozialismus zu huldigen, der nicht die Kultur und die Freiheit, in der diese Völker immer gelebt haben, respektieren wird." Der Kardinal schloß: "Der Sozialismus trifft eine klare Entscheidung für die Armen und die Masse der Verstoßenen. Mehr als von einem christlichen Sozialismus reden, muß man für einen Sozialismus mit lateinamerikanischer Prägung arbeiten, was eine Form zur Verteidigung des christlichen Sozialismus ist."

Und während eines von Silva gehaltenen Gottesdienstes in Santiago wurde gebetet: "Wir danken Gott, daß das Kupfer nun uns gehört".

Nach dem Putsch: "Junta stellt verfassungsmäßige Ordnung wieder her."

Silva veröffentlichte am 6.11.73 im "Osservatore Romano", dem offiziellen Organ des Vatikans, eine Erklärung, in der er in zahlreichen Punkten die Politik Allendes verurteilt und sein "Vertrauen bekräftigt in den Patriotismus und die Uneigennützigkeit derjenigen, die die schwierige Aufgabe übernommen haben, die verfassungsmäßige Ordnung und das Wirtschaftsleben des Landes" wiederherzustellen. (nach Frankfurter Rundschau, 7.11.73)
In einem Interview, das Silva der Katholischen Nachrichten-Agentur am 6.11. gab, antwortete er auf die Frage nach der Haltung der chilenischen Kirche zur Militärjunta: "Die Kirche in Chile will der staatlichen Macht nicht als kontrastierende Größe gegenüberstehen. Sie will eine religiöse Kraft sein, die die Menschen in Chile dazu erzieht, nach ihrem eigenen Gewissen zu handeln. Dazu ist es notwendig, sich um jeden freundschaftlich zu bemühen. In dem Moment, wo sich die Kirche in die politische Auseinandersetzung einläßt, bekommt sie notwendigerweise Feinde... Wir haben uns erlaubt, Präsident Allende zu kritisieren, als er an der Macht war... Jetzt streben wir eine gute Zusammenarbeit mit der derzeitigen Regierung an. Das kann durchaus bedeuten, daß wir uns auch erlauben, der neuen Regierung Fehler vor Augen zu halten, wenn wir dies für erforderlich halten."

Die von der Junta tausendfach verübten standesrechtlichen Erschießungen, das Bombardement auf Fabriken und Arbeiterviertel, das Massenfoltern von politischen Gefangenen im Stadion von Santiago und andere Terrormaßnahmen, mit denen die Junta Chile gegenwärtig regiert bzw. zu regieren versucht, scheint Silva in diesem Zusammenhang der Junta nicht unbedingt als "Fehler" anrechnen zu wollen: Auf eine diesbezügliche Frage antwortet Silva: "Wir haben ausdrücklich um Mäßigung gegenüber den Besiegten gebeten und darum, daß man auf unnötige (!) Repressalien verzichtet..."

Ganz in Übereinstimmung mit dem voraus Gesagten hat auch Silvas Vertrauen in den volksfreundlichen Charakter der neuen Regierung in Chile durch das blutige Geschehen der letzten Wochen keinen Schaden gelitten: "Die Errungenschaften früherer Regierungen zugunsten der Arbeiter und Bauern in Chile werden, so hoffen wir, anerkannt und weiter entwickelt, bis die völlige Gleichstellung aller am nationalen Leben erreicht ist."

Kollegiales

Das "Deutsche Ärzteblatt" bereitet im August dieses Jahres seine Leserschaft propagandistisch auf den 3 Wochen später stattfindenden Militärputsch in Chile vor: "Dr.med.Allendes demokratischer Weg zum Sozialismus", so heißt es in einem Kommentar zur Lage in Chile, "hat das einstmals stabile, zwar nicht reiche, aber für südamerikanische Verhältnisse einigermaßen wohlentwickelte Land an den Rand des Chaos, in den Bankrott und in die Gefahr eines Bürgerkrieges geführt. Nur die demokratisch gesinnte Armee ist noch in der Lage, die Verfassung aufrecht zu halten". (Deutsches Ärzteblatt, Heft 34, August 1973)

Antizionismus = Antisemitismus ?

Auszüge aus einem Referat, das Erich Fried auf der diesjährigen Studentenpfarramtskonferenz in Rothenfels gehalten hat.

Die Behauptung, der Antizionismus sei eigentlich nur eine neue Form des Antisemitismus, verfehlt dort, wo man mit Recht noch entsetzt und beschämt an den sechsmillionenfachen Judenmord des Hitlerfaschismus zurückdenkt, selten ihre Wirkung. Parteinahme für die Zionisten und für Israel gilt vielen fast als deutsche Wiedergutmachungspflicht. Wenn aber - wie in meinem Fall - Juden gegen die Taten des Zionismus protestieren, die zionistische Theorie und Praxis als von Anfang an rassistisch und chauvinistisch erklären, ja in vielen wesentlichen Punkten beängstigende Parallelen zu Verhaltensmustern des Faschismus sehen und dafür Beweise erbringen, dann werden diese Juden, etwa der hebräische Dichter Mordechay Avi-Schaul und der Naturwissenschaftler Israel Schahak in Israel, der Mathematiker Professor Moshe Machover in London, der Gesellschaftswissenschaftler Professor Joachim Israel in Kopenhagen, als jüdische Antisemiten verleumdet und als Verräter am eigenen Volk verfolgt und bedroht, ganz ähnlich wie zur Nazizeit Deutsche, die gegen den Hitlerfaschismus kämpften. Ich weiß das aus eigener bitterer Erfahrung.

Aber man wird nicht nur bedroht und verfolgt und verleumdet, was noch leichter zu ertragen wäre, sondern man wird auch von Andersdenkenden, die es ehrlich meinen, mißverstanden, und man ist gezwungen, Menschen, die subjektiv ehrlich um Besserung bemüht sind, entgegenzutreten und ihnen weh zu tun. Sogar wenn ich zehnmal soviel Zeit zum Argumentieren hätte, könnte ich hier nicht lückenlos informieren, nur einseitig einige meiner Argumente sammeln, bei weitem nicht alle, und auf einige Argumente von Andersdenkenden eingehen. Außerdem enthält jede Verallgemeinerung, jeder Begriff, auch Unrecht. Aber ohne Begriffe, und namentlich ohne Begriffe wie Imperialismus, Kolonialismus usw. kann man nicht auskommen.

Die Sache der Zionisten hat doch in Wirklichkeit viel lautstärkere und viel kapitalkräftigere Verfechter als etwa der Kampf der revolutionären palistinensischen Befreiungsbewegung. Man denke nur an unsere Massenmedien. Das tröstet mich ein wenig über meine unvermeidbare Einseitigkeit. Außerdem, Revolutionäre mögen noch so sorgfältig argumentieren, bei Nicht-Revolutionären oder bei Feinden der Revolution werden sie doch immer verdächtig und unglaubhaft bleiben, ja das rote Tuch für sie sein.

Den Zionismus erbittert angreifen wie ich, heißt nicht, daß man nicht seine menschlich verständlichen Wurzeln sieht, nicht nur in den Pogromen, sondern auch in der widerlichen Verhöhnung, Benachteiligung, Erniedrigung der Juden im Alltag des 19. Jahrhunderts. Ich gebe diesen Tatsachen Schuld am Zionismus. Sie erklären ihn zum Teil. Aber eine verständliche Reaktion auf etwas kann immer noch eine verhängnisvoll falsche Reaktion sein. Der Faschismus vieler SA-Proleten und Studenten in den Jahren vor Hitlers Machtergreifung war eine verzweifelte Auflehnung gegen den Imperialismus der Siegermächte von 1918 und enthielt viel "antikapitalistische Sehnsucht". Nur war er eine Auflehnung nach der falschen Richtung. Und wenn man auch allen fehlgelenkten Glauben und Mut, der damals in die Nazibewegung investiert wurde, sah, so mußte man sie desto mehr bekämpfen. Freilich- wer nach 1945 nicht auch den einzelnen jungen Nazi zu verstehen suchte, um ihn von seiner mörderischen Verranntheit abzubringen, der war etwas selbstgerecht. Und wenn das vom Verstehen der Nazis gilt, so muß das für Juden, die die Opfer der Nazis waren, doch erst recht gelten. Daß der Zionismus Befreiendes enthalten konnte, indem er Menschen ihren Selbstrespekt wiedergab, ist klar. Aber weil er ihn auf die Dauer doch nur auf Kosten anderer erzielen konnte, geht dieses Befreiende wieder verloren oder wird abgestumpft, oder der Selbstrespekt wird Mangel an Respekt für andere Menschen, wenn der Zionismus nicht auch gerade von seinen Anhängern transzendiert, überwunden wird.

> *"Um die ständige Ausbeutung durch das Arabermonopol zu vermeiden, haben die europäischen Abnehmer – da es noch kein Weltkartellamt gibt, das den Arabertrust zerschlagen könnte – nur diese Möglichkeiten:*
> *– Versorgung durch Erdöl aus nicht arabischen, nichtmonopolisierten Gebieten;*
> *– Umsteigen auf andere Energiequellen;*
> *– Nichtmarktwirtschaftliche Intervention (z. B. Eroberung der Erdölgebiete).*
> *Eine Intervention könnte in den wenig bevölkerten Gebieten Lybiens und der arabischen Halbinsel am kostengünstigsten sein."*
>
> 26.10.73 Wirtschaftswoche

Im Links-Zionismus gab es natürlich sozialistische Sehnsucht und menschliche Emanzipationsbemühungen, aber der Borochovismus ist es erstens nicht, der das heutige Israel entscheidend prägt und dort politisch entscheidet. Die Probleme des Links-Zionismus sind ganz ähnlich denen

anderer Linker, die systemimmanent bleiben. Sie versuchen ehrlich aufzubauen, zu reformieren und kleine Schritte zur Besserung zu machen.

graswurzel revolution

Eine rote Zeitung,
für die,
die schwarz sehen
eine schwarze Zeitung,
für die,
die rot sehen

Zeitschrift für gewaltfreie und libertärsozialistische Gesellschaftsänderung durch Macht von unten

bringt zur Anregung für Gruppen, Informationen und Aktionsberichte aus dem In- und Ausland über:

Antimilitaristische Arbeit, Basisarbeit im Produktions- und Freizeitbereich, Umweltschutz, 3. Welt, Aufbau von Alternativeinrichtungen, den antifaschistischen Kampf, Minderheitenprobleme, praktische Tips usw.

will durch Veröffentlichung von verständlich geschriebenen Artikeln die Theorie von libertärem Sozialismus und Gewaltfreiheit einer breiten Bevölkerung näherbringen und dadurch Möglichkeiten aufzuzeigen, sich selbst zu organisieren oder in schon bestehenden Gruppen mitzuarbeiten.

Abo-preis für 6 Nummern:
5.50 DM auf
PskA München 22 78 64-808
Wolfgang Hertle Augsburg
Probeheft gegen -.80 DM in Briefmarken - Wiederverkäuferrabatt!
Vertrieb: B. Schilling
78 Freiburg, Konradstr.
19, Redaktion: Hertle
1 Berlin 62, Gesslerstr. 2

Aber sie werden dabei integriert und ausgebeutet. Systemimmanente Linke spiegeln in sich die entsetzlichen Antagonismen des Systems, das sie integriert. Ihr guter Wille lindert zwar hier, richtet aber da wieder doppeltes Unglück an, hilft verschleinern. Natürlich sind die einzelnen Menschen, die einer solchen Bewegung angehören, potentiell Sozialisten, aber können dieses Potential erst

> TEL AVIV (Reuter). In Tel Aviv sagte der Hamburger Großverleger Axel Springer am Montag nach Abschluß eines Besuches in Israel, er plane einen „organisierten Widerstand" gegen den Beschluß der Bundesregierung, den Nachschub amerikanischer Militärausrüstungen aus der Bundesrepublik nach Israel zu unterbinden. Er schäme sich seiner Regierung.

FR 6.11.73

erreichen, indem sie sich von ihren Illusionen befreien, und natürlich wurde und wird im Namen des Kampfes gegen den Zionismus auch oft gegen alles, was links ist, gekämpft - von Hussein - oder es wurde unter diesem Vorwand auch Antisemitismus fortgesetzt, in der Stalinära, die mit Stalins Tod nicht spurlos vorbei war - oder noch vor wenigen Jahren in Polen.

Andererseits, den Zionismus dadurch oder gar durch den Hitlerfaschismus rechtfertigen, ist Unsinn. Der Zionismus war viele Jahre vor Hitlers Machtantritt fertig ausgebildet, und ob ohne den Zionismus noch mehr Juden vernichtet worden wären, möchte ich mindestens bezweifeln. In vielen osteuropäischen Ländern wurden die Söhne jüdischer Familien entweder Zionisten oder Kommunisten. Ob in einigen dieser Länder ein paar Tausend mehr Kader nicht 1918/19 der Revolution zum Sieg verholfen und dadurch die Geschichte Europas in einer für den Hitlerfaschismus und seinen Judenmord ungünstigen Weise beeinflußt hätten oder auch dazu beigetragen hätten, den Stalinismus durch eine bessere Entwicklung der Revolution zu ersetzen, was wieder den Hitlerfaschismus verhindert oder sein Wüten verkürzt haben könnte - wer kann das heute sagen?

Durch den Zionismus fehlten der revolutionären Bewegung wichtige Kräfte. Seine vorherrschende Wirkung war nicht revolutionär, auch wenn Borochov dies anders gewollt hat, und tonangebend, entscheidend in der alten zionistischen Bewegung wie im heutigen Israel, waren nie die Revolutionäre.

Die Gleichsetzung "Antizionismus = Antisemitismus" beruht ursprünglich auf dem alten Alleinvertretungsanspruch der Zionisten für alle Juden. Was ein Alleinvertretungsanspruch einer Seite für alle ist und welche verhängnisvollen Folgen so etwas haben kann, das muß ich, glaube ich, hier in der Bundesrepublik, die lange Jahre einen ähnlichen verhängnisvollen Alleinvertretungsanspruch aufrechterhalten hat, nicht extra betonen.

Auf dem zweiten Zionistenkongreß (Basel, August 1898) sagte Theodor Herzls Chefidiologe Nordau: "Die jüdischen Gegner des Zionismus aber, und wären sie heute noch so zahlreich, sind bestimmt, als Juden zu verschwinden. Darum ist es unzulässig, daß man von einer zionistischen Partei im Judentum spricht. Wir weisen diese Bezeichnung mit Spott und Verachtung zurück. Die Zionisten sind keine Partei; sie sind das Judentum selbst. Ihre Zahl, ihre heutige Zahl, tut nichts zur Sache. Der Same der gewaltigsten Linde ist ein ganz kleines Gebilde, aber er ist die Zusammenfassung der ganzen Lebenskraft des Baumes, das Ziel aller seiner organischen Anstrengungen. Die Linde lebt in ihrem Samen, nicht in ihrer Holz- und Bastmasse weiter. Alles, was im Judentum lebendig ist, was Manneswürde, was Entwicklungsfreudigkeit hat, das ist zionistisch."

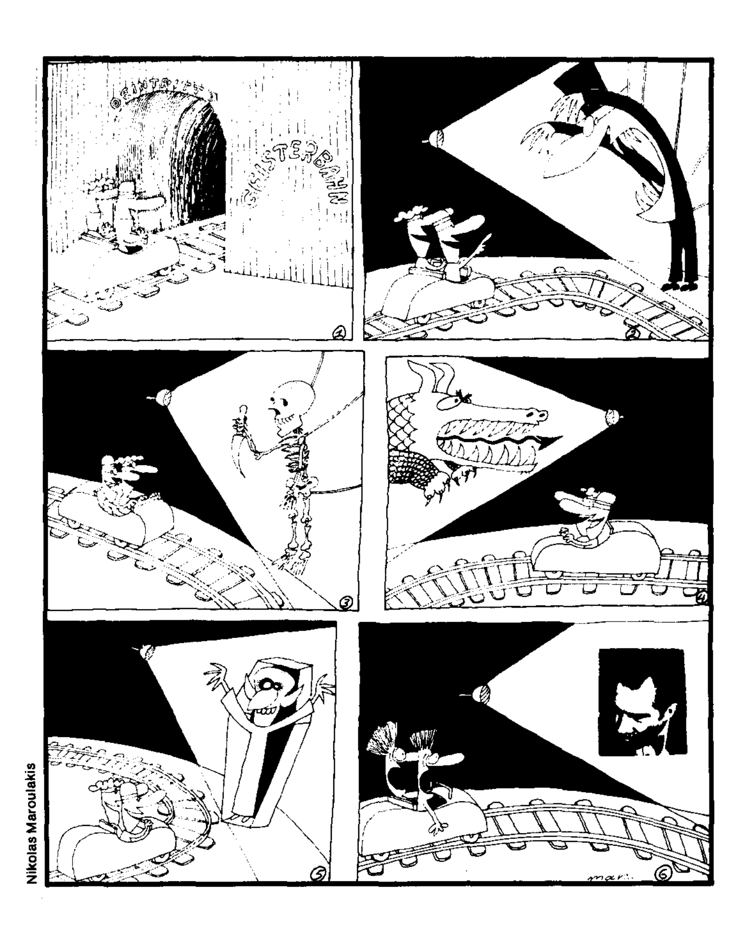
Viel interessanter als dieser unglückliche Versuch einer Beweisführung für den Alleinvertretungsanspruch ist die Wahl der markigen Worte und das urdeutsche, geradezu blut- und bodenhafte Gleichnis von der Linde. Vielleicht kein Zufall, daß dieser selbe Max Nordau in einem seiner Angriffe auf revolutionäre Kunstrichtungen seiner Zeit

das Wort "entartete Kunst" gebrauchte, das dann der Hitlerfaschismus von ihm entlehnt hat. Es gibt Absätze in den Schriften Nordaus und leider auch in den Schriften Theodor Herzls, die an nichts so sehr erinnern wie an Hitlers "Mein Kampf" oder an Rosenbergs "Mythos des 20.Jahrhunderts". Nordau und Herzl, der übrigens als Student an der Universität Wien eine schlagende Verbindung gegründet hat, kommen ja auch aus derselben Hexenküche von Gründerzeit und Kulturmilieu wie Adolf Hitler.

Hier eine Stelle aus einem Brief Herzls an Kaiser Wilhelm II. vom 22.Oktober 1887, die Herzls politische Einschätzung seiner eigenen zionistischen Bewegung zeigt: "Unsere heute schon weit verbreitete Bewegung hat überall einen erbitterten Kampf mit den Umsturzparteien zu bestehen, die in ihr mit Recht einen Feind wittern. Wir brauchen eine Ermutigung, wäre es auch nur eine sorgfältig geheimzuhaltende. Ich setze alle Hoffnung auf den Kaiser, der mit weltweitem Blick über die Meere schaut und von dessen Taten die Geschichte gerade diejenigen am höchsten preisen wird, die von den kleinen Leuten der Gegenwart nicht verstanden werden. Wann und wohin immer Ew.Majestät mich zur Audienz befehlen, werde ich unverzüglich zur Stelle sein. Ich verharre in tiefster Ehrfurcht, Ew.kaiserlichen Majestät gehorsamst ergebener Dr.Theodor Herzl, Wien, 9,Berggasse 6."

Auch England, aber auch der Zar und der Sultan in Konstantinopel sollten zur Schirmherrschaft oder Begünstigung der zionistischen Landnahme animiert werden, immer unter Hinweis einerseits auf die linke Gefahr und andererseits darauf, daß die zionistischen Siedler als eine Art Schutztruppe die palästinensischen und syrischen Araber in Schach halten wollen. In seinem Nachruf auf Herzl in Basel am 27.Juli 1905 sagt Nordau dann von Herzl: "Er empfand sein Blut als kostbares Erbe, seine Herkünft als eine Auszeichnung. Wenn er erhobenen Hauptes vor den größten Herrschern der Erde stand und ruhig mit ihnen sprach, dann war dies weder Dreistigkeit, noch Mangel an Verständnis für Proportion, sondern die Wirkung der ihn beherrschenden Vorstellung, daß 12 Millionen Adelsmenschen hinter ihm standen."
Blut als kostbares Erbe und nicht einfach 12 Millionen Menschen, sondern "Adelsmenschen"! - und schon auf dem ersten Zionistenkongreß hatte Nordau am 29.August 1897 die Juden so definiert: "Fleißiger und anschlägiger als der Durchschnitt der europäischen Menschen, von trägen Asiaten und Afrikanern nicht zu sprechen." (anschlägiger ist ein altes Wort für intelligent)
Und viele Jahre später, auf dem 8.Zionistenkongreß in Haag, am 14.August 1907, sagt er über die Zionisten in Palästina voraus:

"Wir würden dort so wenig Asiaten im Sinne anthropologischer und kultureller Minderwertigkeit werden, wie die Angelsachsen in Nordamerika Rothäute, in Südafrika Hottentotten und in Australien Papuas geworden sind. Wir würden uns bemühen, in Vorderasien zu tun, was die Engländer in Indien getan haben, ich meine die Kulturarbeit, nicht die Herrschaft. Wir gedenken nach Palästina als Bringer von Gesittung zu kommen und die moralischen Grenzen Europas bis an den Euphrat hinauszurücken."



Schon auf dem Zionistenkongreß 1905 in Basel hatte Nordau den Sultan, der damals die Fremdherrschaft über die palästinensischen und syrischen Araber ausübte, mit folgenden Worten zu gewinnen gesucht: "Eine Bewegung, die einen großen Teil des arabischen Volkes ergriffen hat, kann leicht eine Richtung nehmen, die auch Palästina berühren würde. Die türkische Regierung würde sich vielleicht in die Notwendigkeit versetzt sehen, ihre Herrschaft in Palästina und Syrien gegen ihre eigenen Untertanen mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Bei dieser Sachlage könnte es dann der türkischen Regie-

rung einleuchten, daß es für sie von außerordentlichem Werte wäre, in Palästina und Syrien ein zahlreiches, kräftiges und wohlorganisiertes Bevölkerungselement zu besitzen, das bei voller Achtung der Rechte der vorgefundenen Einwohner keine Angriffe auf die Autorität des Sultans dulden, sie vielmehr mit dem Aufgebot aller Kräfte verteidigen würde. Auch Europa würde es wohl als einen ihm geleisteten Dienst ansehen, wenn das jüdische Volk durch seine friedliche, doch energische Besetzung Palästinas eine gewaltsame Änderung der dortigen Souveränitätsverhältnisse verhüten würde." Und Theodor Herzl hatte schon in seinem grundlegenden Buch "Der Judenstaat" zehn Jahre zuvor gesagt: "Wenn Seine Majestät, der Sultan, uns Palästina gäbe, können wir uns dafür anheischig machen, die Finanzen der Türkei gänzlich zu regeln. Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden. Wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen. Wir würden als neutraler Staat im Zusammenhang bleiben mit ganz Europa, das unsere Existenz garantieren müßte."

Nordau hatte, wenn auch nur in einem Nebensatz, noch von voller Achtung der Rechte der vorgefundenen Einwohnerschaft gesprochen. Wenn wir untersuchen wollen, ob der Antizionismus eine Form des Antisemitismus ist oder ob es nicht vielmehr Zionisten waren, die in vielem die spätere Barbarei des antisemitischen Herrenmenschentums vorweggenommen haben, so finden wir zwei interessante, einander ergänzende Belege, wie Theodor Herzl sich das Schicksal der vorgefundenen nicht-jüdischen Einwohnerschaft im Judenstaat gedacht hat. Die erste dieser zwei Äußerungen Herzls über die Zukunft der nicht-jüdischen Bevölkerung im Judenstaat ist eine Tagebucheintragung vom 12.Juni 1895: "Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muß - ebenso wie die Fortschaffung der Armen - mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen. Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über dem Wert zu verkaufen, aber zurückverkauft wird ihnen nichts."

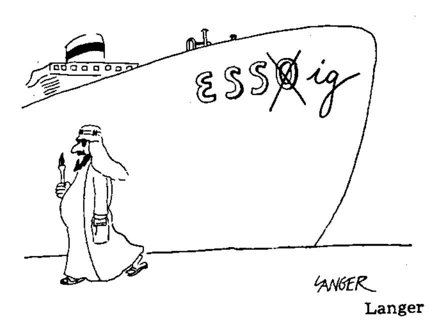
Das zweite Dokument von Herzl ist ein Brief an Jussuf Ziah-elKhaldi; das war ein liberaler Palästinenser, ehemaliger Bürgermeister von Jerusalem, der trotz seiner Sympathie für die jüdischen Siedler einen Interessenkonflikt mit der palästinensischen Bevölkerung befürchtete. Herzls Brief, die beruhigende Antwort darauf, vom 11.März 1899: "Wer will sie denn von dort entfernen? Ihr Wohlbefinden und ihr privater Besitz wird durch uns doch nur vermehrt. Glauben Sie, daß ein Araber, der in Palästina Land besitzt oder ein Haus im Wert von drei- oder viertausend Francs, es bedauern wird, wenn ihr Wert um das Fünf- oder Zehnfache steigt? Aber das wird mit der Ankunft der Juden bestimmt geschehen. Wer die Sache von diesem Standpunkt aus betrachtet - und das ist der richtige - wird unzweifelhaft ein Freund des Zionismus."

Dieser Brief, der vor allem an die Grundbesitzer, deren Expropriation, wie wir zuvor gehört haben, mit 'Behutsamkeit' vorzunehmen ist, gerichtet war, ist gerade 50 Jahre vor dem israelischen Gesetz, das die großen Beschlagnahmungen palästinensischer Häuser und Felder eingeleitet hat, dem Gesetz über die 'anwesend-abwesenden Besitzer', geschrieben worden.

Die Palästinenser hatten also von allem Anfang an eigentlich wenig Grund, Siedler willkommen zu heißen, die sie behutsam loswerden und systematisch aus dem Arbeitsleben des Judenstaates ausschließen wollten, denn das bedeutet ja die Losung: "Avoda Ivrit" (jüdische Arbeit). Gewiß, es gab auch andersdenkende Zionisten, aber die haben sich nie entscheidend durchgesetzt; und noch ein Satz aus Herzls Buch "Der Judenstaat"; diesmal nicht einmal eine in einem engeren Sinne politische Äußerung, nein, Herzl will hier nur erläutern, daß die Zionisten, wenn sie irgendwelche Säuberungsaktionen zu bewerkstelligen hätten, das mit modernen Mitteln tun würden. Er schreibt: "Kämen wir beispielsweise in die Lage, ein Land von wilden Tieren zu säubern, würden wir es nicht in der Art der Europäer aus dem 5.Jahrhundert tun. Wir würden nicht einzeln mit Speer und Lanze gegen Bären ausziehen, sondern eine große fröhliche Jagd veranstalten, die Bestien zusammentreiben und eine Melinitbombe unter sie werfen".
Dies eine große fröhliche Jagd zu nennen, scheint mit nicht nur wegen der entsetzlichen Ausdrucksweise so furchtbar, sondern wegen der völligen Entfremdung, ohne die Herzl dieses Zeug nie geschrieben hätte. Mich erinnert das, ganz von ferne natürlich, an Adolf Hitlers ersten Wunschtraum von den Gaskammern, wenn er in "Mein Kampf" schreibt, wie gut es wäre, wenn einige Tausend jüdischer Volksverderber "unter Giftgas gehalten und so beseitigt werden" könnten. - "Die Bestien zusammentreiben und eine Melinitbombe unter sie werfen" - Nun, ja.

Von Herzl stammt auch die Idee des jüdischen Nationalfonds, der im Judenstaat Land erwerben soll, möglichst viel Land, das dann nur an Juden verpachtet werden und nur von Menschen

jüdischen Blutes bebaut werden darf. Diese heute gültigen Statuten des jüdischen Nationalfonds sind die feste Grundlage des wirtschaftlichen und statutengestützten Rassismus im heutigen Staat Israel. Dr.Israel Schahak, der an der Universität Jerusalem unterrichtet und Forschungsarbeit leistet, ist ein Überlebender des Warschauer Ghetto, war als Jugendlicher selbst Zionist, aber dieser Rassismus war es, der ihn vom Zionismus abgebracht hat. Was würde man heute sagen, fragte Dr.Israel Schahak, jetzt Vorsitzender der Israelitischen Gesellschaft für Menschen-


Langer

recht und Bürgerrecht, vor einigen Monaten in einem Interview im Westdeutschen Rundfunk, wenn in Deutschland Grund und Boden zum Großteil unter einem Gesetz stünde, das nur Menschen deutschen Blutes gestattet, ihn zu pachten oder auf ihm zu arbeiten. Dr.Schahak hat auch in genauen Zahlen ermittelt, was in den 25 Jahren seit Gründung des Staates Israel mit den Palästinensern im Land geschehen ist.

Zur Zeit der Gründung Israels bestanden 475 Palästinenserdörfer. 385 davon wurden seither zerstört und dem Erdboden gleichgemacht. Es gibt nur noch 90 Dörfer. Dazu kommt, daß in den 1967 neu besetzten Gebieten seit dem 6-Tage-Krieg 16 312 arabische Wohnstätten zerstört wurden und dazu noch auf den Golan-Höhen, aus strategischen Gründen, wie offiziell erklärt wurde, 35 ganze Dörfer. Das allein zeigt, daß nicht der Antizionismus die Traditionen des Antisemitismus aufnimmt, sondern im Gegenteil, daß in Wirklichkeit der Zionismus eine Reihe von Wesenszügen des ärgsten modernen Antisemitismus und Rassismus vorweggenommen oder übernommen und weiterentwickelt hat.

Psychologisch ist es natürlich verständlich, daß Menschen, die Opfer reaktionärer Verfolgungen wurden, nicht alle daraus den Schluß ziehen, selbst gegen die Reaktion - also gegen die wahren Ursachen ihrer Verfolgung - zu kämpfen, sondern es in unserer Gesellschaft zum Teil bequemer finden zu sagen: 'Jetzt sind wir die Stärkeren, jetzt wollen wir es genau so machen, wie es die Reaktionäre mit uns gemacht haben'. Gespenstisch daran ist, daß die Zionisten, die das tun, dabei die Unterstützung gerade jener reaktionären und imperialistischen Kräfte in Europa und Amerika finden, die zum Schlag derer gehören, die schon Hitlers Machtaufstieg überhaupt erst möglich gemacht haben, und daß sie mit Unterstützung dieser Reaktionäre seit Jahren Palästinenser und andere Araber verfolgen und umbringen, obwohl doch in den vielen Jahrhunderten christlich-europäischer Judenverfolgungen gerade die islamischen Länder und Völker den Juden Zuflucht und gute Lebensmöglichkeiten geboten haben.

Gewiß, es gibt heute schon eine Anzahl von Juden in Israel und in aller Welt, die gegen diese Verbrechen, gegen die Rolle der Zionisten als Musterschüler des Imperialismus Stellung nehmen. Aber ihre Proteste, ja sogar die meisten Nachrichten über die Verbrechen der Zionisten, die man in englischen und französischen Zeitungen noch einigermaßen finden kann, werden in der Bundesrepublik und in Österreich totgeschwiegen. Die Frage, die Israel Schahak und der hebräische Dichter Mordechay Avi-Schaul mir gestellt haben, lautet: "Sehen die sogenannten Philosemiten in der Bundesrepublik und in Österreich denn nicht, was sie in Wirklichkeit tun, indem sie ausgerechnet den Zionismus, ausgerechnet die Politik des Staates Israel, unterstützen. Damit leisten sie in Wirklichkeit keine Wiedergutmachung, sondern beladen sich nur mit neuer Schuld." Sogar der Schriftsteller und Philosoph Martin Buber, der viele Jahrzehnte lang Zionist war, sagte als alter Mann vor seinem Tod 1965, seine Bemühungen, die Zionisten vom Unrecht gegen Palästinenser abzuhalten, seien vergeblich gewesen und die Zionisten hätten nicht die alten Weisheitslehren des Judentums, sondern nur die Lehren Hitlers beherzigt.

So steht es. So sind durch das weltweite Ineinandergreifen aller Hebel und Triebwerke des Imperialismus in Israel zahllose Menschen, die einmal selbst Verfolgte waren, zu Verfolgern geworden, zum Teil, ohne das selbst zu bemerken. Seit Ende des 6-Tage-Kriegs haben sie in ihren "massiven kollektiven Vergeltungsschlägen" mit Bomben und Napalm und Maschinenpistolen Tausende palästinensischer Flüchtlinge und andere Araber umgebracht, viele davon Kinder und Frauen. Und diese Vernichtungsaktionen außerhalb der Grenzen Israels und diese immer weitergehende Dörferzerstörung innerhalb der Grenzen werden totgeschwiegen, und die bundesdeutsche Wiedergutmachung besteht zum Großteil in ihrer direkten oder indirekten Unterstützung. Juden, die dagegen kämpfen, werden meist ebenfalls totgeschwiegen und verleumdet. Ich erinnere mich noch, wie vor 6 Jahren die Springerpresse Mutmaßunge

über meinen "jüdischen Selbsthaß" anstellte, weil ich gegen Israels 6-Tage-Krieg geschrieben hatte. Und - was das Totschweigen betrifft: jetzt vor wenigen Monaten brachte die Presse in der Bundesrepublik zwar die Meldung, daß ich in Wien einen Staatspreis für Literatur erhielt, aber das journalistisch einzig Interessante daran, nämlich, daß ich das Geld dafür hergab, ungerecht verfolgten Palästinensern in Israel und in der Bundesrepublik zu helfen, wurde hier nur von ganz linken Blättern berichtet. Genug davon.

Ich will Ihnen noch ein Beispiel dafür geben, wie die Gleichsetzung "Antizionismus = Antisemitismus" in einer heutigen zionistischen Zeitschrift aussieht: "Schofar", Zeitschrift für jüdische Hochschüler, die ich in Wien erhielt ("Schofar" ist übrigens der Name des alten jüdischen Kriegshorns). In dieser Zeitschrift, die außer in Wien auch in der Bundesrepublik verbreitet wird, gibt es eine Seite mit Karikaturen, auf der verschiedene Antizionisten als Feinde abgebildet werden. (Das ist nachgedruckt im Antiimperialistischen Informationsbulletin, Marburg, Juli/August-Nr.1973) Ich zitiere daher hier nur einige von diesen Texten zu den Illustrationen. Sie sollten sich alle selbst ansehen. Eines der vielen Bilder zeigt einen verwahrlosten Idioten, der offenbar ein linker deutscher Student sein soll. Der Text dazu lautet: "Pipi,der unreflektierte Pseudorevolutionär, der zu Ivans Werkzeug wurde und seinen latent atavistischen Antisemitismus unter dem Deckmantel des Antizionismus verbirgt". Übrigens, daß dieser linke deutsche Student zu Ivans Werkzeug wurde, sieht man auch aus einer Sprechblase, die aus seinem Mund aufsteigt und in der er sagt: "Es gibt keinen Gott, und Mao ist sein Prophet" - ein ganz netter Einfall, aber Mao oder Ivan ist für diese zionistische Zeitschrift offenbar ein und dasselbe. Schade, daß das nicht stimmt. Auf einem anderen Bild wird ein alter Mann mit Schirmmütze dargestellt, der die Volksstimme liest, die Zeitung der Kommunistischen Partei Osterreichs. Ihre Schlagzeilen auf dem Titelblatt auf dieser Karikatur lauten: "Juda verrecke, wie 1933 in Deutschland". Und diese schöne Karrikatur wird erklärt durch die Worte: "Vergessen wir nicht Genossen Karl, obwohl ehemaliger KZ-Häftling, heute Antisemit und Gewalttäter im Dienste der Intoleranz". Der Name Karl ist offenbar eine Anspielung auf die von Qualtinger geschaffene typische österreicher Figur, den 'Herrn Karl'. Nun, ich bin nicht Mitglied der kommunistischen Partei meiner österreichischen Heimat, und ich bin in vielen Dingen anderer Meinung als sie, aber ich kenne die Volksstimme und ich kenne österreichische Kommunisten, und ich finde das eine niederträchtige Verleumdung im Dienste der großen Lüge, daß Antizionismus gleich Antisemitismus sei.

Schlimmer noch wird aber über zwei junge antizionistische Juden hergezogen, einen Mann und ein Mädchen. Der Text lautet: "Besonders zum Kotzen aber finde ich Gabi, den Juden, der seine gesellschaftsbedingten Sexualkomplexe in militant-antizionistischen Kommunen ausschleimt. Ihm wünsche ich gut Syph". Also als Strafe für seinen Antizionismus wird ihm Syphilis gewünscht. Und, um bei den Geschlechtskrankheiten zu bleiben, das halbnackt im nächsten Feld abgebildete antizionistische jüdische Mädchen heißt mit zarter Anspielung gleich von vornherein Trippia und der Text lautet wörtlich: "Ebenso wie Trippia, die wegen ihrer familiären Repression aus den Kleidern in die rote Gosse sprang. In ihrer Libido hat sie vergessen, ihre Situation rationell zu verarbeiten - aber in der Horizontalen denkt sich's schlecht."

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ

2-3/73
Europäische Gemeinschaft

4/73
Lateinamerika und Gastarbeiter
Materialien zum Kirchentag

5-6/73
Chile
Freiheitskampf in Mozambique

Abonnement 6 Hefte im Jahr, DM 9,-
Einzelheft DM 1,5o

c/o E. Adam, 2 HH 19, Postfach 2846

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich glaube, diese obszönen Karikaturen und Texte vom Typ der Nazizeitung Stürmer sprechen für sich. Und hier noch ein Dokument für das Ergebnis chauvinistischer Erziehung in Israel selbst. Der junge Student Schlomo Fränkel unterstützte eine Initiative gegen das Stimmrecht palästinensischer Kommilitonen in Universitätsangelegenheiten durch Veröffentlichung folgender Worte: "Araber stinken und sind dumm und feige. Das ist nicht Rassismus, ich sage doch nur die Wahrheit, und überhaupt, von uns hat man ja auch so gesprochen. Mir kocht das Blut, wenn ich ein jüdisches Mädchen mit einem Araber sehe". Glücklicherweise hat ihm doch ein nicht unbeträchtlicher Teil der jungen israelischen Studenten, zum Teil selbst linke Zionisten, widersprochen...

(Ende)

CHINA

aus : Außenhandelsdienst der
BfG vom 1.1o.73

Steigende Industrieproduktion

Die industrielle Erzeugung in der VR China hat sich offiziellen Angaben zufolge im Anschluß an die kulturrevolutionäre Phase seit 1968/69 in stetigem Aufschwung erholt und auf verschiedenen Sektoren ihren bisher höchsten Stand erreicht.

In den drei größten Industriestädten

wurden im ersten Halbjahr 1973 teilweise Rekordergebnisse erzielt. Der Anstieg des Bruttoproduktionswertes (BPW) in Shanghai wird mit 9,9 Prozent beziffert (gegen den Vergleichszeitraum 1972). In den drei Hauptgruppen Stahl, Produkte für landwirtschaftlichen Bedarf und Konsumgüter waren die Wachstumsraten besonders hoch, wie z. B. für Stahl (21,6 Prozent), Walzstahl (10,8 Prozent), große Traktoren (53,9 Prozent), Pumpen für landwirtschaftliche Verwendung (56,0 Prozent), Handelsdünger (24,4 Prozent), Bergbauausrüstung (86,8 Prozent) und Kraftfahrzeuge (49,2 Prozent). Steigerungen zwischen 10 und mehr als 100 Prozent erzielten bedruckte Stoffe, synthetische Waschmittel, Chemiefasern, Fahrräder, Armbanduhren, Radiogeräte, Kameras und Möbel.

Betriebe der metallurgischen Industrie nahmen 700 neue Produkte (+ 250 Prozent) in die (Versuchs-)Fertigung auf, während die Textil- und Leichtindustrie mehr als 5500 neue Spezifikationen und Variationen entwickelte. In der Stahlindustrie wurde die Produktionssteigerung offenbar angesichts heftigen Widerstands der Belegschaften, bei denen sich angeblich die Einstellung verbreitet hatte, daß sich das Produktiv-Potential nach den kontinuierlichen Steigerungen der letzten Jahre erschöpft habe, durchgesetzt. Insgesamt wiesen rd. 80 Prozent der 70 Erzeugnisse wichtiger Warengruppen beträchtliche Erhöhungen auf. So konnten z. B. die Automotorenwerke ihren Ausstoß um 91 Prozent in die Höhe treiben, nachdem, wie es heißt, die vom früheren Staatspräsidenten „Liu Schao-chi & Co." verbreitete Theorie der Produktivkräfte kritisiert und durch eine auf proletarischen Grundsätzen beruhende Politik bei allen wirtschaftlichen und technischen Entscheidungen ersetzt worden war.

In Peking hielt der Aufschwung ebenfalls an und erreichte Ende Juni 1973 einen Stand von 100 Prozent über Jahresmitte 1965, dem Jahr vor Beginn der Kulturrevolution. Mehr als 80 Erzeugnisse vorrangiger Bedeutung überschritten 50 Prozent der Jahresquote, darunter Stahl (+ 8,9 Prozent), Roheisen (+ 22,9 Prozent) und Walzstahl (+ 33 Prozent), während unter anderem Düngemittel und Insektizide, Synthesekautschuk, Verbrennungsmotoren, Kraftfahrzeuge, Generatoren, Chemieinstallationen, Gleichstrommotoren, Transformatoren, Automationsausrüstung, Polyester, Möbel, Transistorradios, Kunststoff- und Emaillewaren, Glühbirnen, Lederschuhe und Zigaretten zwischen 22 und 100 Prozent über den Ergebnissen von 1972 lagen.

In der dritten provinzfreien Stadt, Tientsin, wurde eine Steigerung des BPW von 6,6 Prozent ermittelt. Stahl, Walzprodukte und Rohöl erfüllten mehr als 50 Prozent der Jahresauflagen. Steigerungen zwischen 4 und 100 Prozent wurden bei Traktoren, Dieselmotoren, landwirtschaftlichen Maschinenaggregaten, synthetischem Ammoniak, Pumpen, Düngemitteln und zahlreichen anderen Produkten registriert. Der Ausstoß von metallurgischen Installationen, Kraftwerksausrüstung, Transportmitteln und Maschinenbauerzeugnissen konnte verdoppelt werden. Einen Produktionszuwachs von 20 Prozent registrierten Bergbauausrüstungen, Schmiedewerke und Hebezeuge, Industriekessel, Motoren, Hochdruckpumpen, Installationen für die chemische Industrie, während verschiedene Konsumgüter, wie Baumwollerzeugnisse, Fahrräder, Nähmaschinen, Radios, Fernsehgeräte und ähnliches, in unterschiedlichem Ausmaß über den 1972 erreichten Ergebnissen lagen.

Der Hafenumschlag wurde um 22 Prozent gesteigert, und das Frachtaufkommen der verschiedenen Verkehrsträger erreichte mehr als 50 Prozent des Jahresplanes. In Übereinstimmung mit dem Motto: „Landwirtschaft – Grundlage, Industrie – führender Sektor" lieferten mehr als 60 Fabriken von September 1972 bis Juni 1973 für die Bohrung von Brunnen insgesamt 2130 Dieselmotoren, Pumpen, Transformatoren und andere Maschinen, z. B. mehr als 1200 Bohrsätze für Tief- und Flachbrunnen. Für die Reparatur von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten wurden von der Industrie rd. 10 000 Arbeiter zum Einsatz in den Kommunen abgestellt.

Rekordergebnisse auch in den Provinzen

Im schwerindustriellen Provinzzentrum Liaoning konnten 47 der vom Zentralplan erfaßten 60 wichtigen Kategorien „erhebliche Steigerungen bis zu 89 Prozent verzeichnen. Die Erzeugung von Erdgas lag um 30 Prozent, die von Erdöl um 48 Prozent über der der Vorjahresperiode. Unter dem Slogan „größere, bessere und wirtschaftliche Erfolge" wurde im Zentrum von Anshahn um 11,8 Prozent mehr Stahl gewalzt. Trotz dieser eindrucksvollen Einzelergebnisse war die Steigerung des BPW auf 7,9 Prozent beschränkt.

In Shangtung lag die industrielle Gesamterzeugung 1972 um 154 Prozent über dem Niveau von 1965 und im 1. Halbjahr 1973 um fast das 8fache höher als im Gesamtjahr 1949. Dank einer Massenbewegung zur Produktionssteigerung, Rationalisierung und technischen Verbesserung übertrafen BPW und Ausstoß wichtiger Erzeugnisse des Vergleichszeitraumes 1972. Die Provinz Kiangsu registrierte seit 1968 jährliche Steigerungen des BPW von 19,0 Prozent und im 1. Halbjahr 1973 von 15,5 Prozent. Mehr als 60 wichtige Kategorien erreichten oder überschritten das Plansoll.

In Kwangtung wurden die letzten vier Jahrespläne übererfüllt und die Quoten des 1. Halbjahres 1973 erreicht bzw. überschritten, bei einem Zuwachs des BPW von 25,3 Prozent und unterschiedlichen Steigerungen für Stahl (+ 5,7 Prozent), Walzstahl (+ 18,7 Prozent), elektrische Energie (+ 26,9 Prozent) und Rohrzucker (+ 36,8 Prozent).

Einen beträchtlichen Anstieg der Erzeugung erzielten u. a. Aluminium, Zement, Schwefelsäure, Pestizide, Dieselmotoren, Papier, Baumwollprodukte, Kunststoffwaren, landwirtschaftliche Geräte, Fahrräder, Nähmaschinen und Armbanduhren. Besonderer Förderung erfreute sich auch in Kwangtung die Herstellung agrarnaher Industrieprodukte, von chemischen Düngemitteln bis zu Traktorteilen. Zehntausende von Arbeitern wurden auch hier zur Reparatur von Landmaschinen und Errichtung von Reparaturwerkstätten in die ländlichen Gebiete entsandt.

In Hunan wurden die Industrie- und Transportpläne bei einer BPW-Zuwachsrate von 14 Prozent erfüllt. Verglichen mit 1965 liegt der BPW um 140 Prozent höher, während einzelne Erzeugnisse gleichzeitig weit über dem Durchschnitt stehen, wie z. B. Stahl (+ 860 Prozent), Eisen (+ 680 Prozent), Walzstahl (+ 860 Prozent), Eisenerze (+ 1840 Prozent), Kohle, Düngemittel und Elektrizität (je + 200 Prozent bis 300 Prozent). Im Metallwerk Hengyang wurden drei automatisierte Montagebänder installiert, woraufhin die Erzeugung von Kleintraktoren vervierfacht werden konnte.

Bei einem Anstieg des BPW um 12,7 Prozent meldete die Provinz Hupeh Produktionserhöhungen von 5 bis 23 Prozent für Eisen und Stahl, Walzstahl und Ätznatron, während gleichzeitig Hebezeuge, Brechwerke, Kugelmühlen, Luftkompressoren und Pumpen die Ergebnisse von 1972 beträchtlich überschritten.

Ähnlich klingen die Meldungen aus den übrigen Teilen des Landes, so daß sich bei überschlägiger Abwägung für das erste Halbjahr 1973 eine Erhöhung der industriellen Erzeugung von etwa 10 Prozent ergeben dürfte.

KOREA
Aufruf zum Widerstand

DIE STARKEN VERSCHLINGEN
DIE SCHWACHEN

Manifest koreanischer Christen

Seit den durchgreifenden Maßnahmen des südkoreanischen Präsidenten Park Chung Hee im Oktober 1972 - u.a. setzte er die Verfassung außer Kraft, löste die Nationalversammlung auf und bildete die Regierung um, so daß er praktisch unumschränkte Machtbefugnisse hat - herrschen in seinem Land Polizeistaatterror und totalitäre Gewalt in einem Ausmaß, das selbst während der korrumpierten Endphase der Syngman-Rhee-Ära nicht erreicht worden war und in der neueren Zeit nur mit der Brutalität der japanischen Kolonialzeit vor dem II. Weltkrieg zu vergleichen ist.
Die Reaktion der Christen auf die "Oktober-Erneuerung" beschränkte sich Berichten zufolge anfangs auf schweigende Mißbilligung. Die Tatsache, daß hochgestellte Persönlichkeiten der Kirchen sich trotz des Drängens offizieller Stellen beharrlich weigerten, die Maßnahmen der Regierung durch öffentliche Erklärungen zu unterstützen, wurde als Ausdruck des Mißfallens gegenüber der Regierungspolitik gewertet.
Heute zeigt sich jedoch, daß immer mehr koreanische Christen sich für einen aktiveren Widerstand einsetzen. Davon zeugt ein Dokument, das heimlich aus Korea herausgebracht wurde und in MISSION AKTUELL auszugsweise veröffentlich wird.

1. Das heutige koreanische Regime hat eine Regierungsform, die sich auf Gesetz und Überzeugungskraft gründete, abgeschafft und ein System installiert, das allein auf Gewalt und Drohung beruht. Unsere Gesellschaft ist einem Zustand anheimgefallen, wo "die Schwachen von den Starken verschlungen werden". Niemand steht über dem Gesetz außer Gott. Macht wird von Gott geschaffen und Regierenden anvertraut damit sie Gerechtigkeit und Frieden in der menschlichen Gesellschaft verwirklichen. Wer immer sich über das Gesetz stellt und dem Auftrag, Gerechtigkeit durchzusetzen, zuwiderhandelt, lehnt sich gegen Gott auf. Im traditionellen orientalischen Verständnis ist diejenige Regierungsform gut, die auf der Redlichkeit und der moralischen Glaubwürdigkeit der Regierenden beruht. Man kann ein Volk mit dem Schwert unterwerfen - regieren kann man es nicht damit.

2. Das heutige Regime hat Gewissensfreiheit und Glaubensfreiheit unterdrückt. Wir haben weder die Freiheit zu reden noch die Freiheit zu schweigen. Gottesdienste, gemeinsame Gebete, der Inhalt von Predigten und Gebeten und vor allem der Bibelunterricht - all das ist beständig widerrechtlich beeinträchtigt worden.
Es ist die Aufgabe der christlichen Kirche und anderer religiöser Gemeinschaften, die Gewissensfreiheit zu verteidigen, denn die Unterdrückung der Gewissensfreiheit ist niederträchtig. Wenn die koreanische Kirche um Glaubensfreiheit kämpft, dann verteidigt sie eben diese Gewissensfreiheit der Menschen.

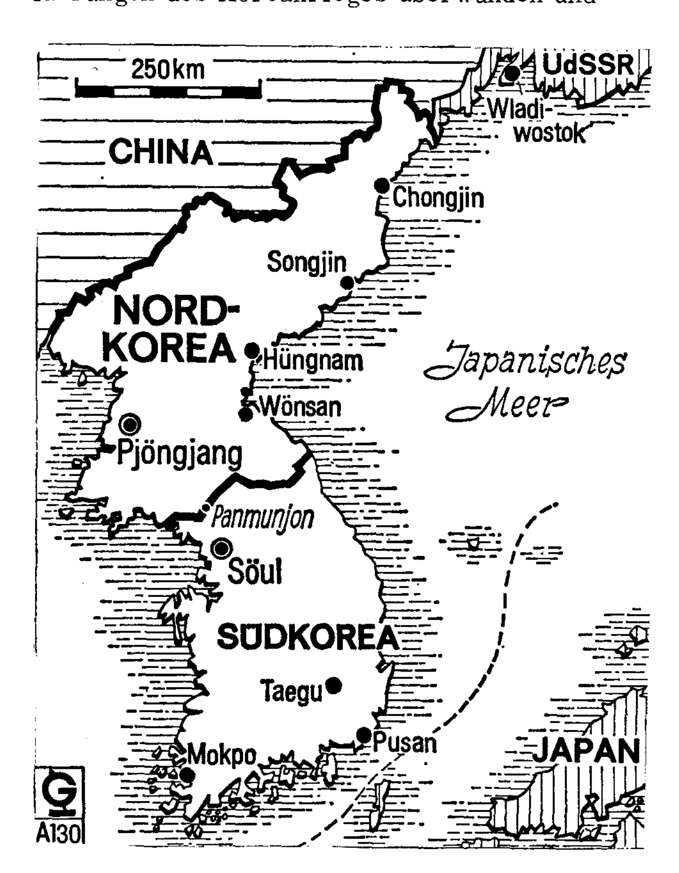
3. Das heutige koreanische Regime versucht, das Volk zu beherrschen durch systematischen Betrug und Manipulierung der Information, durch totale Propaganda und gründliche Gehirnwäsche. Es hat die Massenmedien zu einem Werkzeug der Regierung gemacht, das Halbwahrheiten und unbegründete Lügen verbreitet. Als Christen müssen wir gegen jedes betrügerische und manipulierende System kämpfen, denn wir legen Zeugnis ab von der Wahrheit, und ohne Falsch soll unser Leben sein. Allein wenn wir frei sind, die Wahrheit zu sprechen, können wir das Reich Gottes verkünden zur Befreiung der Menschen.

4. Das heutige koreanische Regime wendet skrupellos äußerst wirksame Methoden an, um politische Gegner, kritische Intellektuelle und sogar unschuldige Menschen auszuschalten und zu beseitigen. Zu diesem Zweck werden der koreanische Geheimdienst und andere Sicherheitsdienste ähnlich der nazistischen Gestapo oder Stalins KGB, grausam und unbarmherzig eingesetzt. Unterschiedslos sind alle Menschen physisch und psychisch permanenter Drohung und Einschüchterung ausgesetzt; schlimmer noch: manche verschwinden nach ihrer Verhaftung ...

5. Das heutige Regime ist verantwortlich für ein Wirtschaftssystem, in dem die Armen von den Mächtigen ausgebeutet werden. Das ganze Volk, vor allem aber die Arbeiter in der Stadt und die Bauern auf dem Land, ist Opfer radikaler Ausbeutung und sozioökonomischer Ungerechtigkeit. Die sogenannte wirtschaftliche Entwicklung Koreas ist das Resultat der gegen das Volk gerichteten Machenschaften einer

einflußreichen Clique und erweist sich als verhängsnisvoll für unsere Umwelt. Wir Christen müssen für die Abschaffung dieses entmenschlichenden und ungerechten Systems kämpfen, denn wir legen Zeugnis ab von der Erfüllung des Reiches Gottes, in dem die Armen im Wohlstand leben und Friede und Gerechtigkeit herrschen werden.

6. Für die Regime von Nord- und Südkorea sind die Wiedervereinigungsverhandlungen lediglich ein Manöver in dem Machtkampf, den sie auf nationaler und internationaler Ebene untereinander austragen. Das ist Verrat am koreanischen Volk, das auf eine Wiedervereinigung unseres Heimatlandes hofft. Unseres Erachtens sollte sich in Korea jeder Wiedervereinigungsprozeß auf der Grundlage einer wirklichen Versöhnung vollziehen, er sollte Suche sein nach authentischer nationaler Gemeinschaft. Wir sind uns im klaren darüber, daß wir die tiefen Wunden, die uns der Koreakrieg zugefügt hat, heilen und die ideologischen Differenzen sowie die Unterschiede im politischen und wirtschaftlichen System überwinden müssen.
Wir sind uns im klaren darüber, daß eine echte Wiedervereinigung nur dann zustandekommen kann, wenn wir die furchtbaren Erfahrungen des Koreakrieges überwunden und



die ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Unterschiede sowie das augenblickliche repressive System beseitigt haben.

Deshalb unsere dringede Bitte an
das koreanische Volk,

den seit dem 17. Oktober 1972 ausgearbeiteten Gesetzen, Verordnungen, politischen Richtlinien und anderen diktatorischen Maßnahmen und Methoden jede Anerkennung zu entziehen; und für den Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie in Südkorea verschiedene Formen der Solidarität unter den Koreanern zu entwickeln;

die
koreanischen Christen,

zur Vorbereitung dieses Kampfes unsere christlichen Kirchen zu erneuern durch Vertiefung des theologischen Denkens, durch klare Stellungnahme und Solidarität mit den Unterdrückten und Armen, durch überzeugende Verkündigung des Evangeliums vom Reich Gottes und durch Gebete für unsere Nation; auch sollten wir uns, wenn es nötig ist, wie unsere Ahnen auf das Martyrium vorbereiten;

die
Kirchen in aller Welt:

vor allem andern brauchen wir ihr Gebet und Ihre Solidarität, und wir bitten Sie, unsere gegenseitige Verbundenheit durch Akte der Ermutigung und Unterstützung zu bekräftigen.

Erstmals veröffentlicht in:
"Christianity and Crisis"
(New York)



Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten
Aktionsmodelle,
Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie,
Berichte aus der Linken international.
„links" ist illusionslos, undogmatisch –
eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.
Einzelpreis DM **1.50**
Bezugspreis, jährlich, DM **18.–**.
Probenummern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

Messerschmitt baut in Portugal

BRD baut Flugzeugfabrik in Portugal

Neue Zürcher Zeitung 28.8.1973, S.3: "Erste portugiesische Flugzeugfabrik"

"Lissabon, 25. Aug. (dpa) Portugal baut für rund 200 Mio Esc. in der Stadt Beja seine erste Flugzeugfabrik, die über 100 Arbeitsplätze schafft. Die Unternehmerfirma nimmt für den Bau die finanzielle und technische Hilfe der Messerschmit-Werke in der Bundesrepublik in Anspruch. Die Verluste der portugiesischen Luftwaffe im Partisanenkampf in Afrika sind in letzter Zeit erheblich angestiegen, seit die Guerilla mit einem neuen Typ einer sowjetischen Flugzeugabwehrrakete ausgerüstet sind."

Die Firma "Messerschmitt", München, ist keine Unbekannte. Sie ist umsatzmässig die Hauptvertreterin des militärisch-industriellen Komplexes in der BRD. Zusammen mit ihren Mit-Unternehmen Bölkow und Blohm bildet sie den MBB-Konzern. Das Besondere an dieser Firma: obwohl sie ihrer Eigentumsform nach in Privatbesitz ist, arbeitet sie fast ausschließlich (ca. 90%) mit staatlichen Mitteln, die ihr zur militärischen Grundlagenforschung und Entwicklung von Prototypen zufließen. Das heißt: Das portugiesische Flugzeugfabrik-Projekt wird direkt aus Bundesmitteln unterstützt. Zweifellos wird jetzt wieder das Gerede losgehen: was kann die BRD-Regierung für das, was Privatfirmen machen ...

An der MBB (Messerschmitt-Bölkow-Blohm) waren 1969 außer Privaten beteiligt: die Boeing-Company mit 9,7% des Aktienkapitals, die französische Nord Aviation mit 9,7% und siehe da: die Firma Siemens mit 9,1%, sowie die Byerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (ein staatliches Unternehmen) mit 6,5% (Quelle: Rainer Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Pahl-Rugenstein Verlag Köln 1970). Ab Januar 1971 war auch die Thyssen AG an der MBB beteiligt, ferner hatte sich der größte französische Flugzeugkonzern, die S.N.I.A.S., in die MBB eingekauft. Thyssen, S.N.I.A.S. und Siemens hielten seitdem über 28% des Aktienkapitals. Und wie es sich so trifft: der frühere Vorstandsvorsitzende der Thyssen Röhrenwerke heißt Ernst Wolf Mommsen und ist jetzt als Staatssekretär im (sogenannten) Verteidigungsministerium für die Beschaffung zuständig (Rilling, Zur Forschungspolitik der SPD/FDP-Regierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Verlag ebd., Nr 3/1971, 282f.) In dem erstgenannten Buch von Rilling finden sich weitere Angaben über den MBB-Konzern. Bis 1964/5 konnte die BRD-Luftfahrtindustrie mehr als 1 Mrd DM investieren, die hauptsächlich durch das "Verteidigungsministerium" und in geringem Umfang durch das Wirtschaftsministerium bereit gestellt wurden. "Ohne Hilfe des Verteidigungsministeriums wäre ein Wiederaufbau dieser Industrie undenkbar gewesen", schreibt die Fachzeitschrift "flugwelt" in Nr.12/64 auf S.942.

"Die Luft- und Raumfahrtindustrie war Anfang 1969 immer noch fast völlig von Aufträgen des Bundesverteidigungsministeriums abhängig. Der Anteil der öffentlichen Aufträge und Hilfen lag bei 90% des Industrievolumens, und rund 80% der Aufträge wurden durch militärische Aufträge, Entwicklungen und Beschaffungen beansprucht." (Rilling, S. 141) Von 1955 bis 1969 gingen vom Bundesministerium für "Verteidigung" in die militärische Forschung und Entwicklung der Luftfahrtindustrie über 5 Milliarden DM; in der ersten "mittelfristigen Finanzplanung" sind für die Jahre 1969-1973 "insgesamt 2,052 Milliarden DM vorgesehen, die der (west)deutschen Luft- und Raumfahrt zugute kommen. Die Ausgaben steigen jährlich um durchschnittlich 10%." (Zeitschrift "Wehr und Wirtschaft" Nr 2/1969, S.84). Und nun kommt dieses Geld also auch unseren portugiesischen Freunden zugute ...

Zum Schluß Zitate aus dem Bericht einer Delegation des "Deutschen Bundestages" über eine Reise zu Rüstungsunternehmen, hier Messerschmitt, vom 19. - 23. Februar 1968 (Quelle: "Wehrdienst 161/1968 und 162/1968, zit. nach Rilling, 250ff): "Der Schwerpunkt (bei M.) lag bisher in der Instandsetzung der F 104 G und in der Bewältigung des Gesamtsystems" (des sog. Starfighters). "Die Beherrschung dieses Systems sei nicht zuletzt auch ein Verdienst der Firma Messerschmitt, was von führenden Vertretern des Vert.min. wiederholt bestätigt worden sei." ...

"Auch das Thema Konzentration kam zur Sprache, wobei unter den Teilnehmern des Gesprächs Übereinstimmung über die Notwendigkeit herrschte, größere Betriebseinheiten zu erreichen."

Folgerichtig lautet die Schlußbemerkung des ganzen Berichtes: "Andererseits lassen aber der geringe laufende Verbrauch in Friedenszeiten ... eine rentable Nutzung dieser Kapazitäten (es geht um Munition, Red.) kaum zu.". Na, wie kann man das wohl ändern ??

Projektgruppe Internationalismus, 463 Bochum, Lennershofstr. 66/68

Wiriyamu und übrige Tete-Provinz:

Massaker und Zwangsumsiedlungen

Josef Geue (iz3w)

Am 10. Juli 1973 berichtete die „Times" über das Massaker von Wiriyamu, bei dem am 16. Dezember 1972 über 400 Menschen von portugiesischen Truppen ermordet wurden. Die portugiesische Regierung leugnete die Existenz dieses Dorfes und bestritt, daß ein solches Massaker stattgefunden habe. Dieser regierungsoffiziellen Darstellung schlossen sich verschiedene Zeitungen an, in der BRD besonders die Springer-Zeitung „Die Welt". Noch am 25. Juli 1973 schrieb „Die Welt" in einem Kommentar: „Inzwischen steht fest, daß es ein Dorf Wiriyamu in Mozambique nicht gibt und nie gegeben hat". Die spanischen Missionare, die den Bericht über das Massaker nach Aussagen von Überlebenden angefertigt hatten, wurden in diesem Kommentar der Lüge bezichtigt, ihre Angaben als „Propagandakampagne" abgetan.

Einige Tage nach dem „Times"-Bericht beschrieb der spanische Missionar Berenguer, der bis April 1973 in Changara (einem Nachbardorf von Wiriyamu) Pfarrer war, die Lage Wiriyamus: es liege „25–30 Kilometer südlich vom Zentrum der Provinzhauptstadt Tete in dem Dreieck, das der Fluß Sambesi, der Fluß Luenha und die Straße von Tete nach Changara (Richtung Beira) bilden" (Süddeutsche Zeitung, 19. 7. 1973).

Die „Sunday Times" vom 5. 8. 73 veröffentlichte eine Karte, die die Angaben von Pater Berenguer bestätigte. In der gleichen Ausgabe berichtete der Journalist Peter Pringle über seine Nachforschungen in der Provinz Tete. Er hatte mit einem der Überlebenden des Massakers, dem 15jährigen Antonio, sprechen können. Antonios Eltern und Geschwister wurden bei dem Massaker ermordet.

Inzwischen haben spanische Patres der Missionsstation San Pedro (in der Nähe von Tete) detaillierte Skizzen angefertigt, die erstens die genaue Lage Wiriyamus angeben und zweitens das „Befriedungs"-Konzept der portugiesischen Armee verdeutlichen. Photokopien dieser Skizzen hat Pater Cesare Bertulli (Provinzial der Weissen Väter in Mosambik bis zu ihrem Auszug 1971) Aktionsgruppen in der BRD übergeben. Pater Bertulli gab dazu die folgenden Erläuterungen:

Die Skizze Nr. 1 gibt die genaue Lage von Wiriyamu und der beiden Dörfer Chawola und Juwau an, deren Bevölkerung ebenfalls am 16. Dezember 1972 von den portugiesischen Truppen massakriert wurde. Die Dorfbewohner von Juwau wurden alle ermordet. Von Chawola konnten sich 6 Menschen retten, dem Massaker von Wiriyamu entkamen 8 Menschen. Bei seinen Vorträgen zeigte Pater Bertulli Bilder von zwei Überlebenden, deren Schußverletzungen deutlich zu sehen sind.

Die Skizze zeigt noch weitere 14 Dörfer: Mphadwe, Nyantereze, Kwiro, Guzinho, Micombo, Capimbi, Nyankhumba, Cibyuli, Gandar, Malangue, Gama, Rego, Raisse, Cabola. Alle diese Dörfer – bis auf Mphadwe und Gama – wurden inzwischen von portugiesischen Truppen verbrannt. Mphadwe und Gama wurden zu Konzentrationslagern (von der portugiesischen Regierung verschleiernd „aldeamentos" = „Wehrdörfer" genannt) für die Bewohner der verbrannten Dörfer ausgebaut.

Die Skizze Nr. 2 zeigt das gleiche Gebiet nach dieser „Umsiedlungsaktion". Durch diese Maßnahme will das portugiesische Kolonialregime bessere Voraussetzungen schaffen für die Bekämpfung der FRELIMO. Die portugiesische Armee folgt dabei der Devise des vor wenigen Monaten entlassenen Generals Kaulza de Arriaga. Dieser sagte einmal, daß die Bevölkerung, in der sich die Guerrilleros wie Fische im Wasser bewegen, „beseitigt" werden muß.

200 Menschen aus den 12 verbrannten Dörfern, die sich der Zwangsumsiedlung entziehen wollten und in die FRELIMO-Basis Aldeca (siehe Skizze Nr. 1) flüchteten, sind bei einem plötzlichen Angriff portugiesischer Truppen im Juli/August 1973 getötet worden.

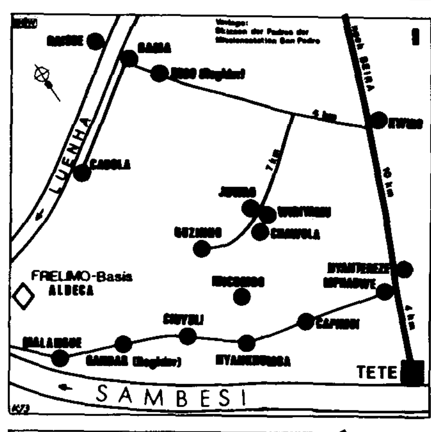
Auf alles, was sich nun im Gebiet zwischen Mphadwe, Gama und der Mündung des Flusses Luenha in den Sambesi bewegt, wird geschossen.

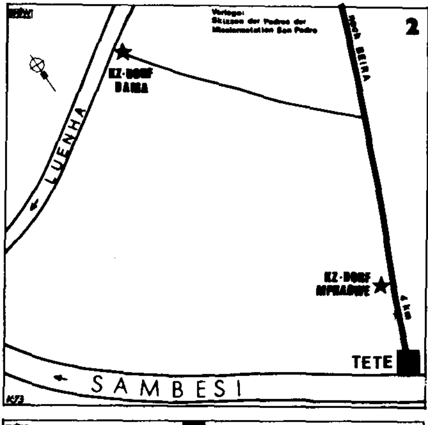
Die Skizze Nr. 3 zeigt die Situation des Gebietes der Mission Matundo (auf der nördlichen Seite des Sambesi bei Tete) vor der zwangsweisen Umsiedlung. Von der Luftwaffenbasis AB 7 in der Nähe von Bemba wurden die Vernichtungsflüge gegen Wiriyamu, Juwau und Chawola gestartet. Skizze Nr. 4: Von den 25 Dörfern in diesem Gebiet wurden 20 verbrannt. 5 Konzentrationslager sind übriggeblieben, in die die Dorfbevölkerung gehen mußte.

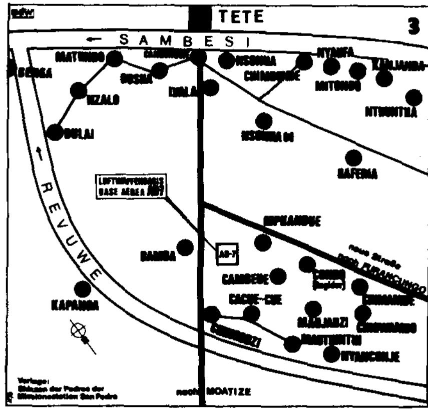
Die Zwangsumsiedlung wird von der portugiesischen Regierung verstärkt vorangetrieben. In der Provinz Tete leben bereits 280 000 Menschen, das ist die Hälfte der Bevölkerung, in „Wehrdörfern". Wie in der Süddeutschen Zeitung vom 14. 7. 73 berichtet wird, beabsichtigt die portugiesische Regierung, „in Kürze" 600 weitere Konzentrationslager in Mosambik zu bauen, in die 700 000 Afrikaner umgesiedelt werden sollen.

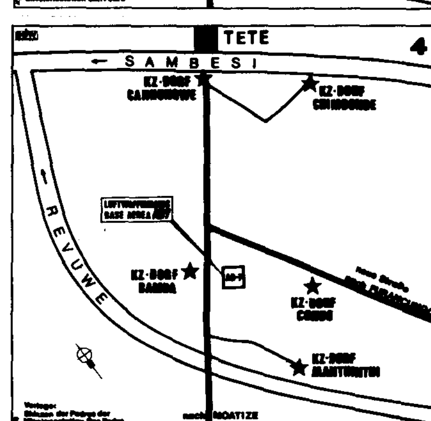
Das Massaker von Wiriyamu, Juwau und Chawola ist nicht das erste und nicht das größte. In Mueda wurden am 15. Juni 1960 500 Afrikaner von portugiesischen Truppen umgebracht. Pater Luis Alfonso da Costa (bis 1972 Missionar in der Provinz Tete) hat eine Dokumentation zusammengestellt mit dem Titel: „Massaker in der Provinz Tete in Mozambique von Mai 1971 bis März 1972" [1]). U. a. berichtet er über das Massaker von Mucumbura am 4. November 1971. Die Zahl der Opfer von Folterungen geht nach seinen Angaben in die Tausende. Nach Aussagen von Pater Bertulli hat es in Mosambik über 20 Massaker gegeben.

Die Existenz dieser Massaker hat die westliche und bundesdeutsche Presse (mit wenigen Ausnahmen) nicht der Öffentlichkeit mitgeteilt. Pater Bertulli spricht mit Bezug auf dieses komplicenhafte Schweigen von einem „Kolonialismus der Presse".









Anmerkung:

1) zu beziehen bei KDSE, 53 Bonn, Rheinweg 34

KIRCHE

Der friedliche „Dritte Weg"

Kirchenfunktionäre beziehen propagandistisch Front gegen die sich im Kirchenvolk ausbreitende Sympathie für die Befreiungsbewegungen in den Kolonien Portugals. Die Neyer-Becher-Reise nach Angola und Mozambique liefert ihnen das Material

Kirchliche Kreise zeigen sich besorgt: "Die Gremien der 'Gemeinsamen Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen' (GKKE) (1) haben sich auf einer Sitzung in Bonn mit Berichten und Informationen befaßt, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit und in den Gemeinden über die Situation und über Einzelvorgänge in den portugiesischen Überseegebieten Angola, Mozambique und Guinea-Bissao verbreitet wurden. Die Berichte enthalten Angaben, Behauptungen und Vorwürfe, die sich oft widersprechen. Die Diskussion darüber wird vielfach emotional geführt und läßt oft jegliche Bereitschaft vermissen, andere Standpunkte und Urteile anzuhören. Was ein kirchliches Engagement in diesen Fragen betrifft, so wird eine Darstellung der Situation sowie der politischen Probleme der portugiesischen Afrikagebiete darauf Rücksicht nehmen müssen, daß auf beiden Seiten in dieser Auseinandersetzung Christen leben und Kirchen tätig sind, deren Informationen und Urteile einzuholen und deren Überzeugungen zu achten sind". Die Verlautbarung zur Situation in den portugiesischen Afrikagebieten der GKKE vom 13.9. 73, aus der das Zitat stammt, erklärt weiter, man werde sich deshalb um Gespräche bemühen, "bei denen die Informationen und Argumente beider Seiten (Unterstreichung: pa) zu Wort kommen", um die Diskussion zu "versachlichen" und eine "differenzierte Beurteilung" zu ermöglichen. Man stelle das Recht der afrikanischen Völker auf Selbstbestimmung nicht in Frage und halte dafür, es sei in erster Linie Sache der Konfliktparteien, den Frieden zu bestimmen, doch lehne man jeglichen Terror (2) prinzipiell ab, denn "(die Gemeinsame Konferenz) hält es für notwendig und möglich, auf dem Weg des friedlichen Wandels der gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse der schwarzen Bevölkerung zu ihrem Recht zu verhelfen. Eine Lösung des Konflikts wird die Rechte aller Beteiligten, auch die der weißen Bevölkerung zu achten haben".

Dieser letzte Satz läßt, was vorher nach sorgsamem Bemühen um breiteres und umfassenderes Verständnis der Vorgänge in den portugiesischen Kolonien (3) aussehen mochte, in einem eindeutig anderen Licht erscheinen, denn er stellt kurzerhand die Verhältnisse auf den Kopf. Es wird suggeriert, die Befreiungsbewegungen propagierten ein rassistisches schwarzes Angola, Mozambique oder Guinea-Bissao und wollten der gesamten weißen Bevölkerung die Ausbübung ihrer demokratischen Rechte verwehren. Die Befreiungsbewegungen haben zwar nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie alle Schwarzen, Farbigen und Weißen, die den portugiesischen Kolonialismus unterstützen, so lange von der Beteiligung am politischen Leben der von ihnen angestrebten unabhängigen Staaten auszuschließen gedenken, bis ein Gesinnungswandel dieser Leute eingetreten ist (4). Diese Einschränkung wird aber verständlich, wenn man bedenkt, daß der Kolonialismus und die mit ihm verquickten gesellschaftlichen Gruppen (Handelsmonopole, Siedler, Teile der Missionen und der "assimilierten" Afrikaner, usw.) (5) gerade darauf beruhten, die überwältigende Mehrheit der schwarzen Bevölkerung in politischer Unmündigkeit und wirtschaftlicher Abhängigkeit zu halten und konsequent auf jede Regung gegen die herrschenden Formen der Ausbeutung (z.B. Zwangsarbeit) und um die Wiedergewinnung des geraubten Rechts auf nationale Selbstbestimmung mit brutaler Gewalt antworteten. Dies darf man nie aus dem Auge verlieren und der zitierte Satz müßte denn auch lauten: "Eine Lösung des Konflikts wird die Rechte aller, vor allem die der schwarzen Bevölkerung zu achten haben".

Die Art, wie die "Verlautbarung" an das Problem herangeht und der gewählte Zeitpunkt (Vorbereitung zum "Angola-Sonntag" vom 23.9.73) legen eine Vermutung nahe. Immer mehr kirchliche Gruppen beginnen, sich mit dem Befreiungskampf der Völker in den portugiesischen Kolonien auseinanderzusetzen und ihn zu unterstützen. Will man diese "Radikalisierung" bremsen, gibt es kein besseres Mittel, als die "Einseitigkeit" und "Widersprüchlichkeit" der vorhandenen Berichte zu beklagen, ihre Kategorien als den tatsächlichen afrikanischen Verhältnissen unangepaßt abzulehnen (6), an den christlichen Gemeinschaftssinn (auf beiden Seiten sind Christen) zu appellieren und den "friedlichen Weg zum Wandel" als einzige christliche Lösung zu propagieren. Dazu bedarf man aber des Belegs, selbst vor Ort recherchiert zu haben, was denn die Herren Becher und Neyer, die über den "Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden" (KAEF) der GKKE angehören, zwei Wochen nach Verabschiedung der "Verlautbarung" auf Einladung der portugiesischen Regierung auch ausführten.

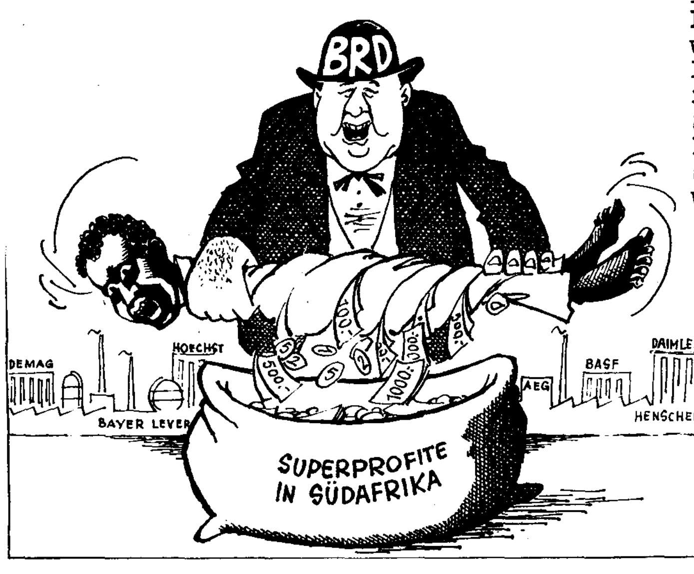
Nachfolgend Neyers und Bechers Erfahrungsbericht in einer von der Katholischen Nachrichtenagentur abgedruckten Kurzfassung:

Ergebnisse einer Reise nach Mozambique und Angola

Auf Einladung der portugiesischen Regierung besuchten Dr. Paul Becher und Harry Neyer vom Generalsekretariat des Zentralkomitees, die gleichzeitig im "Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden" mitarbeiten, in der Zeit vom 29. September bis 18. Oktober die beiden portugiesischen Überseegebiete in Afrika.

Die Reise führte auch in solche Distrikte, in denen Aufstandsbewegungen tätig sind. Für Gespräche standen Zivilverwaltung und militärische Stellen zur Verfügung. Der Bitte der Besucher wurde weitmöglichst entsprochen, katholische Bischöfe und deren Vertreter, ausländische Missionare, den anglikanischen Bischof von Mozambique, den methodistischen Bischof von Angola und die schweizerische presbyterianische Mission aufsuchen zu können. Ferner wurden Gespräche mit deutschen Kaufleuten, Technikern in Cabora Bassa und deutschen Auslandsvertretungen geführt. Außerdem war es möglich, in Kontakt mit afrikanischen Journalisten und ehemaligen Angehörigen der Aufstandsbewegungen zu kommen. Zum Teil wurden die Gespräche ohne Beisein Dritter geführt.

Die Besuche in den Grenzdistrikten und die Aussagen der in ihren Auffassungen sehr unterschiedlichen Gesprächspartner ergaben ein weit differenzierteres Bild über die wirkliche Lage, als es dem Informationsstand entspricht, der der deutschen Öffentlichkeit in den letzten Monaten geboten wurde.



„Es lohnt sich, hier zu investieren!" Karikatur: Manke

Die Behauptung der Frelimo-Delegation, die Anfang August Bonn besuchte, in Mozambique sei ein Gebiet von annähernd 200 000 qkm mit rund 1,2 Mio Bewohnern bereits befreit oder kontrolliert, entbehrt offensichtlich jeder Grundlage. Dagegen konnten sich die Besucher bei der Besichtigung des Hospitals in Tete (Mozambique), in Aldeamentos (Wehrdörfern) an der Grenze zu Tansania und in Gesprächen mit übergelaufenen Frelimo-Führern von den terroristischen Methoden der in kleinen Gruppen operierenden Aufstandsbewegung überzeugen. Hauptleidtragende solcher Aktionen, die die wehrlose Bevölkerung als Schutzschild mißbrauchen, sind meist durch Minen verstümmelte Kinder und Erwachsene, sowie Kinder, deren Eltern von der Frelimo verschleppt oder getötet wurden.

Am wenigsten ist die deutsche Öffentlichkeit über die Bedeutung des Verhältnisses der afrikanischen Stämme untereinander informiert. Allein in Mozambique gibt es 83 Stämme mit 11 unterschiedlichen Sprachen. Ein Großteil dieser Stämme - so die mit 2 Mio größte Gruppe der Macua - will mit der Frelimo nichts zu tun haben. Andere Stämme, deren Gebiete nach Sambia und Tansania hineinreichen, pflegen Kontakte. Auf jeden Fall ist eine unterschiedslose Gleichsetzung der Interessen der schwarzen Bevölkerung und der verschiedenen Aufstandsbewegungen weder in Mozambique noch in Angola zulässig. Bezeichnend ist, daß 60 bis 70 % der portugiesischen Truppen in diesen Gebieten aus Afrikanern bestehen. Ein afrikanischer Journalist wies darauf hin, daß gerade diese Soldaten bei Zusammenstößen mit der Frelimo besonders hart reagieren.

Nach Berichten der deutschen Techniker in Cabora Bassa und der Militärbehörden sind die Aktionen der Frelimo in den letzten Monaten auffällig zurückgegangen. Die Überlaufbewegung hat zugenommen. Im Gespräch mit dem bisherigen Frelimo-Kommandanten Caleante, dem der Bezirk Tete unterstand, hat dieser auf wachsende Zerwürfnisse innerhalb der Frelimo-Führung hingewiesen. Man sehe immer mehr ein, daß man nicht für die Selbstbestimmung kämpfe, sondern als Instrument außerafrikanischer Interessen Chinas und der Sowjetunion benutzt werde.

Besonders auffällig sind überall die in den letzten Jahren in Gang gesetzten Infrastrukturinvestitionen (umfangreiche Bautätigkeit in den Städten, Straßen- und Brückenbauten in entlegenen Gebieten, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Neubau von Schulen, Hospitälern und Beratungsdiensten in den Aldeamentos). Hinzu kommen riesige technische Entwicklungsvorhaben (z.B. der Sambesi-Plan in Mozambique und das Cunene-Projekt mit 28 Staudämmen in Angola), die nicht nur die ökologische Situation dieser Regionen von jeweils der Größe der Bundesrepublik verbessern, sondern vor allem der ansässigen Bevölkerung Möglichkeiten einer intensiveren Bodennutzung, weitere Arbeitsplätze und neue Ansiedlungsmöglichkeiten verschaffen sollen.

Auch Kritiker der Portugiesen stimmen darin überein, daß von einer Rassenpolitik nicht gesprochen werden kann. Das Ziel Portugals ist die Verwirklichung

einer sich selbst verwaltenden vielrassigen Gesellschaft. Das wird sichtbar in Schulen, Gesundheits- und Beratungsdiensten und in den Krankenhäusern, die keinen Unterschied zwischen Weißen, Afrikanern, Indern und Mischlingen kennen. Die südafrikanische Rassentrennung erfährt allgemein entschiedene Ablehnung.

Die sozio-ökonomischen Probleme sind bei weitem nicht gelöst. Hierzu war die schärfste Kritik zu vernehmen. Immer wieder lautet der Vorwurf, Portugal habe erst vor 5-6 Jahren in Mozambique und vor einem Jahrzehnt in Angola mit der Dynamik der jetzigen Entwicklungspolitik begonnen und sei erst durch die Aufstandsbewegungen aufgeschreckt worden. Im Vergleich zu Angola, wo sich bereits eine schwarze Mittelstandsschicht herauszubilden beginnt, ist die soziale Kluft in Mozambique besonders spürbar. Die afrikanische Bevölkerung befindet sich hier noch auf einem äußerst niedrigen Entwicklungsstand. Demgegenüber entfalten die Afrikaner in Angola bereits eigenständig Selbsthilfebewegungen und Genossenschaften.

Allerdings treten jetzt vermehrt sozialpolitische Konflikte auf, wie sie für Gesellschaften typisch sind, die sich im Umgang von agrarstrukturellen Traditionen zu rationalisierten Wirtschaftsweisen und einer beginnenden Industrialisierung befinden.

In einer schwierigen Situation befindet sich die katholische Kirche. Einerseits hat sie durch Konkordat und Missionsstatut eine privilegierte Position, die ihr finanzielle Einkünfte für ihre bildungspolitischen und sozialen Leistungen sichert, andererseits führen die damit gegebene starke Abhängigkeit vom staatlichen Wohlwollen, weil andere Mittel fehlen und eine geschichtlich bedingte gesellschaftspolitische Zurückhaltung zu einer oft unkritischen Verhaltensweise, die zu den bekannten Konflikten mit ausländischen Missionaren geführt hat.

Die neueste Entwicklung in beiden Gebieten läßt es jedoch unberechtigt erscheinen, weiterhin von einer Kolonialpolitik im eigentlichen Sinn zu sprechen. Zweifellos sind paternalistische Elemente nach wie vor vorhanden und deutlich spürbar. Doch hat die den Überseegebieten nun von Portugal eingeräumte autonome Position eigene wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen bis hin zu Importbeschränkungen für portugiesische Waren ermöglicht, die dem Eigeninteresse beider Gebiete stärker Rechnung tragen. Hinzu kommt, daß die Zahlungsbilanz für Portugal infolge der hohen Infrastrukturinvestitionen und der im Militärbudget enthaltenen Ausgaben für das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Aldeamentos negativ ist. Auch bildet sich bei Afrikanern und sogenannten Euro-Afrikanern, die seit Generationen dort ansässig sind, allmählich ein Selbstbewußtsein heraus. Die von diesen auf die Zukunft gerichtete politische Vorstellung läßt sich etwa auf die Formel bringen: Soviel Autonomie wie möglich, soviel Integration mit Protugal wie nötig.

Trotz der erheblichen Spannungsmomente, die mit fortschreitender Entwicklung der einzelnen Gruppen sicherlich nicht geringer werden, scheint das Konzept der vielrassigen Gesellschaft auf überschaubare Zeit die einzige Möglichkeit für eine friedliche und gewaltfreie Integration zu bieten. Von keinem der kritischen und die Legitimation Portugals bestreitenden Gesprächspartner konnte eine andere realisierbare und gewaltfreie Alternative aufgezeigt werden. Würde sich Portugal heute zurückziehen, wäre nach übereinstimmender Auffassung eine menschliche und politische Katastrophe nicht abzuwenden. Entweder würde eine afrikanische Lösung die Entwicklung abrupt beenden, oder eine weiße Vorherrschaft zur rhodesischen Lösung führen. In beiden Fällen wäre ein blutiger Rassenkonflikt der Beginn von Desintegration und schrecklichen Auseinandersetzungen.

Kritische Anmerkungen zum Neyer-Becher-Bericht

Beginnen wir am Ende: Das Fazit dieses Berichtes kann nicht überraschen. Die Frontstellung: hier portugiesischer Kolonialismus, dort bewaffneter nationaler Befreiungskampf, sei nicht bloß unhaltbar, weil sich Teile der Bevölkerung darin nicht wiederfinden könnten, sondern auch äußerst gefährlich, weil sie in die wirtschaftliche Regression (Sieg der Befreiungsbewegungen) oder in die rassistische Selbstherrschaft von weißen Apartheidfanatikern (etwa wie in Rhodesien) münden könne. Es ist klar, als was sich der Becher/Neyer-Bericht anbieten will, nämlich als ein Plädoyer für eine "dritte Position", als eine Sammlung von "Informationen und Urteilen" sowie der "Überzeugungen" jener Gruppen in den Kolonien, die jenseits der genannten Fronten angesiedelt sind. Da die Einladung durch die portugiesische Regierung erfolgte, darf nicht verwundern, daß keine Frelimo-Kämpfer (7) und Befürworter des bewaffneten Befreiungskrieges auf ihre Sicht der Probleme befragt wurden. Das widerspricht den Prinzipien portugiesischer Einladungspolitik, zumal man die Befreiungsbewegungen als einen kleinen Haufen ferngesteuerter "Freischärler" abtut und trotz einer Armee von über 100 000 Mann in den Kolonien die Existenz einer "echten" milit ärischen Auseinandersetzung immer noch leugnet. Doch der Beweis, daß die befragten Kreise wirklich so unabhängig vom portugiesischen Kolonialsystem und seiner Politik sind, wie vorgegeben, wird nirgends angetreten - und dies vermutlich, weil er sich nicht antreten ließ. Eine Überprüfung der einzelnen befragten Gruppen legt diese Vermutung nahe.

Armee und Zivilverwaltung sind gegenwärtig der Schauplatz eines heimlichen Machtkampfes zwischen streng Regimetreuen und "Technokraten". Letztere befürworten eine stets Ausweitung der politischen Autonomie, doch streben sie nicht die direkte nationale Unabhängigkeit, vor allem nicht die wirtschaftliche an. Sie wollen keine Abschaffung des Kolonialismus, sondern dessen Überführung in eine neokolonialistische Lösung, wo Portugal frei mit Südafrika, Brasilien, den USA, der BRD und Großbritannien um die Erhaltung seiner Einflußsphären konkurriert: auf dem Rücken der schwarzen Bevölkerung, wie das Beispiel des Sambesi-Plans anschaulich zeigt, der nur als (völlig ungeklärtes) Nebenprodukt "der ansässigen Bevölkerung Möglichkeiten einer intensiveren Bodennutzung, weitere Arbeitsplätze und neue Ansiedlungsmöglichkeiten verschaffen" soll, direkt aber der Energieversorgung der SAR und der Ansiedlung portugiesischer, burischer und rhodesischer Farmer dient, um einen weißen Keil zwischen dem Norden (wo die Frelimo großen Einfluß hat) und dem Süden (wo ihr Einfluß bisher gering ist) zu treiben. Es ist überdies sehr fraglich, ob die portugiesischen Gastgeber ihren Gästen die entschiedensten Regimegegner vorführten, denn nur ein Teil der Gespräche fanden ohne Beisein Dritter statt und es wird bei solchen Einladungen in der Regel streng darauf geachtet, daß keine unliebsamen Kontakte zustande kommen.

Ähnliches gilt für die Missionare. Die Autoren weisen selbst auf die enge Verbindung zwischen katholischer, speziell portugiesischer, Kirche und Staat hin. Die Haltung der ausländischen Missionare und der beiden nicht-katholischen Bischöfe zum Kolonialsystem wird nicht hinterfragt. Die Vertreter der anderen christlichen Konfession haben in ihrer erzkatholischen Umgebung einen so prekären Stand, daß mindestens auf höchster Ebene das Verlangen nach Integration weit stärker als die Ablehnung des Kolonialismus sein dürfte. Die ausländischen Missionare werden auch als Fremdkörper feindselig überwacht. Die Weißen Väter haben ihren Auszug aus Mozambique im Mai 1971 mit der völligen Identifikation von portugiesischer Kirche und Kolonialpolitik begründet, die keine alternative Haltung erlabe. Etlichen Missionaren ist Ähnliches passiert wie den beiden spanischen Burgos-Padres Alfonso Valverde León und Martín Hernández Robles, die am 5.1.72 in Untersuchungshaft gesteckt wurden, weil sie das "Verbrechen" begangen hatten, Augenzeugenberichte über 4 größere Massaker in der Tete-Provinz zu Ohren bekommen zu haben. Am 26.11.73 wurden sie ohne Prozesse des Landes verwiesen.

Es ist schwer vorstellbar, daß sich deutsche Kaufleute offen gegen das portug. Kolonialregime aussprechen, weil sie im gegenwärtigen Zeitpunkt von ihm abhängig sind. Die Techniker von Cabora Bassa sind auf den port.Schutz voll angewiesen; die Frelimo stellt für sie eine unmittelbare Bedrohung dar. Die deutschen Auslandsvertretungen haben sich an die Weisungen der deutschen Außenpolitik zu halten, die es gegenwärtig mit den Portugiesen nicht verderben will. So bleiben denn schließlich als zwei Paradepferde, die auch im strategisch wichtigen Moment (Zerwürfnisse in der Frelimo, afrikanische Soldaten in der portugiesischen Armee) bemüht werden: afrikanische Journalisten und ehemalige Angehörige der "Aufstandsbewegungen". In einem Staat, wo die Presse argwöhnisch überwacht wird und die afrikanischen Gebildeten einen sehr schweren Stand haben, ist es allerdings unwahrscheinlich, daß man ausgerechnet auf regimefeindliche Journalisten gestoßen ist.

Talar du svenska ?

Das iz3w wird Anfang Januar damit beginnen, ein Buch der schwedischen Afrikagruppen zu übersetzen. Gesucht werden Leser, die uns dabei helfen wollen. Wer sich traut, einen sehr leichten schwedischen Text in verständliches Deutsch zu bringen, ist herzlich eingeladen, sich beim iz3w zu melden.

Red.

Und hat man die ehemaligen Befreiungskämpfer gefragt, wie ihre Konversion vor sich gegangen ist? Konnte es sich nicht so ereignet haben, wie die oben genannten Burgos-Padres es schilderten: "Der Afrikaner wird nach seiner Verhaftung... niedergeknüppelt. Vor seiner Vernehmung erhält er kaum Nahrung. Diese 'psychologische Vorbereitung', die drei bis sechs Monate dauert, und aus Knüppelschlägen und Hunger besteht, ist allgemein üblich; wenn sie (die Afrikaner) trotzdem bei der Vernehmung nicht sprechen, bekommen sie weiterhin Prügel, aber kein Essen. Viele afrikanische Gefangene sind in den Gefängnissen an Hunger oder Mißhandlungen gestorben. Diejenigen, die sprechen, werden von den Portugiesen als Guerilleros, die übergelaufen sind, vorgezeigt", ob dies nun den Tatsachen entspricht oder nicht? (Basler Nationalzeitung, 30.11.73).

Der starke Verdacht der Voreingenommenheit der Befragten vor allem gegen die

Frelimo, weniger gegen die portugiesischen Kolonialherren, bestätigt sich denn voll im Bericht von Becher/Neyer. Er ist ein Sammelsurium von wild durcheinandergeworfenen Falschmeldungen und Vertuschungen, die nur aus der Trickkiste portugiesischer Lügenpropaganda und politischer Bauernfängerei stammen können. Die Verleumdung der Frelimo soll die Greueltaten der portugiesischen Armee vergessen machen und abgesprungene "Schäfchen" verwirren. Was die Herren Becher und Neyer, stellvertretend für namhafte kirchliche Kreise, unruhig macht ist nicht so sehr der portugiesische Kolonialismus (der sich ja sowieso auf dem Weg der Besserung befinden soll), sondern der wachsende Erfolg der Befreiungsbewegungen, in den Kolonien und hier. Welch besseres Mittel gibt es dagegen, als ihnen gerade diesen Erfolg kurzerhand absprechen? Dabei ist kein Mittel zu schlecht, wie im Folgenden beispielhaft aufgezeigt werden soll.

"Im Gespräch mit dem bisherigen Frelimo-Kommandanten Caleante, dem der Bezirk Tete unterstand, hat dieser auf wachsende Zerwürfnisse innerhalb der Frelimo-Führung hingewiesen. Man sehe immer mehr ein, daß man nicht für die Selbstbestimmung kämpfe, sondern als Instrument außerafrikanischer Interessen Chinas und der Sowjetunion benutzt werde". Da haben wir sie wieder mal, die alten Drahtzieher der Weltrevolution, denen die Befreiungsbewegungen nur Bauern in ihrem Schachspiel um die eigene Weltherrschaft sind. In kleinerem Maßstab scheint dies auch für Tansania und Sambia zu gelten, denn nur Volksstämme, deren Gebiet auf diese beiden Staaten übergreift, unterstützen den Befreiungskampf. Gerechterweise müßte man unter diese Drahtzieher auch den Weltkirchenrat, die Regierungen von Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen, viele Unterstützungsgruppen in der ganzen Welt - und die Nato rechnen, denn die Frelimo hat sich einen großen Teil ihrer einfachen militärischen Ausrüstung in Überfällen auf portugiesische Militärcamps erbeutet. Ohne Beweise wird von einer Marionettenrolle der Frelimo gegenüber China und der Sowjetunion gefaselt. Ebenso beharrlich wird verschwiegen, wie Portugal seinen Dreifrontenkrieg führen kann. Aber es ist unterdessen längst bekannt, daß das Regime in Lissabon einen einsamen und unverstandenen Kampf um die Aufrechterhaltung seiner "zivilisatorischen und christlichen Mission" ficht, daß die abgeschossenen deutschen Fiat G 91 sowie die südafrikanischen und rhodesischen (The Observer, 2.9.73) in der Tete-Provinz eine Fata Morgana einiger verschrobener Journalisten sind.

Die subjektive Einschätzung eines Technikers in Cabora Bassa, nach der die Frelimo-Überfälle in letzter Zeit nachgelassen hätten, wird als Nachlassen der Erfolge der Befreiungsbewegung ausgedeutet. Allerdings widersprechen Meldungen aus eben jenem Zeitpunkt den Aussagen des aufgeführten Zeugen. Laut dpa (6.10.73) gaben die Portugiesen erstmals zu, daß man nicht mehr in der Lage sei, die Bevölkerung im weiteren Umkreis von der Provinzhauptstadt Tete zu schützen. Die Kampftätigkeiten in dieser Provinz sind nach Meinung der NZZ (25.9.73) erheblich, obwohl es der Frelimo bisher nicht gelungen ist, den Verteidigungsring um Cabora Bassa zu durchbrechen. Der einzige Transporttross, der sich wöchentlich einmal von Malawi nach Tete und Rhodesien bewegt, braucht für die ersten 60 km zwei Tage, weil Minensucher mit Stöcken den Boden vor dem Tross im Schrittempo abklopfen müssen.

Becher/Neyer kolportieren, ohne mit den Wimpern zu zucken, das von den Portugiesen sattsam verbreitete Gerücht, es gebe keine "befreiten und kontrollierten Gebiete". Die oben angeführte Aussage über die Teteprovinz widerspricht dem aber klar, denn was bedeutet sie anderes, als daß man in bestimmten Teilen dieser Provinz keine effektive Kontrolle über die Bevölkerung mehr ausübt? Nach einer Meldung der "Financial Times" (28.9.73) bestehen in den befreiten Gebieten von Niassa und Cabo Delgado nicht bloß Schulen und Genossenschaften, sondern man hat bereits Handelsbeziehungen mit Tansania und den skandinavischen Ländern, vor allem Schweden, aufgenommen. Ob man die Handelsprodukte in nächtlichen Ausfällen auf portugiesische Camps erbeutet?

Es ist ohne Zweifel richtig, daß die Frelimo nicht in allen Landesteilen, und folglich in allen Volksstämmen gleich stark vertreten ist. Das wollen die Autoren nach bekannter Manier auf den afrikanischen Tribalismus zurückführen und die Frelimo als stammesgebundene Organisation diskreditieren, die nicht die Interessen der Mitglieder aller afrikanischer Volksstämme in Mozambique vertritt und somit keine nationalistische Stoßrichtung hat. Dem muß aber entgegengehalten werden, daß sich die Frelimo aus Vertretern aller Stammesgruppen zusammensetzt, wie dies in der Aussage der Freiheitskämpferin Teresinha Mblale zum Ausdruck kommt: "In unserer Einheit gibt es Kämpfer aus ganz Mozambique, so wie in meiner Abteilung Makondemädchen (wie ich) neben Mädchen von Makwa, Niassa, Beira, Quelimane und von Gebieten, die weiter im Süden liegen. Dies zeigt, daß wir ein Volk sind und das ist gut, weil wir alle für die Befreiung unseres Volkes kämpfen" (8). Das nationalistische Prinzip kommt auch in der Zuteilung der Kämpfer in den einzelnen Regionen zum Ausdruck: "Der Kampf in Mozambique hat den Bauern den Begriff der Nation plastisch vor Augen geführt. Ein Bauer im Makondeland wird als Zugführer einen Kader aus Sofala Manica oder Sambesia haben. Makondekader werden in die Niassa- oder in die Tete-Provinz ge-

schickt, um dort am Kampf teilzunehmen"(9) So kämpft die Frelime gegenwärtig in Gebieten, die hauptsächlich von Makonde, Ajaua, Marave und Mitgliedern der Völkergemeinschaft am unteren Sambesi bewohnt werden. Der Gegensatz Makwa (pro-portugiesisch)-Makonde (pro-Frelimo), der auf alten Stammesgegensätzen beruhen mag, ist ein von den Portugiesen geschickt nach dem Prinzip "divida et impera" ausgenützter Konflikt, der durch eine gezielte portugiesische Ansiedlungspolitik im Makwa-Land unterstützt wird.

Die Front liegt am Sambesi - sagt südafrikanischer Minister

Bei einer Pressekonferenz mit rhodesischen, südafrikanischen und portugiesischen Journalisten erklärte der südafrikanische Innen- und Informationsminister Dr. Connie Mulder, Südafrika ziehe es vor, daß sich die Front gegen den Terrorismus nicht am Limpopo, sondern am Sambesi befinde. Es wäre unklug, den Dingen ihren Lauf zu lassen, bis die Terroristen an unserer Grenze stehen, sagte er.

Dr. Mulder war zum Urlaub in Rhodesien, hatte jedoch die südafrikanischen Polizeieinheiten an der Nordostgrenze Rhodesiens besucht. Er versprach weitere Unterstützung Rhodesiens in Kampf gegen Terroristeneinfälle.

Polizei genügt

Auf die Frage nach einer stärkeren Beteiligung Südafrikas in Rhodesien sagte er: "Ich möchte die Worte meines Premierministers wiederholen - wir wissen, was wir tun müssen, wenn das Haus unseres Nachbarn brennt".

Das schwerste Geschütz, welches die Autoren gegen die Frelimo auffahren, ist, daß diese offen des Terrorismus und der rücksichtslosen Kampfes auf dem Rücken der Afrikaner bezichtigt wird. Von Minen verstümmelte Kinder und Erwachsene sowie Kinder, deren Eltern von der Frelimo verschleppt oder getötet wurden, werden als Beweise angeführt. Nun ist bestimmt nicht zu bezweifeln, daß es Hinrichtungen durch Frelimo-Kämpfer gibt, manchmal sogar durch aufgebrachte Dorfbewohner ohne Zutun der Frelimo. Es gibt auch Afrikaner unter den Opfern des Krieges, die nicht auf Seiten der Portugiesen standen. Doch das Verschleppen von Afrikanern ist keine Spezialität der Frelimo, sondern die der Portugiesen, welche die einheimische Bevölkerung in Wehrdörfer (Aldeamentos) zusammentreibt; "die siegreichen Frelimo-Angriffe" (Welt 6.10.73) auf solche Aldeamentos stellen sich also nicht als Entführung von Afrikanern, sondern als Befreiung dar. Die Anklage des Terrorismus wird dann vollends suspekt, wenn im ganzen Bericht kein einziges Wort über die Kampfmethoden der Portugiesen steht. Während die Frelimo nach Augenzeugenberichten immer darauf achtet, aufzubauen, die Bevölkerung zu gewinnen, und nichts zu zerstören, gibt es unterdessen genügend Hinweise darauf, daß die Portugiesen eine Politik der verbrannten Erde, des Raubs von Menschen, der brutalen Folterung und der massenhaften Tötung von Wehrlosen betreiben. Die beiden ausgewiesenen Burgos-Padres sagten zu ihrer Ausweisung: "Wir hätten den Prozeß einer Amnestie vorgezogen. So wäre die Wahrheit über die Massaker in Mozambique, die die Portugiesen leugnen, ans Licht gekommen" (Basler Nationalzeitung, 30.11.73). Statt ihnen den Prozeß zu machen zogen es die Portugiesen vor, die beiden Priester außer Landes zu schaffen,denn: "Die Verteidigung der beiden Padres hat...auch Berichte über die späteren Massaker gesammelt und zu erhärten versucht, einschließlich von Wiliamo; dies tat sie, um zu beweisen, daß es sich bei den Massakern um eine permanente Erscheinung gehandelt habe, nicht bloß um einzelne Mißgriffe der Truppen" (NZZ, 22.11.73). Ob die Portugiesen Angst vor dieser Beweisführung gehabt haben? Der Prozess konnte unmöglich vor der Weltöffentlichkeit verborgen werden...

Schließlich soll noch etwas zur "vielrassigen Gesellschaft" in Angola und Mozambique gesagt werden. Es ist durchaus richtig zu sagen, es gebe dort keine offene Apartheid-Politik südafrikanischen und rhodesischen Musters (Reservate, "job reservation", petty apartheid, usw.). Dennoch gibt es eine breit angelegte Rassendiskriminierung, angefangen vom Zwang für einen Großteil der Afrikaner, ständig Ausweispapiere bei sich zu tragen, die Diskriminierung in den Schulen, den Spitälern, der Politik (nur wer Portugiesisch lesen und schreiben kann, darf wählen) bis hin zur Ausbeutung afrikanischer, äußerst schlecht bezahlter Arbeiter in den weißen Plantagen und der regelmäßigen "Verschickung" von etwa 150 000 Kontraktarbeiter pro Jahr in die Minen Südafrikas; keine Weißen!... Sogar den Krieg gegen ihre eigenen Rassenangehörigen müssen afrikanische Soldaten führen. Es bleibt ihnen und den Portugiesen keine andere Wahl, denn die europäischen Soldaten sind meist völlig uninteressiert und entsprechend schlecht einzusetzen, während den Afrikanern kein Ausweg bleibt: sie werden zwangsrekrutiert, müssen einen Teil des Soldes für Steuern, Brautgeld, dringliche Anschaffungen aufwenden und haben erst dann eine Chance, wieder entlassen zu werden, wenn sie sich als erfolgreich erwiesen haben. Viele bleiben auch gerne in der Armee, weil sie dort wenigstens regelmäßig etwas zum Essen und Trinken haben...

Diese Schilderung beruht auf den Aussagen eines portugiesischen Leutnants, der seinen Dienst in Angola unter großen Gewissensnöten absolviert hat und erst nach und nach begreifen lernte, warum Afrikaner für fremde Herrscher auf Afrikaner schießen.

pa

Fußnoten:

(1) Sie besteht seit dem Zusammenschluß der "Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst" (AGKED) und dem "Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden" (KAEF).
(2) Was ist Terror? Eine Ablehnung von Gewalt muß beweisen, und nicht postulieren, daß es ohne Gewalt geht. Das kann man nur durch intensive Auseinandersetzung mit den Positionen der Kriegführenden.
(3) Schamhaft wird von portugiesischen "Übersee-" oder "afrikanischen Gebieten" gesprochen. Denn, wie Becher/Neyer nachher ausführen, kann man eigentlich schon nicht mehr von Kolonialzeit sprechen.
(4) Dieses Prinzip wurde in Guinea-Bissao bei der Wahl der Nationalversammlung auch angewendet.
(5) Der Kolonialismus beinhaltet notwendig Rassismus. Doch sind nicht alle Weißen Kolonialisten und Rassisten und auch nicht alle Schwarzen Antikolonialisten und Nichtrassisten.
(6) Es wird denn auch immer wieder darauf hingewiesen, daß die wenigsten Verteidiger der Befreiungsbewegungen je in den portugiesischen Kolonien waren und somit die dort herrschende Lage nicht "begreifen" könnten.
(7) Obwohl Becher/Neyer auch in Angola waren, wird von den dortigen Kämpfen (etwa der MPLA) nichts berichtet. Ob die Konzentration auf die Frelimo nichts zu tun hat mit den Berichten über die Massaker in Mozambique, die im Juli 73 eine breite Öffentlichkeit fanden in der BRD?
(8) Museveni, Youveri T., "Fanon's Theory on Violence: its Verification in Liberated Mozambique", in: Shamuyarira, N.M.(ed.) Essays on the Liberation of Southern Africa, Dar es Salaam, Tanzania Publishing House 1971, S.16
(9) ibid.

Südafrikanische Truppen angeblich nach Mozambique abkommandiert

London (AFP/ddp)

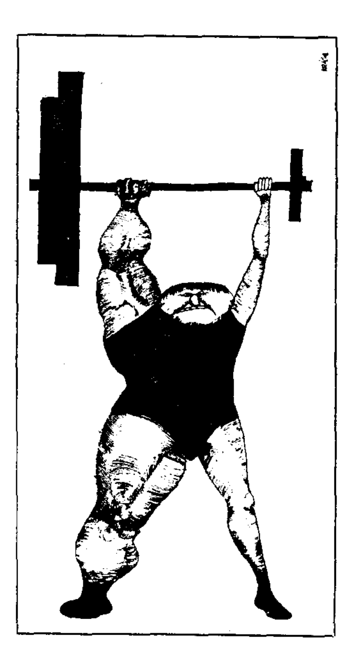
Der Vizepräsident der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung Frelimo in der portugiesischen Kolonie Mozambique, Marcelino dos Santos, erklärte in London, drei Bataillone der südafrikanischen Armee seien zur Unterstützung der Streitkräfte Portugals abkommandiert worden. Die 150 000 portugiesischen Soldaten kontrollierten jedoch nur noch die Militärstützpunkte des Landes. Eine Million Menschen lebten bereits in den „befreiten Gebieten", sagte dos Santos. Der afrikanische Politiker will sich in London einer antiportugiesischen Kampagne anschließen.

SZ 22.6.73

Pech...

Diese Ausgabe der "Blätter" weist einige technische Mängel auf. Grund: Unsere wegen ihrer Zuverlässigkeit von uns hochgeschätzte Schreibkraft mußte diesmal uns aus privaten Gründen im Stich lassen; wir waren gezwungen, die Druckvorlagen bei weniger geübten Leuten schreiben zu lassen. Wir bitten um Ihr Verständnis und versprechen, im nächsten Jahr wieder zu den alten Standards überzugehen.

Red.



Nachricht

Das Aktionszentrum Arme Welt in Tübingen möchte ein Informations- und Aktionszentrum aufbauen um die Dritte-Welt-Aktionen in dem Gebiet um Tübingen herum zu koordinieren. Besonderen Wert wird auf die Zusammenarbeit mit zurückgekehrten Entwicklungshelfern und ausländischen Studenten gelegt. Die derzeitigen Schwerpunkte der Arbeit des Aktionszentrum Arme Welt ist eine Hilfsaktion für die chilenischen Flüchtlinge sowie Aufklärungsaktionen im kirchlichen Bereich-- Aktionen die vom "Angola-Sonntag" exemplarisch geleistet wurden.

Adresse: Aktionszentrum Arme Welt
74 Tübingen 1, Charlottenstr.36

Anstatt einer Glosse...

Kingston, 30. 9. 73

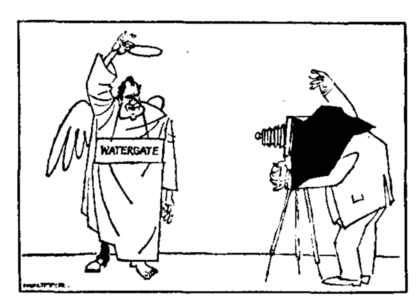
Liebe ...

... noch nie trauerte ich einer Stellung so nach. Kommt wohl auch daher, daß ich hier im DED-Office ganz bescheuerte Arbeit tue, von Protokollen tippen und abziehen über Quartalslisten, Monatslisten, Platusbericht, Gehaltslisten ... und stundenlang so weiter. Ein Papierkrieg, ganz entsetzlich und eben Verwaltungsarbeit. ... Y macht seine Arbeit am College Spaß; das ist auch ein ganz gutes Projekt. Ansonsten haben wir uns nun nach sechs Monaten ganz gut eingelebt. Es gibt viele vergnügliche Stunden und Wochenenden, ebenso gibt es auch miese. Im Juli hatten wir schon Besuch von zwei Paaren aus Hamburg, war sehr nett und dank unseres Autos, das wir Anfang Juli kauften, haben wir ne Menge unternommen. Die Küsten sind ja teilweise herrlich. Wir mieten dann ein Cottage zu mehreren und genießen die tatsächlich noch leeren Strände an der Westküste. Dauert sich nicht mehr lange, bis auch da - wie an der Nordküste - Stahlkästen aus dem Boden sprießen. Aber noch ist es wunderbar dort.

Im September ging eine Gruppe EHs nach Hause. Sie hatte ihre Zeit erfüllt. Zu dem Anlaß gab es zwei rauschende Feste mit viel Musik, Geschwätz und Tanz. Sehr lustig. Partys fallen hier recht häufig an, und zwar dann immer in lang, sehr vielen Leuten, gutem Essen und Musik. So oft wie hier habe ich noch nie getanzt. In der ersten Zeit sind wir unheimlich viel ins Kino gewandert und auch Theater- und Folkloreveranstaltungen. Im Moment etwas weniger. Geld geben wir nicht viel aus, aus dem einfachen Grund, weil wir nicht viel haben. Und außerdem kosten die Reisen ja auch was. Ende August waren wir auf Haiti, ein wahnsinnig armes Land, dagegen ist Jamaico hochzivilisiert. Am 7. Oktober geht es für acht Tage nach Onito, wo Y an der Regionalkonferenz teilnimmt. Für ihn also Dienstreise; ich fliege auf eigene Kosten mit. Ist schon mal ein Vorgeschmack auf Lateinamerika. Zu Weihnachten wollen wir nach Südmexiko. Unsere Konten in H. schrumpfen langsam immer mehr! Aber schließlich war Reisen mein Motiv, als ich mich für den DED entschied. Ich bin auch immer noch der Meinung, daß dies Motiv das einzig richtige ist ...

Dies nur als ein Gruß von mir aus der Ferne

Deine ...



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Den Heiligenschein etwas tiefer – Ihr Hemd sitzt sonst nicht korrekt!"

Senegal

Einer unserer Abonenten, ein Pater im Senegal, hatte dort im Schulunterricht die Thesen des Hemmerich-Papiers "Die Rolle der westlichen Konzerne im Wirtschaftsprozeß der Entwicklungsländer" vorgetragen. Er mußte daraufhin das Land verlassen. Im Folgenden ein Auszug aus seinem Brief:

"Eine Nebenwirkung von Fr.Hemmerich's Heft: Die Rolle usw. Meine diesbezügliche Aufklärungsarbeit bei den Jungen hat bei einigen französischen Fabrikherren Anstoß erregt - ich hatte ein kleines Dutzend ihrer Nachkommen unter meinen 250 Schülern. Sie fanden bereitwilliges Gehör beim Innenminister - ein gebürtiger Franzose und ehemaliger Funktionär in der Kolonialverwaltung! Das Resultat: hinaus aus dem Land! hier befiehlt das fremde Kapital, was die Jugend wissen darf. Der - einheimische - Erzbischof half stoßen, unter dem Argument, ich hätte mich in innere Angelegenheiten meines Gastlandes gemischt (dies gilt natürlich nicht für die betreffenden Herren) und als Kleriker "Politik" betrieben.

Nochmals meinen besten Dank für die Blätter, die mir unentbehrlich geworden sind, und meine aufrichtigsten Wünsche zu Eurer Arbeit (mit einer - überflüssigen - Bitte: laßt Euch durch die Ereignisse in Chile nicht entmutigen; der Krieg geht weiter).

Freundlichst,

A.Gisler"

Paris 18.10.73

Die brasilianische Regierung untersucht gegenwärtig die Möglichkeit zur Finanzierung und Gewährung technischer Hilfe beim Bau von zwei Staudämmen in Senegal. Uberprüft wird auch das Projekt, technisch-wirtschaftliche Studien zur Errichtung eines Metallurgie-Unternehmens in Nigerien anzufertigen, in das etwa 240 Millionen DM investiert werden sollen. Zu diesen Ergebnissen ist man bei Gesprächen gelangt, die der brasilianischen Planungsminister, Reis Veloso, mit einer Gruppe von Behördenvertretern und Technikern aus elf afrikanischen Ländern geführt hatte, die vor kurzem in Brasilien weilten.

Radio Nacional, Brasilia

Siemens - Prozeß

In dieser Nr. der "blätter" bringen wir nur einen kurzen Bericht über das Urteil des Landgerichts. Ein Artikel zur Gerichtsverhandlung selbst wird folgen.
Das Landgericht München bestätigte am 29. Oktober 1973 in der Berufungsverhandlung im Siemens- Prozess gegen drei Cabora-Bassa-Gegner das Urteil des Amtsgerichts. Dies hatte die drei Angeklagten am 29. Januar 1973 wegen der Podiumsbesetzung bei der Siemens-Hauptversammlung 1972 zu Geldstrafen von 200 bzw. 400 DM verurteilt. Zu der Podiumsbesetzung war es gekommen, als von über 50 Cabora-Bassa-Gegnern nur einer zu diesem Projekt Stellung beziehen konnte, während alle anderen an der Ausübung ihres Rede- und Auskunftsrechts gehindert wurden.

In seiner Urteilsbegründung sagte der Richter, die Angeklagten seien aus tiefster Überzeugung gegen Unterdrückung und Krieg. Deshalb seien sie auch gegen das Cabora-Bassa-Projekt eingestellt, weil hierdurch die Herrschaft der Weißen im Südlichen Afrika gefestigt werden solle.

Der Richter und auch der Staatsanwalt unterstellten als wahr, daß Cabora-Bassa nicht zur Entwicklung des Landes beiträgt. Sie erachteten weiterhin als bewiesen, daß in Mozambique den Afrikanern das Recht auf Selbstbestimmung verweigert wird; daß Tausende gefoltert werden; daß die 25 000 Afrikaner, die im näheren Cabora-Bassa-Gebiet wohnen, inzwischen in Wehrdörfer gebracht wurden, die Konzentrationslagern vergleichbar sind. Weil all dies bewiesene Tatsachen seien, verzichtete das Gericht auf die Gutachten der von der Verteidigung mitgebrachten Zeugen und Sachverständigen Pater Cesar Bertulli (Provinzial der Weißen Väter in Mozambique bis zu ihrem Auszug 1971) und Ass. Prof. Dr. Rainer Tetzlaff (Afrikawissenschaftler).

Richter und Staatsanwalt kamen mit der Unterstellung dieser Sachverhalte als wahr zu einem ganz anderen Schluß als Peter von Siemens, der als Zeuge geladen war. Ein Angeklagter fragte ihn, warum die Firma Siemens gegen die seit mehreren Jahren erhobene Beschuldigung, sie leiste mit ihrer Beteiligung am Cabora-Bassa-Projekt Beihilfe zum Mord, bisher noch nicht geklagt habe. Peter von Siemens antwortete darauf, dieser Vorwurf sei so absurd, daß die Firma nicht dagegen vorgehe. Cabora-Bassa sei ein Projekt, das 1,5 Millionen Menschen Arbeitsplätze verschaffe. Das Gericht hingegen sah die Unterdrückungssituation in Mozambique und die Unterstützung des portugiesischen Kolonialismus durch den Bau des Cabora-Bassa-Staudamms als gegeben an. Es zog daraus aber nicht den Schluß, daß damit auch das Verhalten der drei Angeklagten gerechtfertigt sei. Das Gericht erklärte, daß die Angeklagten zur Erreichung ihres Ziels - über die negativen Auswirkungen des Cabora-Bassa-Projekts zu informieren - nicht die geeigneten Mittel ergriffen hätten. Das Gericht bedauerte, die Angeklagten verurteilen zu müssen, aber eine andere Entscheidung sei aufgrund der Rechtslage nicht möglich. Die Angeklagten hätten Gewalt angewendet, allerdings nicht gegen Personen. Die Gewaltanwednung bestand nach Meinung des Gerichts darin, daß die Angeklagten in drohender Haltung mit ca 60 weiteren Personen nach vorn auf das Podium zugingen, um ihr Rederecht zu fordern, und daß sie das Podium besetzten.
Das Gericht stellte fest, die Angeklagten seien tadellose Persönlichkeiten, die diese Tat aus altruistischen Gründen begangen hätten.
Die Angeklagten werden nach Erhalt der schriftlichen Urteilsbegründung entscheiden, ob sie in die Revision beim Bayrischen Oberlandesgericht gehen.

Deutschland würde gern Handel mit Rhodesien treiben

Die Hoffnung auf eine Beilegung des Englisch-Rhodesischen Disputs werde "die großartigen Leistungen und den Fortschritt Rhodesiens" erhalten. Dies ist die Ansicht des angesehenen westdeutschen Politikers Dr. Franz Josef Strauß, der Finanzminister in der Regierung Kiesinger war.
Während seines dritten Aufenthalts in Rhodesien sagte Dr. Strauß, der besonders durch seine politischen Artikel und sein Buch "Der große Plan" bekannt wurde, er hoffe, eine Einigung Rhodesiens mit England werde eine Erneuerung und Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rhodesien und Deutschland mit sich bringen.
Die Deutschen seien jedoch nicht an einem Problem interessiert, das sie nichts anginge und das wirtschaftliche Verbindungen störe.
Sie würden zum Beispiel gern rhodesischen Tabak und Chrom kaufen und andererseits könne Deutschland Rhodesien mit Investitionskapital und Verbrauchsgütern versorgen.
"Ich bin der Meinung, daß die Weißen viel für die Afrikaner tun können, indem sie deren Lebensstandard erhöhen. Die Leistungen europäischer Kultur in Rhodesien sollten erhalten werden und andereseits sollte alles getan werden, um zu verhindern, daß die Terroristen die Sympathien der Afrikaner erwerben."

Rhodesischer Kommentar Nr. 74/1973



Der Finanzreferent (hier bei der letzten Mahnaktion) befindet sich auf dem Weg der Besserung.

Zahlen Sie doch einfach gleich!

Aktionen

Zum Aktionshandbuch des BMZ

Das Öffentlichkeitsreferat des BMZ hat in Zusammenarbeit mit den kirchlichen Hilfswerken Brot für die Welt und Misereor sowie der Aktionsgruppe "Informationszentrum Dritte Welt Dortmund" ein

"Aktionshandbuch für alle, die etwas für die Dritte Welt tun wollen" (80 Seiten, kostenlos zu bestellen bei: BMZ, 53 Bonn, Kaiserstraße)

herausgegeben. In dieser Broschüre werden technische Hinweise zur Durchführung einer "entwicklungspolitischen Aktion", Seminare, öffentliche Veranstaltungen, Pressearbeit etc. gesammelt. In der Anlage wurde eine Aktion in Bremen, die wohl als Vorlage für die Hinweise galt, ausführlich geschildert.

Im Vorwort (S. 8) legt, wenn auch sehr verschwommen, ein Mitarbeiter des BMZ den politischen Standort der Herausgeber dar: Er betont die Bedeutung der Dritte-Welt-Arbeit. "Denn ohne stärkeren Rückhalt in der öffentlichen Meinung ist sinnvolle Entwicklungspolitik auf die Dauer nicht möglich." Darum gilt es, einem Bewußtsein entgegenzutreten, "das durch Fehlinformation und Vorurteile gekennzeichnet ist." Ihr Abbau macht "die immer notwendiger werdende Weltinnenpolitik möglich, an der die Menschen gleichberechtigt mitwirken können." Auch das Leitzitat von Eppler zielt in die Richtung:"Entwicklungspolitik kann der öffentlichen Meinung einige Schritte voraus sein, aber sie kann nicht ohne und gegen sie handeln." Hinter diesen Äußerungen steckt die Auffassung, daß es Aufgabe der Dritte-Welt-Aktionen ist, die (also nicht differenzierte) Öffentlichkeit für die Entwicklungshilfe der Bundesregierung zu gewinnen.

Trotz ihres so bestimmten politischen Konzepts erheben die Herausgeber den Anspruch, rein technische Hinweise zu geben. Nach ihrer Auffassung gibt "die Broschüre bewußt keine Empfehlung, welche entwicklungspolitischen Aussagen gemacht werden sollen... Zu viele Gruppen beschäftigen sich von verschiedenen Ausgangspunkten her mit dem Thema Entwicklungspolitik/ Dritte Welt, als daß eine einzige inhaltliche Konzeption für alle empfohlen werden könnte" (S. 8, Hervorhebung gc).

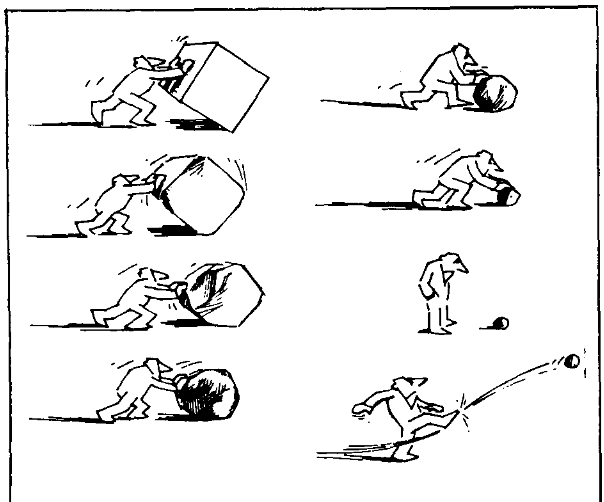
Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, ob die gesammelten technischen Hinweise auch für Aktionen mit anderem politischen Standort sinnvoll sind. Dazu sollen die technischen Vorschläge auf ihre Verwendbarkeit bei Dritte-Welt-Aktionen mit sozialistischem Inhalt geprüft werden. Die Träger solcher Aktionen gehen von der kolonialen wie neokolonialen Abhängigkeit und Ausbeutung der Dritten Welt aus, Ausbeutung, die nicht durch Fehlinformation und Vorurteile verursacht (jedoch abgesichert) wird, sondern durch die Kapitalinteressen der Industrieländer, oder genauer, derjenigen, die die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in diesen Ländern innehaben. Auch diese Aktionen setzen am Bewußtsein an, doch ist es ihre Aufgabe, die Auswirkungen der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel auf die Lebensbedingungen der Massen in der Dritten Welt aufzuzeigen, wie es andere Gruppen für die Arbeitsbedingungen, den Wohnbereich oder den Bereich der Ausbildung in der BRD tun. Dies mit dem Ziel, die sozialistische Basis in der BRD als Träger der Solidarität mit der Dritten Welt zu gewinnen (und bei optimistischer Sicht der Dritte-Welt-Arbeit auch zu verbreitern). Solidarität mit der Dritten Welt wird nämlich durch diesen Ansatz keineswegs ausgeschlossen, wie ihm gerne entgegengehalten wird, jedoch führt diese Sicht der Ursachen des Elends in der Dritten Welt zu einer anderen Antwort auf die sich notwendig anschließende Frage: Solidarität mit welchen Ländern in der Dritten Welt, mit welchen sozialen Klassen und politischen Bewegungen. Diese Dritte-Welt-Gruppen werden die zu unterstützen suchen, die sich der politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit der Dritten Welt entgegenstellen. Also die oppositionellen Bewegungen und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, sowie die wenigen sozialistischen Regierungen in diesen Ländern, von denen es, dank erfolgreicher Weltinnenpolitik (ITT), wiederum eine weniger gibt. Von dieser zugegebenermaßen etwas allgemeinen Alternative soll der Anspruch der "rein-technischen" Hinweise untersucht werden.

Bei den meisten Hinweisen wird großer Wert auf die Beteiligung der örtlichen Honoratioren gelegt. Unter der fettgedruckten Überschrift "Wessen Sympathien für Ihre Arbeit wichtig sind" werden u.a. Oberbürgermeister, Landrat, Bundes- und Landtagsabgeordnete, Bischof genannt; das wichtigste ist, daß sie die Schirmherrschaft der Aktion übernehmen. Abgesehen davon, daß diese Honoratioren nur Sympathie

für Aktionen ihrer politischen Auffassung zeigen werden, in der Regel also nicht für Aktionen mit sozialistischem Vermittlungsziel, scheint hinter dieser Prominentenverehrung die Auffassung zu stecken, diese Honoratioren seien die Machtträger, über die die Forderungen der Aktion durchgesetzt werden können. Die Bindung an diese Gruppe ist aber der Bewußtseinsarbeit denkbar abträglich: Sie wird verhindern, daß die Rolle des Staates in den wirtschaftlichen Beziehungen zur Dritten Welt kritisch zur Sprache kommt.

Ein ähnlicher Prominenten-Fetisch liegt wohl auch vor, wenn ein Hearing umrissen wird als Versuch, "ein Problem durch präzise Fragen an die unmittelbar Betroffenen (Fachleute, Prominente, Interessenvertreter, Politiker) herauszuarbeiten." (S. 8) Warum werden Studenten, Fremdarbeiter und politische Flüchtlinge aus Dritte Welt-Ländern oder auch Entwicklungshelfer nicht als "unmittelbar Betroffene" genannt, deren Erfahrungen für ein Hearing wichtig wäre? (Die erste Gruppe würde ich eher als die vordergründig Schuldigen bezeichnen.)

Auf die undifferenzierte Verwendung des Begriffes Öffentlichkeit kann man s wohl zurückführen, daß viele Vorschläge auf eine Gießkannenarbeit hinauslaufen: Es sollen möglichst alle Leute möglichst gleichzeitig erreicht werden. So empfiehlt man einen Informationsstand, um nie erreichte Leute "herauszufordern, sich ein paar Minuten damit (den Problemen der Dritten Welt, gc) zu beschäftigen" (S.33). Oder eine Großveranstaltung, natürlich wieder mit prominenten Sprechern, wird vorgeschlagen: "Eine solche Veranstal-



tung bezweckt hauptsächlich, dem politischen Ziel durch ein auffälliges Ereignis mehr öffentliche Resonanz zu geben. Man sollte also keinen allzu großen Informationseffekt oder gar Bewußtseinsänderung erwarten." (S. 27, Hervorhebung im Original.) Es ist eben nur im politischen Konzept, wie es die Veranstalter darlegen, (vielleicht) sinnvoll, Veranstaltungen mit geringem Informationswert und ohne Bewußtseinsänderung durchzuführen. Aktionen mit sozialistischem Vermittlungsziel müssen die Frage stellen, wie sie ihre Zielgruppen so beschränken können, um bei den ihnen gegebenen Möglichkeiten Bewußtseinsveränderungen gegen die Übermacht der bestehenden Medien durchführen zu können.

Auch bei Betrachtung der Frage, welche Aktionsformen erst gar nicht ins Handbuch aufgenommen wurden, bestätigt sich, daß technische Hinweise schwer zu trennen sind von den politischen Zielen, zu deren Verwirklichung sie ja beitragen sollen. So fehlen alle Aktionen, die Forderungen militant vortragen: Demonstrationen, Sternmärsche, Sitzstreiks. Auch fehlen alle Aktionen der materiellen Hilfe für oppositionelle und Befreiungsbewegungen, wie sie in letzter Zeit in Verbindung mit Aktionen der politischen Aufklärung Bedeutung erlangt haben. Z.B. wurden Blutspendeaktion, Kleider- oder Medikamentensammlung im Handbuch nicht erwähnt. Ist das bei den Herausgebern BMZ und den kirchlichen Hilfswerken nicht weiter erstaunlich, so ist doch der Mitherausgeber unter den Gruppen, das Informationszentrum Dritte Welt Dortmund, darauf eine Antwort schuldig. Immerhin wurde diese Gruppe ins Organisationskomitee der über den portugiesischen Kolonialkrieg arbeitenden Gruppen gewählt und hat zu den im Handbuch nicht genannten Aktionen durch dieses Organisationskomitee ebenfalls aufgerufen. An die Dortmunder Gruppe muß man wohl auch die Frage stellen, warum fast ausschließlich Hilfsmittel des BMZ sowie der Hilfswerke im Text genannt wurden. Nicht einmal die von den Gruppen beauftragte Stelle für den Filmverleih (AKAFRIK, 48 Bielefeld, Wickenkamp 30) wurde in der Liste "Bezugsnachweis für Filme" aufgeführt. Auch hier nur staatliche und kirchliche Stellen.

Die Erfahrungen, die sozialistische und alle kritischen Dritte-Welt-Gruppen mit städtischen und staatlichen Institutionen oder gar Firmen gemacht haben, sind keineswegs so positiv, wie es im Handbuch dargestellt wird: Wir mußten immer genau wissen, was uns das Ordnungsamt nicht verbieten kann und konnten die Genehmigung nicht auf der Basis eines freundlichen Gesprächs lösen ("Das Ordnungsamt berät"). Bei der jetzigen Chile-Aktion in Freiburg brauchte die Aktionseinheit erst einen Gerichtsbeschluß, um einen Saal im städtischen Haus der Jugend zu bekommen (der dann so klein war, daß die Veranstaltung dort nicht durchgeführt werden konnte). Nichts also mit der Rathausvorhalle oder dem Kaufhaus oder der Bank, die "sicher ein Schaufenster in der Nähe des Informationsstands zur Verfügung" (S. 35) stellen. Auch haben sich die die Aktion finan-

zierenden Firmen oder Geschäftsleute, die "Dienst- oder Sachleistungen kostenlos zur Verfügung stellen" (S.50) oder bereit sind, "kostenlos Werbeflächen zu überlassen" (S. 39) nicht so bei unseren Aktionen getummelt, wie man das nach Lektüre des Handbuchs erwarten kann. Mit diesen naiven Hinweisen ist also keiner kritischen Dritte Welt-Gruppe geholfen. Damit soll keinem Verzicht auf organisatorische Forderungen z.B. an die Stadt das Wort geredet werden, für sozialistische Aktionen wird die Stadt nur das allerwenigste genehmigen; das kann man vergrößern, wenn man der Stadt bei jeder Ablehnung durch Unterstützung der Aktionsgruppe durch Teile der Bevölkerung Unannehmlichkeiten schafft.

Der Hinweis jedoch, daß eine Reihe von Kirchengemeinden zur Durchführung von Veranstaltungen und auch zu organisatorischen Hilfen bereit sind, entspricht unseren Erfahrungen. Diese Erfahrungen mit kirchlichen Stellen unterer Ebene haben sich auch wieder anläßlich des Angola-Sonntags bestätigt.

Die zur Pressearbeit gesammelten Hinweise sind wenig geeignet, zu einem Erfolg dieses Bereiches beizutragen, weil die Schwierigkeiten bei der Veröffentlichung kritischer Information, denen die Zeitung durch die Abhängigkeit von Verleger und Anzeigengeber unterliegt, geleugnet werden. Kürzungen, dem Handbuch nach keine Frage der "politischen Voreingenommenheit", sondern lediglich des begrenzten Raumes, wurden immer dann vorgenommen, wenn wir in einem Artikel oder einer Veranstaltung auf den Zusammenhang zwischen Elend in der Dritten Welt und der Wirtschaftsstruktur der BRD zu sprechen kamen (z.B. bei der in Relation zur BRD-Presse überdurchschnittlich liberalen Freiburger Lokalzeitung). Und der Satz "Es besteht kein Grund zur Resignation, wenn die eine oder andere Meldung einmal nicht erscheint" ist für eine Gruppe, die schon ein Jahr vor Wirijamu die Presse erfolglos über ähnliche Massaker informiert hat, unverständlich. Wer solche Illusionen verbreitet, erzeugt notwendigerweise Enttäuschung und erreicht das Gegenteil von dem, was er wollte: die Pressearbeit wird aufgegeben.

Wer die im Handbuch gesammelten Hinweise befolgt, läuft schon allein des empfohlenen Materials wegen Gefahr, die Entwicklungspolitik von der Struktur der Dritte Welt-Länder und den Interessen der BRD zu isolieren. Der im Anhang angefügte Bremer Aktionsbericht scheint das auch für völlig richtig zu halten: Der Bücherstand enthielt ein "Überangebot linksorientierter Literatur, die keinen direkten Zusammenhang mit Fragen der Entwicklungspolitik hatte. Diese Buchauswahl ist bei zahlreichen Besuchern am ersten Tag auf Kritik und Ablehnung gestoßen, die war bezüglich einiger Bücher berechtigt war, die aber bei manchen zu voreiligen und falschen Schlußfolgerungen über die Absichten der gesamten Aktion führten." (S. 71) Es wird sich dabei wohl um die Taschenbücher (etwa der Reihe rororo aktuell) handeln, die durch Länderberichte die politischen Bedingungen aufzeigen, in denen Entwicklungshilfe getätigt wird. Aber man sichert sich ängstlich davor ab, mit diesen politischen Bedingungen irgendwie in Zusammenhang gebracht zu werden und wechselt die Bücher aus.

Man sollte zuletzt auch dem Kompetenzbereich technischer Hinweise kritisch gegenüberstehen. Dieser wird überschritten, wenn man damit das Desinteresse angehen will, das bei einigen Zielgruppen der Ausbeutung der Dritten Welt gegenüber besteht: Man gibt "ein paar Tips aus der Verkaufspsychologie: Fußboden und Laufzone dunkel halten ... Standplatz so wählen, daß der Passant unmerklich in die Ausstellung hineingezogen wird" (S. 31) oder man legt den Höhepunkt einer Veranstaltung an den Schluß, "sonst läuft das Publikum davon" (S. 27).
Hier sollen technische Hinweise ein Problem lösen, das die Frage aufwerfen müßte, ob nicht die Öffentlichkeit differenziert werden muß und ob es in ihr nicht Gruppen gibt, die Solidarität erst im eigenen Arbeits- oder Wohnbereich erfahren müssen, bevor Solidarität mit der Dritten Welt für sie wichtig werden kann.

Es ist keineswegs verwerflich oder erstaunlich, daß die gesammelten Hinweise einen Rahmen bestimmen, in denen im großen und ganzen lediglich Aktionen möglich sind, die den im Vorwort skizzierten politischen Vorstellungen entsprechen. Es galt lediglich dem Anspruch der Herausgeber entgegenzutreten, diese politische Bindung technischer Vorschläge sei nicht vorhanden.

Wer die Aufgaben der Dritte Welt-Gruppen eher in der angedeuteten Alternative sieht oder sich mit dieser Position auseinandersetzen will, kann an den Diskussionen der Gruppen über ihre Aktionen teilnehmen. Etwa 70 Aktionsgruppen zu dem portugiesischen Kolonialkrieg haben ein Organisationskomitee gewählt, das in einem organisatorischen Rundbrief Aktionsformen mit technischen Hinweisen zur Diskussion stellt, allerdings ohne auf die Nennung der politischen Ziele, die auch technisch realisiert werden sollen, zu verzichten (Abo bei Organisationskomitee, 53 Bonn-Beul, Bergweg 21)
Eine ähnliche Koordinierungsfunktion auf anderem Gebiet erfüllt das Komitee "Solidarität mit Chile" (1 Berlin 45, Lorenzstr. 65)
durch die "Chile-Nachrichten". Auch gibt es mittlerweile eine ansehnliche Zahl von Ausstellungen und Diaserien, die im Handbuch nicht erwähnt werden. Darüber kann das iz3w informieren. gc

Fachkräfte für Südafrika

Bundesregierung fördert die Vermittlung von deutschen Fachkräften nach Südafrika

Die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Frankfurt, Feuerbachstraße 42, Direktorin Lieselotte Höhborn, hat eine Abteilung Auslandsvermittlung, die Fachkräfte ins Ausland vermittelt.
Diese Abteilung unter Leitung von Dr. Martin bemüht sich darum, Fachkräfte der deutschen Wirtschaft nach Südafrika zu vermitteln. Für die Südafrikavermittlung ist zur Zeit ein Dr. Christ zuständig, der im Oktober von einer vierwöchigen Erkundungsfahrt aus Südafrika zurück kam.

Dr. Christ ist begeistert über die Vermittlungsmöglichkeiten, die sich für die nächsten Jahrzehnte nach Südafrika bieten. Industrie und Handel seien in vollem Aufbau und bräuchten jede Menge ausgebildeter Fachkräfte fast aller Berufe. Jedem Bewerber, der ins Ausland gehen möchte sei Südafrika zu empfehlen, denn es gäbe kaum ein Land, in dem Verdienstmöglichkeiten und Lebensbedingungen so angenehm seien wie dort.

Man könne auch in den nächsten Jahren nicht davon ausgehen, daß die Ausbildung der Schwarzen so weit fortgeschritten sei, daß man keine ausländischen Fachkräfte in Leitungspositionen mehr brauchen würde. Der Schwarze sei nämlich, so Dr. Christ, trotz bester Ausbildung nicht kreativ und sei unsicher und scheu, sobald er Verantwortung übernehmen müßte. Selbst qualifizierte schwarze Fachärzte, die es in Südafrika gäbe, würden sich vor entscheidenden chirurgischen Eingriffen und ähnlichem scheuen und diese Weißen überlassen. Diese Selbsterkenntnis der Schwarzen drücke sich u.a. darin aus, daß sie mit größter Zufriedenheit Routinearbeiten ausführen würden, die unserein als monoton und langweilig empfinden würde.

Aus dem ganzen südlichen Afrika bis hinauf nach Sambia würden schwarze Arbeitskräfte in die Industriegebiete Südafrikas wandern. Daher gibt es ein großes Arbeitsangebot an unqualifizierten Arbeitern. Da auch genügend Kapital in Südafrika vorhanden sei, fehle es nur an weißen Fachkräften. Jeder Weiße könne durch seine Organisationsgabe und Kreativität in seinem Beruf 4 - 6 Scharze beschäftigen. Daher sei eine Vermittlung von allen Teilen erwünscht und nötig.

26.11.73 o.V.

issa

Informationsstelle Südliches Afrika eV.
5300 Bonn 1, Markt 10-12
Telefon 02221/650766 und 631277

Informationsdienst Südliches Afrika
erscheint monatlich
Einzelausgabe DM 1.50
Jahresabonnement DM 15.--

Abonnementsdienst für alle Publikationen der Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika

Veröffentlichungen der ISSA

Internationales Kapital in Namibia, von Eduardo de Sousa Ferreira DM 0,50
Machtstruktur und Befreiungskampf im Südlichen Afrika von C. Legum, A. Muzorewa, P. Enahoro DM 1.50
Südafrika: Macht, Armut und Privileg. eine SPRO-CAS-Studie, Übersetzung DM 3.50
Südafrika: Die Bantu-Homelands von Barbara Rogers (in Vorbereitung)
Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa, von Eduardo de Sousa Ferreira DM 6.--
Republik Guinea-Bissao. Proklamation, Vorstellung der Regierung und ein Artikel zum Befreiungskampf von Basil Davidson
Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus. Auszug aus „epd-Entwicklungspolitik" Nr. 10/72 DM 0.60
Südafrika - Schwarzes Selbstbewußtsein durch Widerstand, von Günter Augustini und Ulrich Weyl DM 1.50

Polizeistaat Südafrika von Klaus Pokatzky DM 0.20
Namibia, von Rudolf Wessler DM 0.30
Guinea Bissao (Geschichte - Kolonialismus - Befreiungskampf - Bericht der UNO-Kommission). Erschienen als AKAFRIK-Report 1+2/73 DM 2.20
Rhodesien: Innerer Kolonialismus durch ungleiche Landverteilung, von Ulrich Weyl DM 0.30

Fordern Sie die Bestelliste mit ca 70 Titeln anderer Gruppen an.

Kupfervorkommen in Angola, im Bereich von Mavoio-Tetelo, sollen von einem internationalen Konsortium abgebaut und aufgearbeitet werden. Die Empresa de Cobre de Angola, die schon 25 Kilometer nördlich davon Kupferlager ausbeutet, hat sich für dieses neue Unternehmen mit der Société Anonyme du Chrome zusammengetan. Die Investitionen für die benötigte Ausrüstung werden auf 350 Millionen Escudo geschätzt. Die Vorstudien scheinen eine rentable Bewirtschaftung der Kupfervorkommen zu bestätigen, so daß mit einem baldigen Beginn des Aufbaues der Anlage zu rechnen ist. pn.

Blick durch die Wirtschaft
8.9.73